Donnerstag, 11. April 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 84 - 15.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bekennerbrief: Das militante RAF-Umfeld hat sich in einem Bekennerbrief zu dem Bombenanschlag auf die NATO-Pipeline bei Iggingen bekannt.

Volkszählung: Eine Verschiebung der für nächstes Jahr geplanten Volkszählung auf 1988 hat die SPD-Bundestagsfraktion gefordert. Die endgültige Entscheidung will die Partei vom Ausgang eines Hearings nächste Woche im Innenausschuß abhängig machen.

Hongkong-Abkommen: Der Nationale Volkskongreß Chinas hat auf seiner abschließenden Sitzung das von den Regierungen in Peking und London unterzeichnete Abkommen über die Rückgabe der britischen Kronkolonie Hongkong zum 1. Juli 1997 ratifiziert.

Waffen-Gesetz: Die Werbung für Waffen darf nach einem von der französischen Nationalversammlung verabschiedeten Gesetz künftig nur noch in Fach-Publikationen erfolgen. Die Regierung will den nahezu frei zugänglichen Waffenmarkt angesichts zahlreicher Mißbräuche eindämmen.

Flucht: Einem 41 Jahre alten Matrosen aus der „DDR" ist von seinem Schubschiff aus die Flucht nach West-Berlin gelungen.

Untersuchung: Eine gründliche Untersuchung der Mißhandlungen des Krakauer Priesters Tadeusz Zaleski am Karsamstag hat die polnische Regierung der Kirche zugesagt. Zaleski war in einem Treppenhaus von Unbekannten angegriffen worden.

UdSSR: Die sowjetische Luftabwehr ist nach Angaben ihres Oberbefehlshabers, Marschall Koldunow, in der Lage, Marschflugkörper sowie mit Raketen ausgerüstete Flugzeuge schon von weiter Entfernung zu treffen. Die sowjetischen Abwehrwaffen seien dagegen weitgehend störunanfällig, betonte Koldunow.

Prag: Der frühere CSSR-Außenminister und heutige Sprecher der Bürgerrechtsgruppe „Charta 77", Jiri Hajek, ist von den Behörden angewiesen worden, sich während des Besuches des britischen Außenministers Howe von Prag fernzuhalten. Howe ist nach Abschluß seines Besuches in der „DDR" nach Prag weitergereist. (S. 10)

Verabschiedet: Der französische Ministerrat hat gestern das Gesetz über die Einführung des Verhältniswahlrechtes endgültig verabschiedet. Aus Protest gegen die Änderung des Wahlgesetzes war Landwirtschaftsminister Michel Rocard zurückgetreten.

ZITAT DES TAGES



„Die Bundesrepublik liegt in der Inflationsrate unter drei Prozent. Und deshalb ist Deutschland uns noch überlegen"

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher in der Londoner Zeitung „Standard" zur wirtschaftspolitischen Konkurrenz zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Überstunden: In der Bundesrepublik Deutschland haben die Überstunden nach Untersuchungen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft ein so niedriges Niveau erreicht, daß sich die Alternative Neueinstellungen statt Überstunden derzeit nicht stellt.

Arbeitsmarkt: Etwa 3 Millionen Akademiker werden bis zum Jahr 2000 auf den Arbeitsmarkt drängen. Absolventen mit einem technischen oder kaufmännischen Grad haben nach den Worten des Vorsitzenden der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Krumsiek, beste Chancen.

Kreditwürdigkeit: Ungeachtet der anhaltenden Sorgen über die internationale Schuldenkrise hat sich die Kreditwürdigkeit zahlreicher Länder leicht verbessert. Am deutlichsten verbessert hat sich die Kreditwürdigkeit Rumäniens, Pakistans, Polens und der „DDR".

Börse: Die deutschen Aktienkurse konnten sich auf Grund von Auslandskäufen deutlich befestigen. WELT-Aktienindex 177,1 (175,9). Am Rentenmarkt zogen die Kurse weiter an. BHF-Rentenindex 101,200 (101,107). Performance-Index 100,351 (100,230). Dollar-Mittelkurs 3,1418 (3,1530). Mark. Goldpreis je Feinunze 327,25 (323,10) Dollar.

KULTUR

Streik: Wegen eines Streiks der Aufseher und Führer können Griechenlands antike Stätten und Museen nicht besichtigt werden. Kultusministerin Melina Mercouri hofft, daß das Finanzministerium auf die Forderung der Streikenden nach einer Erhöhung des Entgelts für den Dienst an Sonn- und Feiertagen eingehen werde.

Berlin: „Die Stimme des konstruktiven Idealismus" nannte Präsident Kennedy die in New York erscheinende Zeitung „Aufbau", die zur Zeit der Judenvernichtung den Emigranten sprachlich eine Heimat bot. Eine Ausstellung in Berlin dokumentiert die Arbeit dieser Emigrantenzeitung. (S. 19)

SPORT

Fußball: Argentinien hat die Meisterschafts-Runde vorläufig abgebrochen. Am letzten Spieltag war ein 14 Jahre alter Junge bei Krawallen in Buenos Aires getötet worden. (S. 18)

Motorsport: Dem ehemaligen Motorrad-Weltmeister Helmut Fath wurde vom deutschen Römer-Team fristlos gekündigt. Er soll als Konstrukteur die Konkurrenz beraten haben. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Märchen: Im Alter von 93 Jahren ist die aus Österreich stammende Märchenerzählerin Wilma Mönckeberg-Kollmar in Hamburg gestorben. (S. 20)

Luft-„Krieg": Zwischen Steinadlern und Segelfliegern kommt es in den österreichischen Hochgebirgsregionen immer wieder zu Zusammenstößen. Segelflugzeugpiloten berichten, daß die Vögel ihre Maschinen in tollkühner Kamikazemanier anfliegen und attackieren. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. 11 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Polizei hatte vor dem Mord Hinweise auf eingereisten Libyer

Todesschütze mit Aufenthaltserlaubnis der Stadt Bonn / Noch keine Sanktionen

DW. Bonn

Der Mord an dem Libyer Gebril El Denali in der Bonner Innenstadt hat mangelnde Kontakte zwischen Sicherheits- und Ausländerbehörden offenbart. Nach Mitteilung der Bundesregierung war dem Bundeskriminalamt (BKA) am 1. Februar 1985 ein Hinweis zugegangen, wonach ein „Fathi Al Tarhuni" in den nächsten Tagen einen Mord in der Bundesrepublik Deutschland begehen wolle. Als möglicher Tatraum wurde dabei Bonn genannt. Der richtige Name des Mörders lautet „Tarhoni".

Das BKA ergänzte diese Meldung um die Personalien von zehn in der Bundesrepublik lebenden libyschen Regimegegnern. Darunter war auch der Name von Denali, der sich seit 1979 in der Bundesrepublik aufhielt und bei dem es sich um einen anerkannten Asylanten handelte. Nach Darstellung der Bundesregierung wurden diese Informationen an alle Landeskriminalämter und an die zuständigen Polizeibehörden weitergeleitet. Offensichtlich sind sie aber von dort – zuständig wäre das Landeskriminalamt in Düsseldorf oder die Bonner Polizei gewesen – nicht an die Ausländerbehörde der Stadt Bonn gelangt. Diese Behörde hatte dem Mörder Fatah El Tarhoni, nachdem dessen Besuchserlaubnis abgelaufen war, am 21. Februar 1985 eine auf zwei Monate befristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Das Bundeskabinett, das sich gestern mit dem Mordanschlag und dessen möglichen Hintergründen befaßte, hat keine Entschlossenheit bekräftigt, die Bundesrepublik „nicht zum Austragungsort von Gewalttätigkeiten rivalisierender Ausländergruppen werden zu lassen". Besonders verwerflich sei, wenn unbeteiligte Passanten in diese Auseinandersetzungen verwickelt würden und dabei zu Schaden kommen. Der deutsche Botschafter in Libyen wurde zur Berichterstattung nach Bonn berufen. Bundesinnenminister Zimmermann will sich auf der nächsten Konferenz der europäischen Innenminister für ein offensives Vorgehen aller EG-Staaten gegen den Staatsterrorismus einsetzen und dabei auch die besondere Rolle Libyens und dessen Staatschefs Khadhafi zur Sprache bringen. Das Bundeskabinett machte sich den vom Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Spranger, benutzten Vorwurf, bei dem Mordanschlag handele es sich um einen ungeheuerlichen Fall von Staatsterrorismus, nicht zu eigen. Regierungssprecher Boenisch begründete dies mit dem Hinweis, daß es bisher noch keine Beweise für eine Beteiligung des libyschen Staates an dem Verbrechen gebe.

In der Kabinettssitzung war auch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen diskutiert worden. Solche Überlegungen wurden jedoch verworfen. Bundesaußenminister Genscher begründete dies in der Kabinettssitzung damit, daß ein solcher Schritt nichts bringe. Außerdem müsse die Situation der 6000 in Libyen lebenden deutschen Staatsangehörigen bedacht werden, die dann möglicherweise Repressionsmaßnahmen ausgesetzt sein könnten.

Grundlage der Erörterungen im Kabinett war ein „Sachstandsbericht" von Staatssekretär Fröhlich vom Bundesinnenministerium. Fröh-

● Fortsetzung Seite 10

Auch Schmidt warnt vor Kreml-Offerte

Moratorium würde Moskau „enorme Überlegenheit bringen" / Reagan-Brief für Gorbatschow

DW. Washington

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt befindet sich mit seiner Bewertung des sowjetischen Raketen-Moratoriums im Gegensatz zu der von seiner Partei, der SPD, eingenommenen Haltung. Auf einer Pressekonferenz in Little Rock im amerikanischen Bundesstaat Arkansas sagte Schmidt, wie vor ihm offizielle Sprecher in den NATO-Hauptstädten, ein Aufstellungsstopp für Mittelstreckenwaffen würde dem Kreml einen „enormen numerischen Vorteil" sichern. Die UdSSR habe schließlich bereits rund 400 Mittelstreckenraketen mit je drei Sprengköpfen stationiert, von denen drei Viertel auf Westeuropa gerichtet seien. Demgegenüber seien von den USA in Westeuropa erst „einige" ihrer neuen Waffen aufgestellt worden.

Schmidt schloß sich der Auffassung an, daß die Gorbatschow-Initiative offenbar darauf abziele, die Protestbewegung in Westeuropa zu ermutigen und einen Keil zwischen Europäer und Amerikaner zu treiben. Zugleich gab er seine Einschätzung des Stellenwerts des neuen KPdSU-Chefs Gorbatschows wieder: Dieser habe nicht die Macht seiner Vorgänger, er sei eines von 15 Politbüro-Mitgliedern, das nur den Vorsitz führe. Die Sowjetunion vertraue weiterhin der kollektiven Führung in einer vorsichtigen Strategie. Der ehemalige sozialdemokratische Kanzler sagte voraus, daß die Weltpolitik sich mit der wachsenden Bedeutung Chinas zur Jahrhundertwende von einer bisher bipolaren Ausrichtung zu einem Dreieck hin entwickeln werde. Durch diese Veränderung, so Schmidts Hoffnung, könnte sich die Lage stabilisieren.

Die Sowjetunion hat nach Angaben eines Sprechers des US-Verteidigungsministeriums mit Flugtests einer verbesserten Version der SS-20-Mittelstreckenraketen begonnen. Der Sprecher wies jedoch Presseberichte zurück, wonach es sich um Tests eines als SS X 28 bezeichneten Nachfolgemodells der SS 20 handele. Die „Washington Post" hatte die Erprobung in Zusammenhang mit der Gorbatschow-Ankündigung gebracht, bis November in Europa keine weiteren Mittelstreckenwaffen mehr aufzustellen. Sollte sich das Moratorium lediglich auf den Verzicht der Stationierung weiterer SS 20 und nicht auf Mittelstreckenraketen generell beziehen, so hätte Gorbatschow nur angekündigt, was die UdSSR ohnehin beabsichtigt hätte, zitierte das Blatt Steven Meyer, einen Experten am Massachusetts Institute of Technology.

Der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, der sich zur Zeit in Moskau aufhält, überbrachte gestern dem Kreml-Chef einen Brief Präsident Reagans. In dem Schreiben erneuerte Reagan sein Interesse an einer Begegnung mit Gorbatschow. Beachtung fand die Bemerkung des Stabschefs des Weißen Hauses, Donald Regan, daß noch viel Vorarbeit geleistet werden müsse, wolle man sich die Enttäuschung ersparen, daß die beiden Staatsmänner ohne Ergebnisse auseinandergehen. Das US-Außenministerium ließ bereits wissen, Reagan wolle gegenüber Gorbatschow so heikle Themen wie die Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR und die sowjetische Besetzung Afghanistans ansprechen.

Jetzt eine „Bekennende Gemeinschaft"

Antwort auf zunehmende Politisierung in der nordelbischen evangelischen Kirche

DW. Itzehoe

In der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche sind jetzt eine „Bekennende Gemeinschaft" und ein „Verein zur Förderung von Evangelium und Kirche durch bibeltreue Christen" ins Leben gerufen worden. Als Ursache für die Gründung wurden, wie der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) berichtete, eine zunehmende Politisierung der Verkündigung und das Eindringen neuheidnischer Elemente, etwa durch die feministische Theologie, genannt.

Die beiden Gremien, die sich in Breitenburg bei Itzehoe konstituierten, gehen auf die Initiative von elf prominenten Kirchenmitgliedern zurück, die Anfang des Jahres in einem „Aufruf an unsere Bischöfe" das ihrer Ansicht nach weitgehende Schweigen der Kirchenleitung zu derartigen Mißständen beklagt hatten. Zu den Unterzeichnern gehören die frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Helmut Lemke (Lübeck), das Mitglied des Rates der EKD, Otto Freiherr von Campenhausen (Itzehoe), die Staatssekretärin Annemarie Schuster (Kiel), die Bundestagsabgeordnete Ingrid Roitzsch (Quickborn), der Itzehoer Pastor Jens Motschmann und seine Ehefrau Elisabeth sowie Otto Graf zu Rantzau (Breitenburg). Einige der Kritiker schlossen sich nun zur „Bekennenden Gemeinschaft" zusammen, die ursprünglich den Namen „Bekennende Gemeinde" tragen sollte.

Die Notwendigkeit zur Bildung der Gemeinschaft und des Fördervereins hat, wie es heißt, zuletzt auch der neue Appell zur Kriegsdienstverweigerung gezeigt, den 17 nordelbische Pastoren an ehemalige Konfirmanden gerichtet hatten. Die Bekennende Gemeinschaft will nach eigenen Angaben besonders den Kirchenmitgliedern, die sich von ihren Pastoren und ihrer Kirchenleitung verlassen fühlen, Gemeinschaft und Rat geben, etwa bei der Suche nach bibel- und bekenntnistreuen Gemeinden. Dazu sollen unter anderem regelmäßige Treffen mit Gottesdiensten dienen, das erste ist für den 16. Juni in Breitenburg geplant. Der Förderverein, zu dem auch Propst Karl Hauschildt (Neumünster) gehört, hat sich die „Verbreitung des durch die Heilige Schrift und das Christusbekenntnis geprägten Glaubens innerhalb unserer Volkskirche" sowie die „seelsorgerliche Begleitung der christlichen Glaubensschwestern und -brüder, die der Volkskirche entfremdet sind", zum Ziel gesetzt.

Wie der Erste Vorsitzende des Vereins, Otto Graf zu Rantzau, idea erklärte, wolle man Kirchenaustritte von Unzufriedenen verhindern, indem man versuche, ihnen „in der angestammten Volkskirche wieder eine Heimat zu geben". Er unterstrich in diesem Zusammenhang das Eintreten des Vereins für „parteipolitische Neutralität" in der Kirche. Ferner wolle der Zusammenschluß zur „Bewußtseinsbildung" beitragen, daß „freie Glaubensausübung nur in einem freiheitlichen Staat möglich ist".

China reagiert zurückhaltend

DW. Peking

Peking hat die USA und die Sowjetunion erneut zu ernsthaften Verhandlungen über eine Reduzierung ihrer nuklearen Arsenale aufgefordert, den von Moskau angekündigten Stationierungsstopp für Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 in Europa jedoch nicht kommentiert.

Wie der Sprecher des Außenministeriums sagte, habe die chinesische Regierung Gorbatschows Vorschlag ebenso wie die offiziellen Reaktionen dazu aus Washington zur Kenntnis genommen. China hoffe, daß beide Länder „praktische Maßnahmen ergreifen werden, um das Experimentieren, die Produktion und die Stationierung von nuklearen Waffen zu beenden".

Peking hatte in der Vergangenheit wiederholt den völligen Abbau der im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten SS-20 verlangt.

Vorstoß für niedrigere Tarife

DW. Bonn

Um mehr neue Arbeitsplätze schaffen zu können, hat sich der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens, für eine Beschränkung der Lohnzuwächse ausgesprochen. Die Reallohnsteigerungen müßten „hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben", forderte er gestern im Unionspressedienst. Wenn die Tarifparteien sich in den nächsten Jahren auf eine solche Beschränkung verständigen könnten, könne man bei der Lösung des Arbeitslosenproblems entscheidende Fortschritte machen.

Aufgabe des Staates sei es, diesen „Akt der Solidarität" den mehr als zwei Millionen Arbeitslosen gegenüber zu erleichtern. Weiter empfahl der Experte, nach Möglichkeiten einer flexibleren, mehr marktorientierten Gestaltung von Tarifverträgen zu suchen.

Geschäftsträger aus Irak ausgewiesen

Co. Bonn

Die irakische Regierung hat den Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad, Helmut Arndt, „wegen flagranter Einmischung in innere Angelegenheiten Iraks" ausgewiesen. Arndt soll das Land innerhalb einer Woche verlassen. Die Gründe dafür waren der Bundesregierung gestern noch völlig unklar.

Der irakische Botschafter in Bonn beschränkte sich bei einer Vorsprache im Auswärtigen Amt auf die Mitteilung, daß Arndt zur „unerwünschten Person" erklärt worden sei; nähere Angaben über dessen angebliche „Einmischung" machte er nicht. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte dazu: „Wir haben keine Kenntnis von irgendwelchen Handlungen unseres Geschäftsträgers, die mit seinem diplomatischen Status unvereinbar gewesen wären. Wir warten auf die Vorlage von Beweisen."

DER KOMMENTAR

Schmidts Warnung

HERBERT KREMP

Wenn Helmut Schmidt über Strategie redet, wirkt er wie der Herr von einer anderen Partei. Er hat ja nur recht, wenn er sagt, ein Stationierungsstopp für Mittelstrecken-Raketen würde der Sowjetunion einen „enormen numerischen Vorteil" sichern. Das ist die Meinung aller Leute, die rechnen können, natürlich auch die Ansicht Gorbatschows. Aber es ist leider nicht die Meinung der SPD. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Ehmke faßt das sowjetische Moratorium als Startzeichen auf, um erneut gegen die Nachrüstung der NATO anzulaufen.

Nachdem die Partei Helmut Schmidt als „Raketen-Noske" abgehalftert hat, verfügt sie offenbar nicht mehr über die intellektuelle Kapazität, um einfache politische Denkoperationen vorzunehmen. Das Moratorium ist nichts Neues, schon Breschnew hantierte damit herum und scheiterte – unter anderem an Helmut Schmidt. Das Manöver ist durchsichtig. Die Sowjetunion hat mehr als 400 Systeme des Typs SS 20 (je drei Sprengköpfe) auf der inneren Linie stationiert; drei Viertel davon sind gegen Westeuropa gerichtet. Das Drohpotential hat den Sättigungsgrad erreicht. Demgegenüber bietet die westliche Nachrüstung bis jetzt nichts Gleichwertiges. Moskau besitzt die Überlegenheit und will sie behalten. Wenn der Westen die Aufstellung der zwar modernen, aber nicht weitreichenden Pershing 2 und der Cruise Missiles für sechs Monate unterbräche, wären die interessierten europäischen Länder hinter ihre Nachrüstungsbeschlüsse zurückgeworfen. Gorbatschow weiß das, und die SPD zieht mit.

Ehmke bezeichnet das Moratorium als „Schritt in die richtige Richtung", fordert aber gleichzeitig eine drastische Reduzierung der SS-20-Raketen. Die beiden Elemente passen nicht zusammen. Wenn der Westen nicht nachrüstet und obendrein auf die Weltraumverteidigung verzichtet – auch dies empfiehlt die SPD –, entfällt für die Sowjetunion jeder Anreiz, in Genf ernsthaft zu verhandeln. Sie wird in diesem Falle ihre ganze Kraft und ihre Verführungskunst darauf konzentrieren, das Moratorium zu verlängern. Mehr braucht sie nicht zu tun. Sie behält dann ihre Überlegenheit. Unter dem Druck dieser imponierenden Tatsache leidet der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und wächst die Neigung zum Neutralismus in Westeuropa. Darauf zielen die Sowjets ab und die deutsche Oppositionspartei kann es offenbar gar nicht abwarten, bis es soweit ist.

„Beim Haus der Geschichte fehlen Aspekte"

DW. Bonn

Eine Dokumentation der Kriegsgefangenen- und Vertriebenengeschichte sollte nach Auffassung der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle" in Ingolstadt in dem geplanten „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn ebenso berücksichtigt werden wie die Kollektivschuld-Debatte. In einer Stellungnahme zum Gutachten zur Errichtung dieses Hauses vom Juli vorigen Jahres heißt es, einige Komplexe ien in dem Gutachten der Historiker Gall, Hildebrand, Möller und Löber „unterrepräsentiert". Die geplante Darstellung des Zeitraums von 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik weiche „zum Teil augenfällig von den gesetzten Rahmenbedingungen und den Intentionen der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1982" ab.

Der Leiter der Forschungsstelle, Alfred Schickel, vertritt die Auffassung, da eine 22bändige Dokumentation der Kriegsgefangenengeschichte vorliege, sei das Fehlen dieses Themas „auffallend". Auch der Vorgang der Vertreibung und die Dokumentation der hierbei begangenen Verbrechen müsse neben dem Aspekt der Vertriebenen-Eingliederung hinreichend berücksichtigt werden. Schließlich sei auch die gerichtliche und publizistische Vergangenheitsbewältigung, einschließlich der „einmaligen Leistung" der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen gebührender Berücksichtigung im „Haus der Geschichte" wert. Für die Zeit von 1949 bis 1982 stimme man dem Gutachten jedoch uneingeschränkt zu.

Sorge in USA über Sudans Stabilität

DW. Khartum

Der Militärputsch in Sudan soll, wie die „New York Times" gestern berichtete, eine Vorbeugemaßnahme der Generäle gewesen sein, mit der diese einem Umsturzplan jüngerer Offiziere gegen die Regierung Numeiri zuvorkommen wollten. Die Militärführer in Khartum hätten von Bestrebungen einer Gruppe aus Obersten und Hauptleuten erfahren, die durch den Generalstreik chaotisch gewordene Lage durch einen Putsch ändern zu wollen.

Die Zeitung, die sich auf Angaben amerikanischer Regierungskreise beruft, berichtete von Befürchtungen innerhalb der US-Regierung über die tatsächliche Machtstellung der neuen Führung unter Generalleutnant Dahab und die Stabilität in dem größten Land Afrikas.

Der neugegründete Militärrat unter Führung von Dahab hat gestern eine weitere Gesprächsrunde mit Vertretern sudanesischer Gewerkschaften und verschiedenen Oppositionsparteien begonnen. Wie Dahab in Khartum erklärte, sollten dabei die Möglichkeiten einer Rückkehr zur Demokratie erörtert werden. Dem Militärrat, der vorübergehend als höchstes Regierungs- und Gesetzgebungs-Organ fungieren soll, gehören 15 Generäle an.

Wie die sudanesische Nachrichtenagentur Suna meldete, sollen die USA zur Unterstützung der neuen Machthaber in Sudan 40 Millionen Dollar bereitgestellt haben. Das Geld sei für Öleinfuhren bestimmt, um die drückende Benzinknappheit in Sudan zu lindern.

„Der WDR ist außer Kontrolle geraten"

Schweigen des Verwaltungsrats zu Spendensendung kritisiert

DW. Bonn

Im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks regt sich Kritik am Schweigen des Kollegialorgans Verwaltungsrat zu der Sendung „Gesucht wird eine 100-Millionen-Spende" vom 28. März. Darin waren den deutschen Hilfswerken schuldhafte Mängel bei der Verwendung von Afrika-Spenden vorgeworfen worden.

Der „skandalöse Angriff des ARD-Fernsehens in der von dem WDR verantworteten Sendung blieb bisher ohne eine Antwort des Verwaltungsrats", zu dem so angesehene Politiker wie der frühere NRW-Ministerpräsident Kühn (SPD) und der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Windelen (CDU) gehören, kritisierte Konrad Simons, Mitglied des Rundfunkrates und Vorsitzender des Vereins Union Presse in Bonn.

„Kümmert sich der WDR-Verwaltungsrat angesichts seiner im Herbst 1985 ablaufenden Amtszeit schon jetzt nicht mehr um die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Fairness-Gebots der WDR-Journalisten?", fragt Simons, der daraus die Schlußfolgerung zieht: „Der WDR ist außer Kontrolle geraten."

Der von anderen Journalisten des ARD-Fernsehens mitgestaltete Afrika-Tag hatte 120 Millionen Mark Hilfsgelder ergeben. Die Fernsehsendung vom März hat nach Meinung Simons breiten Bevölkerungskreisen die Opferbereitschaft „madig gemacht".

Zu der Frage, ob sich der Verwaltungsrat noch mit der umstrittenen Sendung befassen werde, erklärte der WDR: „Dazu ist nichts bekannt." Wenn überhaupt, dann werde lediglich der Rundfunkrat des Senders zu den Vorwürfen der Hilfswerke Stellung nehmen.

Die deutschen Hilfswerke hatten in einer „gemeinsamen Erklärung" die in dem Bericht geäußerten Vorwürfe als „perfide und unseriöse Kritik" zurückgewiesen. Die Behauptung, es würden Spenden „trotz der gewaltigen Not in Afrika" bei ihnen gehortet, sei, so die Hilfswerke, unwahr. Ihre Finanzen würden beispielsweise vom Bundesrechnungshof überprüft.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pakistan im Fadenkreuz

Von Carl Gustaf Ströhm

Nach dem neuesten Ausfall der „Prawda" gegen Pakistan zu schließen, könnte der Machtwechsel im Kreml bald zu einer Verschärfung der Lage am Indischen Ozean und vielleicht auch am Persischen Golf führen. In einer Sprache, die nichts von „Reformwillen", aber viel vom alten Register sowjetischer Drohungen enthält, versucht das Parteiblatt offensichtlich, Pakistan einzuschüchtern.

Da heißt es, Pakistan stelle sein Territorium für einen „unerklärten Krieg gegen das afghanische Volk" zur Verfügung. Pakistan diene den Amerikanern als „Brückenkopf der Aggression". Pakistans Armee sei auf afghanischen Boden vorgedrungen, und die pakistanische Luftwaffe verletze den afghanischen Luftraum.

Besonders die letztgenannten Beschuldigungen lassen aufhorchen. Sie könnten den Sowjets als Vorwand dienen, direkt militärisch gegen Pakistan vorzugehen. Ohnedies heißt es in der „Prawda", Pakistan sei ein „amerikanischer Brückenkopf am Indischen Ozean" und die Militarisierung des Landes durch die Amerikaner habe zu einer „Verletzung des bestehenden Kräftegleichgewichts" in Südasien geführt.

Soll damit eine künftige sowjetische Militäraktion gegen den südlichen Nachbarn Afghanistans angekündigt werden? Vielleicht sogar unter Mitwirkung Indiens, des alten Rivalen auf dem Subkontinent?

Der Krieg in Afghanistan verläuft nicht so, wie die Sowjets erwartet haben. Je länger der Widerstand in Afghanistan anhält, desto mehr muß Moskau daran gelegen sein, Pakistan als Flucht- und Widerstandsbasis für die Freiheitskämpfer auszuschalten. Vielleicht wiegen sich die Sowjets gar in der Hoffnung, Pakistan insgesamt in die Hand zu bekommen und damit endlich an das warme Wasser des Indischen Ozeans vorstoßen sowie die gefährlichen islamischen Fundamentalisten in Iran in die Zange nehmen zu können. Derselbe Gorbatschow, der in Richtung Westen von einem „Moratorium" spricht, könnte zum Antreiber einer verschärften sowjetischen Asienpolitik werden. Nur naive Gemüter können glauben, daß dies ein Widerspruch sei.

Flucht nach Costa Rica

Von Günter Friedländer

Nicaraguas Daniel Ortega lernte von seinem Mentor Fidel Castro unter anderem, unzufriedene Bürger auf Nachbarländer abzuladen. Etwa jeder dreizehnte der 2,38 Millionen Bewohner Costa Ricas ist ein Flüchtling aus Nicaragua, aber nur wenig mehr als ein Zehntel dieser 180 000 Nicaraguaner erhielten den Status politischer Flüchtlinge, um den weitere knapp sechs Prozent gegenwärtig nachsuchen. 83 Prozent ziehen es vor, illegal in Costa Rica zu leben. Ihre Zahl wächst ständig: Fünfzehn bis dreißig Flüchtlinge überschreiten täglich die unkontrollierbare Grenze zwischen beiden Ländern.

Costa Rica, wo außerdem 50 000 Flüchtlinge aus Guatemala und El Salvador und eine kleinere Zahl Kubaner, Chilenen und Argentinier Zuflucht suchten, ist dem ihm aufgebürdeten Flüchtlingsproblem kaum gewachsen. Ein „Landeskomitee für die Flüchtlingsversorgung" der Regierung sucht es mit dem „Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO" und anderen internationalen Organisationen zu überwinden.

Dazu muß man die Flüchtlinge auf Listen erfassen, und das ist schwer. Die Nicaraguaner fliehen vor einer Regierung, die sich ständig in ihr Privatleben einmischte und wollen sich daher keiner Regierung mehr anvertrauen.

Die Flüchtlinge sind bei vielen nur ungern gesehen, weil man vermutet, daß jeder Arbeitsplatz, den sie einnehmen, einem Costaricaner weggenommen wird. Man verdächtigt sie, nur um persönlicher Vorteile willen nach Costa Rica zu kommen, oder sogar, im Dienst eines düsteren nicaraguanischen Durchdringungsplans der Grenzgebiete Costa Ricas zu stehen.

Costa Rica trägt schwer genug an eigenen Problemen, zu denen die Zerstörung der Marktgemeinschaft Mittelamerikas durch die Bürgerkriege beitrug. Auch wenn internationale Organisationen den Löwenanteil der hohen Kosten für Gesundheitspflege, Schulerziehung und Ordnungsdienst in den Flüchtlingslagern zahlen, bleibt dem Land eine große Bürde.

Es ist eine grausame Ironie der Ereignisse, daß die Pflichten, die die Sandinisten von sich auf ihre Nachbarn Costa Rica und Honduras abwälzen, deren sozialen Frieden gefährden und sie für den Virus der Bürgerkriege empfänglich machen.

Wach-Dienst

Von Detlev Ahlers

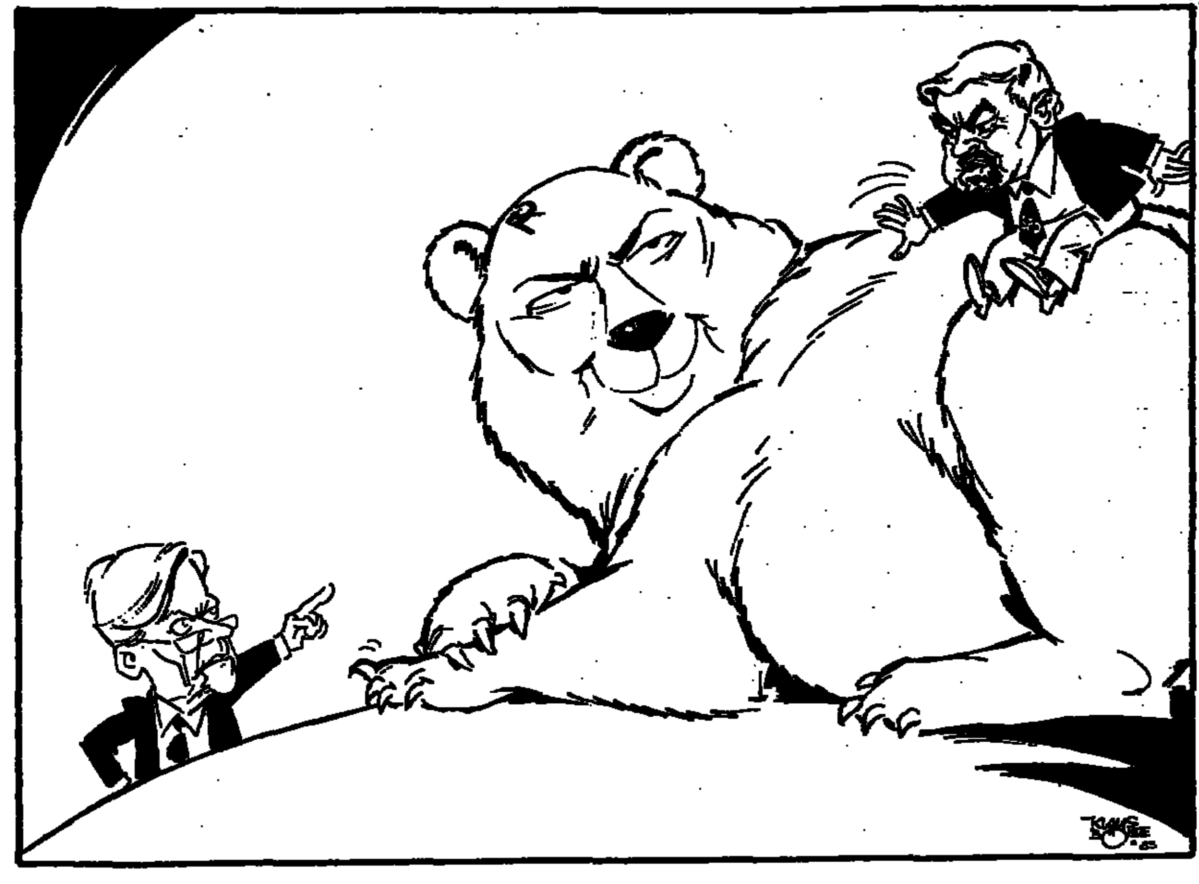
Noch Jahre nach der Tat waren die Einschüsse in den Wänden des Lebacher Munitionsdepots nicht zugekittet – sie sollten die Wachsoldaten zur Aufmerksamkeit mahnen. Denn kaum ein Dienst bei der Bundeswehr ist langweiliger und deswegen von Schläfrigkeit stärker bedroht als gerade der Wachdienst; wobei der Dienst am Kasernentor noch allemal mehr Abwechslung bietet als das vierundzwanzigstündige Eingeschlossensein in einem der Munitionsdepots, die weitab im Wald liegen und in denen nur ab und zu ein Kaninchen über die Bunker hoppelt.

Die Vorgesetzten wissen um die Abneigung der Soldaten, Wache zu schieben. So wird der Dienst oft, nicht ganz nach Vorschrift, als Strafe eingesetzt, vor allem der Wachdienst an Wochenenden und Feiertagen. Auch an Ostern.

Die Soldaten werden natürlich stets vergattert, wie wachsam sie sein müssen, wie groß ihre Verantwortung ist. Der Trott des Ereignislosen kann allerdings diese Worte verschwimmen lassen. Und dann passiert es doch, vielleicht jedes Jahrzehnt einmal, vielleicht einmal während einer Million von Wachen – plötzlich steht die Gefahr, die Lebensgefahr für sich und andere, vor dem Soldaten. Wie Ostermontag im Chiemgau.

Ein Oberfeldwebel von Köpenick, in echter Uniform und in einem echten Bundeswehr-Fahrzeug, begehrte zusammen mit zwei anderen Einlaß. Man weiß nicht genau, wer die Täter waren. Aber man kann sich denken, wer da gestohlene Bundeswehrwagen für solche Zwecke bereithält. Mit dem, was da liegt, hätte die „Rote Armee" für Jahre aufmunitioniert werden können. Man kann sich auch vorstellen, was Menschenleben für solche Besucher bei solch einer Gelegenheit wert sind.

Der Posten hielt sich an die Vorschrift. Er ließ die Fremden, die sich als Vorgesetzte aufspielten, nicht hinein, sondern fragte nach dem, was seinen Vorgängern vor acht Jahrzehnten nicht in den Sinn gekommen war: dem Ausweis. Vielleicht ist der Autoritätsglaube der heutigen Soldaten geringer als der der kaiserlichen, vielleicht ist das Gefühl für die Gefahr akuter, vielleicht irritierte der unsoldatisch wuchernde Bart des „Oberfeldwebels" – jedenfalls, die Wache war wach.



„Komm wieder auf den Boden!" KLAUS BÖHLE

Es recht zu machen jedem

Von Manfred Schell

Wer es in der Politik an verantwortlicher Stelle allen recht machen will, der verliert seine Konturen und damit seine Attraktivität. Diese Wirkung tritt vor allem bei der eigenen Anhängerschaft ein, deren Mobilisierung in einer Volkspartei wie der Union über Erfolg oder Niederlage entscheidet. Populistisches Entgegenkommen kann einer Regierung Entlastung verschaffen; aber dieser Effekt ist kurzlebig. Programmatische Unschärfe entlarvt sich schnell. Die Regierung Kohl, über die durchaus Gutes gesagt werden kann, steht in der Gefahr, sich im Übergang von der „Wende" zu dem, was manche Politiker „Kontinuität" nennen, an den vermeintlichen Zeitgeist zu verlieren.

Die Versuchung wird um so größer, je näher die Bundestagswahl 1987 heranrückt. Erst recht, wenn Zwischenwahlen in den Bundesländern Niederlagen bringen. Die Kanzlerpartei muß darüber nachdenken, ob sie nicht den falschen Weg einschlägt. Die Wahlen im Saarland und in Hessen – von Frankfurt abgesehen – haben gezeigt, daß es der Union nicht gelungen ist, ihr stattliches Wählerpotential auszuschöpfen. Der Hinweis auf die Blässe des Spitzenkandidaten an der Saar mag es zwar in den ersten Fernsehrunden erleichtert haben, die Niederlage zu erklären; Bestand haben solche Bekundungen jedoch nicht.

Am 12. Mai sind Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Wenn nicht alles täuscht, steht es auch an Rhein und Ruhr nicht gut für die CDU. Schon jetzt bauen Eilfertige vor: Bernhard Worms sei eben kein Mann, der sich „gut verkaufen" und die Massen begeistern könne. Dies mag so sein, obwohl damit noch nicht die Frage beantwortet ist, warum man ihn dann berufen hat. In Wirklichkeit muß sich die Union Rechenschaft geben, ob sie nicht immer mehr eigene Anhänger enttäuscht. Warum ist der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen so lustlos?

Die Regierung Kohl hat viele Hoffnungen geweckt. Und sie hat, das muß anerkannt werden, auch Beträchtliches geleistet. Die Standfestigkeit in der Auseinandersetzung um die Nachrüstung hat der Kanzler als eine „Jahrhundertentscheidung" charakterisiert. Man muß dieses große Wort nicht übernehmen, doch der politische Erfolg ist nicht zu bestreiten. Der Staatsverschuldung sind Grenzen gesetzt worden, die Preisstabilität ist vorbildlich in Europa, der Wirtschaftsaufschwung spürbar. Zusammengenommen ist das eine außerordentliche politische Leistung, die der Kritik standhält. Das wirtschaftspolitische Terrain ist vermessen, die Perspektiven sind neu bestimmt. Hier hat das Wort von der „Wende" seine Berechtigung, auch wenn es in bestimmten Kreisen mit Zynismus ausgesprochen wird.

Aber je greifbarer die Erfolge der Regierung Kohl werden, desto mehr Irritationen stellen sich auf anderen Feldern ein. Es sind nicht immer herausragende Ereignisse, in der Summe vermitteln sie aber ein konfuses Bild. Die Liste ist lang:

– Der Referentenentwurf des Bundesinnenministers zur Ausländer- und Asylpolitik wird bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen unter Verschluß gehalten, weil Streit mit dem Koalitionspartner FDP ins Haus steht. Soll jetzt nicht mehr gelten, was die Union in vielen Jahren der Opposition verlangte?

– Der CDU-Politiker Rühe ließ Zweifel daran aufkommen, daß die Grenzen von 1937 bis zu einem Friedensvertrag rechtliche Gültigkeit haben. Um wieder Klarheit zu schaffen, bedurfte es einer harten Diskussion innerhalb der Union.

– Es war der CDU-Politiker Jenninger, der als Parlamentspräsident die Aufnahme offizieller Kontakte des Deutschen Bundestages zum Scheinparlament in Ost-Berlin öffentlich in Erwägung zog. Auch hier mußte eine Korrektur durch die Fraktion erfolgen.



Geistige Führung ist mehr als Umverteilung: Geißler, Frauen FOTO: SIGNUM

– Noch ist es im Bewußtsein, daß nicht wenige in der Union meinten, der – geplatzte – Besuch Honeckers im freien Teil Deutschlands sei schon ein Wert an sich. Alfred Dregger war es, der in einem WELT-Interview die Begriffe zurechtrückte.

– Die aktuelle Diskussion über eine Beteiligung der Europäer am amerikanischen Verteidigungssystem SDI ist ein weiteres Glied in dieser Kette. Das grundsätzliche Ja des Kanzlers haben Genscher und Möllemann mit Vorbehalten befrachtet, also in Frage gestellt. Die Distanzierung Möllemanns auf der Tagung der „Atlantikbrücke" in Dallas ist ein unerhörter Vorgang. Ein Mann, der Schlagzeilen um jeden politischen Preis produziert, der zudem seit Jahren in der Bonner Nahost-Politik nur die arabische Karte spielt, gehört nicht in ein so hohes Regierungsamt.

Auch der CDU-Parteitag in Essen hat gezeigt, daß populistisches Denken um sich greift. Die Absicht von Geißler, die Frauen zum CDU-Thema zu machen, ist aus seiner Sicht verständlich: Der Generalsekretär will die große Wählergruppe für seine Partei gewinnen. Doch bei der Regierungsübernahme dachte die Unioaanders. Sie wollte die Leistungen der Millionen Mütter und Hausfrauen in einem politischen Aufklärungsprozeß allgemein bewußt machen. Das bedeutet keine Hintanstellung der berufstätigen Frauen. Mit Geld hat das weniger zu tun, als Geißler glauben machen möchte. Bemerkenswerterweise waren es die Sozialausschüsse, die in Essen solche Akzentverschiebungen aufgehalten haben.

Die Union muß auf ihre Glaubwürdigkeit achten. Vor allem beim eigenen Parteivolk. Sie muß ihren programmatischen Kurs durchhalten. Gefälligkeitspolitik wäre das Ende der Wende. Wer in der Sozialpolitik als Umverteiler die Spendierhosen anzieht, der ist nicht nur ein Verschwender, er ist nach aller Erfahrung auch ineffektiv. Politische Führung muß geistige Führung sein. Sie zeigt sich in der Konsequenz des Handelns.

IM GESPRÄCH Henri Nallet

Der linke Bauernkenner

Von August Graf Kageneck

Die Schnelligkeit, mit der Henri Nallet zum Nachfolger des zurückgetretenen Landwirtschaftsministers Michel Rocard ernannt wurde, hat sogar Insider überrascht. Rocard schickte sein Kündigungsschreiben um halb drei Uhr am Gründonnerstag morgen ins Elysée; schon acht Stunden später verkündete der stellvertretende Generalsekretär des Präsidentenpalastes, Christian Sauter, der Presse den Namen des neuen Portefeuille-Inhabers.

Hierfür gibt es zwei Gründe: der neue Mann kommt aus dem Elysée selbst. Und Mitterrand glaubte, zum Pferdewechsel mitten im Strom schwieriger Brüsseler Agrarverhandlungen gezwungen, keine Minute warten zu können.



Fachmann für Interessenpolitik: Mitterrands neuer Landwirtschaftsminister Nallet FOTO: DPA

Henri Nallet war seit Juli 1981 Berater Mitterrands in landwirtschaftlichen Fragen und gewann damit über einen Mann, der in der Materie wenig zu Hause war, einen gewissen Einfluß. Mitterrand vertraute dem 46jährigen Politologen und Spezialisten für öffentliches Recht aus Bergerac in der Gascogne blindlings, denn dieser hat sich seine Sporen gerade da verdient, wo Landwirtschaft inzwischen zur Wissenschaft geworden ist. Wissenschaft von der komplizierten soziologischen Wandlung des Bauernstandes, von der Macht der Verbände über die Politik, von der Landwirtschaft als Faktor der Expansion und des Exportes, also der Bereicherung und der Machtausweitung Frankreichs. Von der Landwirtschaft als, wie Giscard d'Estaing einmal vor normannischen Bauern sagte, „dem Erdöl Frankreichs".

Henri Nallet hat das alles sehr genau studiert. Als ein vielseitig begabter Studiosus auf zwei Universitäten zunächst (wo man ihn zum Generalsekretär der „Katholischen Studentenschaft Frankreichs" wählte), als Sekretär des größten französischen Landwirteverbandes FNSEA an der Seite des einflußreichen Präsidenten Michel Debatisse, und schließlich, während zehn fleißiger Jahre am Nationalen Institut für die agronomische Forschung (INRA), in Paris. Er hat sich immer für die soziale Seite des Bauerntums interessiert, hat aus begabten Jungbauern die Kader für die Bauernverbände herausgesucht und herangebildet, und das immer schon in einer europäischen, das heißt kämpferischen Perspektive. Denn für Frankreichs in den sechziger und siebziger Jahren übermächtigen Bauernstand galt es damals und gilt es noch heute, den Regierungen bei dem Kampf um die Interessen des Landes in den europäischen Marathonsitzungen den Rücken zu stärken. Man hat darauf zu achten, daß die gemeinsame Agrarpolitik, teuerste Errungenschaft aller französischen Europapolitik, als Hebel zur Durchsetzung von Interessen in Europa erhalten bleibt.

So darf der neue Chef der französischen Landwirtschaft nicht unterschätzt werden. Er hat das Ohr des Präsidenten. Und er steht an Wissen und Kenntnis der Dossiers seinem Vorgänger in nichts nach. Was den menschlichen Kontakt zu den Bauern angeht, so hat er dem brillanten Technokraten Rocard sogar einiges voraus. Gleichwohl verbreitet auch Henri Nallet eine gewisse technokratische Kälte, wie sie die französischen hohen Schulen zu produzieren pflegen. Hinzu kommt eine Einstellung zu den sozialen Dingen, die nicht ganz frei von Ideologie ist. Nallet – das hat ihn zweimal im Leben den Posten gekostet – ist ein Mann der Linken. Dabei erinnert er mit seinen pechschwarzen Augen des Südfranzosen und seinem korrekt gestutzten Schnurrbart eher an einen Hollywood-Helden der dreißiger Jahre.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Sie beschäftigt sich mit Gorbatschow:

Welch ein kraftvoller Akteur, sagen die Kremlexperten. Nichts Neues, ruft das Weiße Haus. Ein geschickter Schachzug, um die westliche Allianz zu spalten, meint das Pentagon. Wichtige Vorschläge sollten nicht öffentlich, sondern in Genf gemacht werden, betont das Außenministerium. Diese Reaktionen sind alle richtig – aber überreizt. Sie ignorieren den Zusammenhang, in dem Gorbatschow handeln muß ... Gorbatschow ... führt eine Partei an, die in der „Prawda" täglich als ideenlos, uneffektiv und korrupt bezeichnet wird. Er regiert über eine Wirtschaft, die im wesentlichen aufgehört hat zu wachsen. Er ist konfrontiert ... mit einer hungrigen Militärmaschine, die in Afghanistan im Schlamm versinkt ... In dem tatsächlichen Aufgabenkatalog Gorbatschows stehen noch nicht Genf und Washington oder die Touristenattraktion Peking. Er versucht derzeit, seine engen Verbündeten ins Politbüro zu bringen und seine eigene Machtbasis auszubauen.

The Daily Telegraph

Die Zeitung kommentiert den Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in der „DDR":

Es ist das erste Mal, daß ein britischer Außenminister dorthin gefahren ist. Dies ist nicht sehr überraschend, denn die Deutsche Demokratische Republik ... ist ein furchterregender Polizeistaat. Er ist in erster Linie für die Berliner Mauer verantwortlich, die das stärkste Symbol der staatlichen Angst vor der eigenen Bevölkerung ist. Der ostdeutsche Führer Honecker, mit dem sich Sir Geoffrey gestern unterhalten hat, verdient aus vielerlei Gründen etwas mehr Aufmerksamkeit. Einer davon ist der Aufstieg der DDR in die Gruppe der 20 stärksten Industrienationen der Welt.

Hannoversche Allgemeine

Sie schreibt zum Gedenkstein in Katyn:

Die Inschrift auf dem Gedenkstein für die Offiziere von Katyn, die die Opfer des sowjetischen Geheimdienstes den Deutschen anlastet, ist für die Polen mehr als nur eine Verfälschung geschichtlicher Tatsachen. Die Ermordeten von Katyn haben für die Polen symbolische Bedeutung. Mit ihnen verbindet sich erlittene Gewalt, und sie vergegenwärtigen die nationale Entmündigung, da über sie bis heute nicht die Wahrheit ausgesprochen werden darf. Jetzt hat das Regime das nationale Denkmal Katyn mit einer in Stein gemeißelten Lüge geschändet. Der polnische Bürger' muß darin einen würdelosen Bückling vor dem östlichen Nachbarn sehen.

Südafrika: Kritik ist billig, Revolution kommt teuer

Von hier kam noch kein brauchbarer Vorschlag / Gastkommentar von Heinz-Dietrich Ortlieb

Die Entrüstung ist in unseren Landen wieder einmal beachtlich über das, was man Rassenunruhen in Südafrika nennt. Die Empörung ist bei denen ausgerechnet am größten, die laufend dazu beitragen, die revolutionären Kräfte dort finanziell zu unterstützen oder sie durch Lobeshymnen auf vermeintlich friedliche schwarze Führer wie den Bischof Tutu zu Gewalttätigkeiten zu ermuntern. Aus dessen Äußerungen war bisher zu entnehmen, daß er keine Vorstellung von den Schwierigkeiten jeder Regierung hat, ob schwarz oder weiß, die in Südafrika vor der Aufgabe steht, alle Bevölkerungsgruppen an der Macht beteiligen zu sollen und doch gleichzeitig dabei nicht die wirtschaftliche Entwicklung in Frage zu stellen. Wie würde wohl eine Regierung unter Tutu oder seinesgleichen aussehen? Was für ein Chaos würde da entstehen?

Ohne erheblichen wirtschaftlichen Fortschritt kann nämlich in Südafrika weder das Einkommen der Schwarzen nennenswert gehoben noch der auch dort drohenden Bevölkerungsexplosion Paroli geboten werden. Die südafrikanische Regierung kann es sich daher gar nicht leisten, mit der wirtschaftlichen Entwicklung Mißerfolg zu haben. Einmal ist sie – solange es keine Militärdiktatur gibt, die burischer Mentalität widerspräche – von ihren weißen Wählern abhängig. Denen ist es aber ebenso schwer beizubringen wie unseren Wählern, daß Opfer gebracht werden müssen. Zum andern kann sie sich nicht auch noch von Führern anderer Gruppen abhängig machen, die bei demokratischen Wahlen von ihren Massen gedrängt würden, über die Verhältnisse zu leben. Die Nachbarländer Südafrikas haben abschreckende Beispiele geliefert. Zimbabwe sollte man dabei nicht voreilig ausnehmen.

Da dies so ist, haben einsichtige Kritiker bei uns eingesehen, daß gleiches Stimmrecht für alle heute keine brauchbare Lösung für Südafrika wäre. Manche dieser Einsichtigen mokieren sich indessen gleichzeitig darüber, daß nur die Mischlinge und Inder ein Mitspracherecht im Landesparlament erhielten, es für die Schwarzen aber bei den Homelands blieb und zusätzlich nur Selbstverwaltung in den eigenen Wohnstätten vorgesehen wurde. Daß dies nicht der Weisheit letzter Schluß ist, weiß man auch in Südafrika. Aber eine alle befriedigende Lösung muß so gefunden werden, daß sich die reformwillige Regierung nicht selbst entmachtet. Wir hier in Europa haben gut reden. Von uns ist noch kein praktikabler Vorschlag bekannt geworden. Wer hat bei uns auch nur die Neigung, sich mit einer so schwierigen Materie zu befassen?

Es war schon richtig, mit den Mischlingen und Indern zu beginnen, die nicht einmal ein noch so unvollkommenes Homeland für ihre Selbständigkeit besitzen. Daß Schwarze sich darob benachteiligt fühlten und protestierten, wäre in einem anderen Rahmen geblieben, wären sie nicht von weißen Progressisten und der Weltpresse angeheizt worden, nicht zuletzt auch von Tutu.

Es ist geschichtsnotorisch, daß autoritäre Systeme, die sich liberalisieren, gerade dadurch zu Erhebungen animieren. Reformen werden von denen, die sich für unzureichend oder gar nicht begünstigt halten, berechtigter- oder unberechtigterweise für Zeichen der Schwäche gehalten. Deshalb kommt es für eine Regierung darauf an zu zeigen, daß man Herr der Lage ist.

Was beim Niederschlagen einer Revolte dann Überreaktionen sind, ist schwer zu beurteilen. In schwarzafrikanischen Ländern pflegt man jedenfalls wesentlich rigoroser vorzugehen, wenn es um die Niederschlagung von Protesten geht, womöglich gewaltsamen. Über die Zahl der Toten erfährt man sowieso nichts oder Falsches, weil es dort keine freie Presse wie in Südafrika gibt und Recherchen gefährlich wären.

Aber Südafrika soll ja, wie unsere Revolutionsfreunde meinen, mit europäischen Maßen gemessen werden. Doch gerade das wird der Sache nicht gerecht. Denn Südafrika ist anders als Europa, ein kaum halbentwickeltes Land mit überwiegend schwarzer Bevölkerung. Für deren Mentalität gelten die Maßstäbe Schwarzafrikas. Zudem muß gerade eine reformbereite Regierung die kooperationsbereiten Schwarzen schützen, die zunehmend von aufgewiegelten Minderheiten als Kollaborateure beschimpft und bedroht werden. Dabei kann mancher Mißgriff passieren; er kann freilich auch von den Aggressoren selbst herbeigeführt werden, wie wir in Deutschland aus eigener Erfahrung wissen.

So aber entstehen Zustände, in der die Regierung kaum noch die längst überfällige Abschaffung der „kleinen Apartheid" im täglichen Zusammenleben zwischen Schwarz und Weiß herbeizuführen und die Unzulänglichkeiten der „großen Apartheid" in der Homelandpolitik zu revidieren vermag: Sie wird dann voll damit beschäftigt sein, das totale Chaos, das wir bereits aus „befreiten" Ländern Schwarzafrikas kennen, abzuwenden.

Professor Dr. Heinz Dietrich Ortlieb ist emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft. Er leitete lange das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv.

Was die deutsche Wirtschaft mit Libyen verknüpft

Libyen, das sich dem Vorwurf des Staatsterrorismus auf deutschem Boden ausgesetzt sieht, unterhält enge wirtschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik. Es steht an zweiter Stelle der Erdöl-Lieferanten und bezieht vor allem deutsche Maschinen und Industrieanlagen für jährlich 2,3 Milliarden Mark.

Von KAREN SÖHLER

Zwischen Tunesien und Ägypten erstreckt sich über 2000 Kilometer die libysche Mittelmeerküste. Es ist der Teil des Landes, in dem es wenigstens zuweilen regnet. Dahinter dehnt sich die Wüste aus; Oasen durchbrechen die karge Landschaft. Das Leben der 3,25 Millionen Libyer spielt sich daher in der Küstenzone ab, wo 90 Prozent der Bevölkerung – Araber, Berber und einige negroide Stämme – leben. Hier liegen auch die wirtschaftlichen Knotenpunkte.

Sie haben sich vor allem gebildet, als die Ölvorkommen des Wüstenstaates in den siebziger Jahren an Wert gewannen. Wie anderen ölproduzierenden Ländern öffnete der neuentstandene Reichtum auch Libyen das Tor zur Industrialisierung. Ein Eisen- und Stahlkomplex in Misurata entstand, Reifenfabriken, Textilfabriken wurden aus dem Boden gestampft, Getreidemühlen, Zementfabriken, Kraftfutterwerke wurden gebaut, die Infrastruktur verbessert.

Durch die politischen Turbulenzen, die Libyen häufig entfacht, seit der Staatschef Muhammar el-Khadhafi 1969 die Macht in dem nordafrikanischen Land übernahm, gerät in den Hintergrund, daß auch zahlreiche deutsche Firmen in Libyen engagiert sind. „Made in Germany" ist vor allem bei deutschen Industrieanlagen und Maschinen gefragt. Aufträge eingesammelt haben beispielsweise die Fried. Krupp GmbH, Essen, und ihre Beteiligungsgesellschaften. Sie waren an dem Bau eines Stahlwerks beteiligt, daß zu dem schon erwähnten Komplex gehörte. Von diesem Kuchen bekam auch die Siemens AG, München, ein Stück ab.

Für ein Kaltwalzwerk in Misurata lieferte Brown, Boveri & Cie Ag (BBC), Mannheim, zusammen mit der BBC-Konzerngesellschaft in Baden (Schweiz) die gesamte elektrotechnische Ausrüstung. Die chemische Industrie wird zum Teil ebenfalls mit deutschem Know-how aufgebaut. Von einem deutschen Konsortium unter Federführung der Salzgitter Industriebau Gmbh ist der Chemiekomplex in Abu Khammash nahe der tunesischen Grenze fertiggestellt worden. Die Betriebsführung hat auch ein deutsches Unternehmen übernommen. Denn häufig fehlt Libyen das nötige Fachpersonal. Dann muß auf das Ausland zurückgegriffen werden. Und so arbeiten allein etwa 1500 Deutsche in Libyen.

Das Engagement deutscher Exporteure in der ehemaligen italienischen Kolonie hat in den letzten fünfzehn Jahren stetig zugenommen. 1970 waren es noch klägliche 168 Millionen Mark, für die deutsche Unternehmen Waren nach Libyen ausgeführt haben. Fünf Jahre später hatten sie die Ausfuhren nahezu verzehntfacht. 1980 umfaßte der Export schon 2,3 Milliarden Mark. Nach einem weiteren Anstieg um rund fünf Prozent 1982 hat sich die Ausfuhr im vergangenen Jahr wieder auf dem Niveau von 1980 eingependelt.

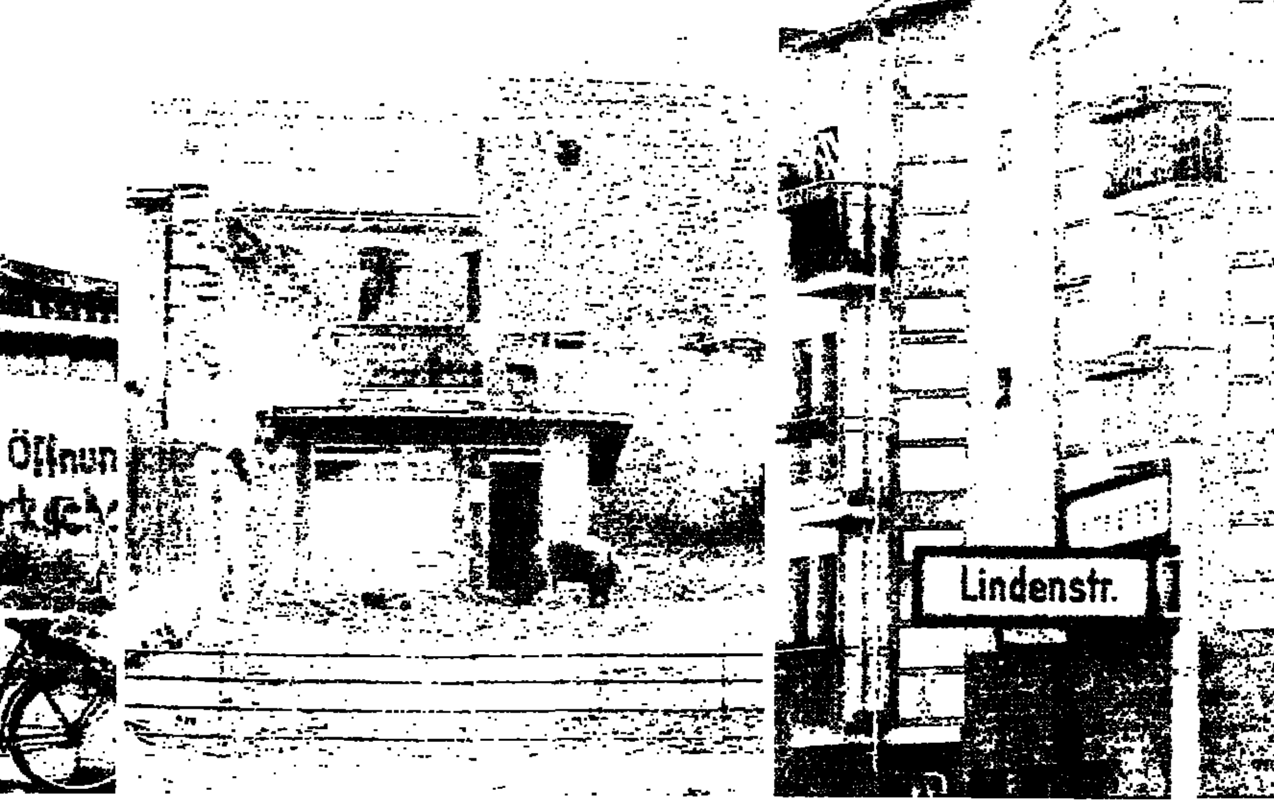
Ein Viertel der Exporte entfiel auf Maschinen, 22 Prozent auf den elektronische Bereich, zwölf auf Eisenwaren und zehn Prozent auf Kraftfahrzeuge. Mit einem Ausfuhrwert von 2,3 Milliarden Mark nimmt Libyen freilich nur einen untergeordneten Rang in der Skala der Abnehmerländer ein: Platz 32. Im deutschen Außenhandel mit Afrika spielt der Staat jedoch die zweitwichtigste Rolle.

Ursache dafür ist jedoch auch die Bedeutung, die Khadhafis Revolutionsstaat als Öllieferant der Bundesrepublik gewonnen hat. Für etwa 6,2 Milliarden Mark importierte die Bundesrepublik im vergangenen Jahr Öl aus Libyen, mit dem sich also ein deutsches Handelsdefizit von 3,9 Milliarden Mark ergibt. Noch vor zehn Jahren führte die Bundesrepublik etwa für den halben Betrag Öl aus Libyen ein. Inzwischen ist der Wüstenstaat nach Großbritannien der wichtigste Öllieferant. Nigeria und die UdSSR folgen. Erst an fünfter Stelle steht Saudi Arabien.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Libyen beruhen nicht nur auf den Außenhandelsbeziehungen, sondern auch auf den jeweiligen Direktinvestitionen der beiden Länder. Auf deutscher Seite sind es Unternehmen aus der Ölbranche, die Libyen als interessantes Land für Investitionen entdeckt haben. Die Deminex-Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbh, Essen, investiert dort seit Mitte 1980 – ausschließlich in Explorationen. Die Gesellschaft ist Ausgabeverpflichtungen im Wert von 100 Millionen Mark eingegangen. 70 Prozent des Betrages sind schon ausgegeben. Ein Sprecher der Deminex betont, daß Libyen als Ölland auch in Zukunft attraktiv bleiben werde. Die gleiche Auffassung vertreten offenbar die Veba Öl AG, Gelsenkirchen-Buer, und die Wintershall Aktiengesellschaft, Kassel. Auch sie investieren in dem nordafrikanischen Staat.

Gehäuft haben sich die deutschen Direktinvestitionen in Libyen seit 1952 auf über 500 Millionen Mark. Rund 140 Millionen waren es allein in den letzten vier Jahren. Verglichen mit den gesamten deutschen Auslandsinvestitionen von 106 Milliarden Mark 1983 wirkt dieser Betrag freilich sehr niedrig. Wieviel Libyen in der Bundesrepublik investiert, läßt sich jedoch nicht sagen. Das Bundeswirtschaftsministerium hüllt sich in Schweigen. Es ist dem Datenschutz unterworfen, denn weniger als drei libysche Investoren setzen Kapital in der Bundesrepublik ein. Entsprechend würden Zahlen Rückschlüsse auf den Kapitalgeber zulassen. Sagen läßt sich daher nur, daß die Summe des libyschen Engagements in der Bundesrepublik wohl zwischen 10 und 100 Millionen Mark liegt.





Kreuzberger Perspektiven: Die Mauer vor Augen, das Schwein in Fabrik-Trümmern und neue Fassaden, die Signale sind für den Aufbruch aus dem Abseits
FOTOS: SVEN SIMON/LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH(2)/KLAUS MEHNER

Ein Problemkind kämpft gegen die Tristesse

Berlin-Kreuzberg, Zentrum der alternativen Szene. Der Problembezirk. Verfallene Mietskasernen, hohe Arbeitslosigkeit. Doch da ist auch Gründergeist, neue Hoffnung.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Renate ist gewiß keine schöne Frau. Ende 30, mit rundem Bäuchlein, Pickel im Gesicht. Jetzt schleppt sie auch noch ein Gipsbein mit sich herum. So sitzt sie in der Ecke ihrer Kreuzberger Kneipe und „bewacht" das Geschäft. Uli, der Typ hinter der Theke, der sie gern heiraten würde (aber sie will nicht), muß die Bedienung allein übernehmen.

Auch jetzt, zwei Uhr nachts, ist noch reger Betrieb. Aber es sind eher die „Problemfälle", die um diese Zeit eine Ansprache suchen. Ein Mädchen, das ihr Freund eben aus der Wohnung geschmissen hat. Renate gibt ihr ein Bett für die Nacht. Ein Junge, der seine Aggressionen abreagieren muß. Er kippt ein Glas Bier über den Tisch. Renate beschwichtigt: „Laß ihn, dem geht's heut' nicht gut." Und winkt Uli herbei, der die Fluten mit einem Aufnehmer bändigt.

Renate ist vor acht Jahren aus Düsseldorf nach Kreuzberg gekommen. Zuerst hat sie als Bedienung in dieser Kneipe gearbeitet. Als der Wirt anfing, Heroin zu spritzen, sprang sie in die Bresche, bewahrte den Betrieb vor dem Ruin, besorgte sich einen Kredit und zahlte den Besitzer schließlich aus. Vierzehn bis sechzehn Stunden am Tag werkelt sie hier herum, kocht, kauft ein, zapft Bier, putzt, stopft die Tischdecken und tröstet die Beladenen.

Warum kam sie hierher? „Im Westen war mir alles viel zu perfekt." Liebt sie die romantische Tristesse? „Das wird einem schnell ausgetrieben. Dazu ist das alles viel zu hart." Ödet sie das nicht an, diese ewige Trübsal? „Ach, ganz gewiß nicht. Wir leben alle zusammen. Jeder kennt jeden. Da spürt man sich selbst und die anderen." Renate ist auf dem besten Wege, einer jener Kneipen-Mütter zu werden, bei denen sich der ganze Block holt, was er braucht: Suppe, Bier und Heimat.

Szenenwechsel: Mauerquartier nahe Görlitzer Bahnhof. Regen und Matsch. Trübes Hinterhofpanorama, daneben eine alte Fabrik. Ein paar kleine Handwerksbetriebe. Eine Kreissäge kreischt schrill durch den maroden Vormittag. Die Bilder und grotesken Sprüche an der Mauer zum „Drüben" sind noch das Bunteste, was die Umgebung zu bieten hat. Aber davor: Tiergehege hinter Lattenzäunen. Schweine, ein Pferd, ein paar Hühner, Schafe. Eine Art Bauernhof mitten in Kreuzberg. Aber ein Bauernhof von besonderer Prägung: Kinder versorgen die Tiere, pflegen sie, füttern sie. Kinder haben geholfen, das Gelände zu „sanieren", Ställe zu bauen. Und im Frühling werden sie auch wieder umgraben, pflanzen und düngen. Eine jener Selbsthilfe-Initiativen von Eltern, die den Kindern zeigen wollen, daß es außer der Großstadtwelt technischer Vollzüge auch noch eine andere gibt, in der es wächst und gedeiht.

Berlin-Kreuzberg. Problembezirk Nummer eins. 130 000 Einwohner. Oder sind es 150 000? 40 000 Türken sollen hier leben. Hohe Arbeitslosigkeit. Kaum noch ein Viertel Ureinwohner. Zentrum der alternativen Szene. 40 000 Wohnungen muß man renovieren, weil die Häuser rund 100 Jahre alt sind. Der Bezirk war jahrelang Inbegriff einer verfehlten Stadtsanierung. Die Hausbesetzer-Szene hatte hier ihren härtesten Kern. Neuerdings aber gibt es eine andere „Legende Kreuzberg": heraus aus dem Abseits. Prinzip Hoffnung. Schon jubelt die in- und ausländische Presse: „Neues Heimatgefühl" – „Geht doch!" – „Beispiel von internationaler Bedeutung". Nur der „Spiegel" mäkelt in üblicher Freudlosigkeit: „Keine Perspektiven!"

Kreuzberg türkisch: 40 000 Türken leben in diesem Stadtbezirk

Aber es gibt in der Tat so etwas wie eine „Kreuzberger Wende". Vieles davon ist der IBA zu danken, der „Internationalen Bauausstellung", genauer gesagt: der GmbH, die besagte Bauausstellung für 1987 vorbereiten soll. Sie hat Ermutigung gebracht – und Geld. Sie nutzte die „Initiativen vor Ort", sie sanierte nicht, sie renovierte. 3500 Wohnungen vor allem in den mauernahen schlimmsten Problembereichen „SO 36" und Luisenstadt sind wieder bewohnbar gemacht. Zu einem Drittel der Kosten, die man für Neubauten veranschlagen muß. Vor allem aber: Die IBA hat Ermutigungsakzente gesetzt. Mit gezielten Projekten. Mit Anregung zur Selbsthilfe, manchmal auch bloß mit neuen Fassaden, um durch das Sichtbare den Geist der Resignation zu bannen.

Im klapprigen Aufzug im dritten Hinterhof eines jener verrufenen Mill-jöh-Mietshäuser, wo eines der IBA-Büros untergebracht ist, steht gekrakelt: „Auch aus IBA-Ferkeln werden einmal Schweine!" Den defätistischen Sinn des Spruches deutet man bei der IBA lachend um: „Ist doch prima, wenn man erwachsen wird." Und selbst geht man ohnehin mit gutem Beispiel voran: In der ehemaligen Mietskaserne hat man ein paar Mauern rausgerissen, die Räume damit vergrößert, mit Stellwänden flexibler gestaltet; und ein wahres Meer von Grünpflanzen in der Büro-Etage schafft einen freundlichen Ausgleich zu jener Tristesse draußen, die man noch nicht abschaffen konnte.

Auch andere Beispiele zeigen, wie man der Mutlosigkeit zu Leibe zu rücken vermag. Eine „Fahrrad-Reparaturwerkstatt" etwa – nein, kein kommerzieller Betrieb, sondern eine Gelegenheit für Kinder, ihre Drahtesel selber flicken zu lernen. Frage an einen Steppke, der gerade sein Rad stolz wieder auf die Straße schiebt, ob er gerne hierhergeht. Die Antwort ist wohl nicht ganz im Sinne der Erfinder: „Nee, aber nun merkt mein Alter nich, det ick de Bordsteinkante ruffjefahren bin."

Aber auch im kommerziellen Gewerbe bewegt man sich voran. Hier, wo die Mieten für gewerbliche Kleinbetriebe so niedrig sind wie nirgends sonst, ist das möglich. Ein Off-Modebetrieb zum Beispiel schickt sich an, mit alternativer Kleidung international zu reüssieren. In Kreuzberg gibt es eine der größten Koran-Druckereien der Welt. Elektronische Zwei-Mann-Unternehmen, erfinderische Geister im Computerbereich, haben sich niedergelassen.

Und die Renovierungskampagne, unter anderem in staatlich geförderten Selbsthilfegruppen betrieben, regt die Wiederansiedlung kleiner Handwerksbetriebe an, was wiederum Arbeits- und Ausbildungsplätzen zugute kommt. Die berühmt-berüchtigte „Kreuzberger Mischung" aus Wohnen, Arbeiten und Vergnügen auf engstem Raum beieinander – einst von Soziologen als frühkapitalistische Entartung verurteilt – feiert freudige Urständ. So schlecht war die Gründerzeit plötzlich doch nicht. Nur heißt das heute „alternativ".

Es ist nicht jedermanns Sache, in Kreuzberg zu wohnen. Türkenmärkte und Trödler, Punkerszene und Mauer-Ödnis, Sprayer-Philosophie („Nieder mit allem") an den Hauswänden und alternatives Zusammenleben, schäbige Rentner-Idylle und verfallene Wohnblocks – das ist ein pittoreskes Ambiente. Aber auch eine Alternative mit Zukunft?

Tante Erna aus der Möckernstraße, zu Beginn des Jahrhunderts hier geboren, sitzt zwischen bröckelndem Nippes und rostrot verfärbten Tapeten in ihrem einzigen beheizten (Kanonenofen mit drei Meter Rohr) Zimmer und philosophiert: „Also, verstehen tu ick det ja alles nich. Wenn ick sehe, wie die ihre Kinder erzieh'n, steh'n ma die Haare zu Berje. Aber se ham wieder Leben in de verrottete Bude jebracht."

Warschau untersagt die Gründung eines Bundes der Deutschen

„Brücke der Verständigung" oder eine „Bedrohung für das Land"?

INGO URBAN, Bonn

40 Jahre nach Kriegsende, 40 Jahre nach der Vertreibung von 9,05 Millionen Deutschen aus dem derzeitigen Staatsgebiet Polens, 35 Jahre nach der Gewaltverzichtserklärung in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen bestreitet die Regierung in Warschau die Existenz von 1,1 Millionen derzeitiger polnischer Staatsbürger mit deutscher Volkszugehörigkeit auf ihrem Territorium und verweigert Deutschen in ihrem Machtbereich die Gründung eines Bundes der Deutschen.

Am 23. Oktober 1984 hatten Deutsche aus Oberschlesien einen Antrag zur „Registrierung einer ethnischen Minderheit der Deutschen in der VR Polen als ein Verband der Deutschen" nach dem Muster des in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden „Bundes der Polen in Deutschland" gestellt (WELT v. 10.11.84). Dieser Antrag ist im Auftrag des polnischen Innenministeriums vom Woiwodschaftsamt Kattowitz abgelehnt und untersagt worden.

In dem der WELT vorliegenden Dokument der Ablehnung heißt es in der Begründung: „Im Gesuch um Registrierung unterstützen die Gründer des ‚Verbandes der Deutschen', entgegen den allgemein bekannten Tatsachen, u.a. durch die Behauptung, daß ‚... einer großen Anzahl von Personen, die auf dem Gebiet wohnen, das früher deutsches Eigentum bildete, und die eine unbestreitbare deutsche Volkszugehörigkeit besitzen ...' die für Polen feindliche Tendenz der auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland bestehenden revisionistischen Kreise.

In dieser Situation sollte anerkannt werden, daß die Gründung und Tätigkeit eines ‚Verbandes der Deutschen' eine Bedrohung der Sicherheit, der Ruhe und öffentlichen Ordnung verursachen kann." Gegen diesen Bescheid haben die Deutschen bei dem Innenministerium in Warschau Berufung eingelegt. Sie verweisen darauf, daß dieser Ablehnungsbescheid nicht nur mit dem in Polen geltenden Gesetz nicht vereinbar sei, sondern auch fundamentale Menschenrechte verletzt werden. Die Deutschen aus Oberschlesien verwahren sich ferner dagegen, daß „das Streben nach der Errichtung der Brücken des Verständnisses zwischen der polnischen und der deutschen Nation" als eine Bedrohung der Sicherheit Polens dargestellt wird. Außerdem erheben sie Einspruch, daß man „die Existenz zahlreicher nicht umgesiedelter Gruppen von Deutschen" im heutigen Polen bestreitet.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland wird die Zahl der Deutschen in dem derzeitigen Staatsgebiet Polens in einem offiziellen Papier seines Pressereferates mit 1,1 Millionen angegeben. Dies ist auch mit der Zahl der in der polnischen Volkszählung von 1950 aufgeführten „Autochthonen" mit 1,25 Millionen Deutschen vereinbar, wie es in dem Papier des Auswärtigen Amtes weiter heißt. Das Auswärtige Amt stellt bei den 1,1 Millionen Deutschen im heutigen Polen Bevölkerungswachstum und Abwanderung durch Aussiedlung in Rechnung.

Die ablehnende Haltung Warschaus ist für die Deutschen nicht verständlich, weil ihnen bekannt ist, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen sich in zwei eigenen Verbänden entfalten können. Es handelt sich dabei um den „Bund der Polen in Deutschland" (gegründet 1922) mit cirka 7000 Mitgliedern sowie den Verband der „Zgoda" (Eintracht), einer 1948 entstandenen kommunistischen Abspaltung vom „Bund der Polen in Deutschland". Beide Verbände, die nach eigenen Angaben etwa 14 000 eingeschriebene Mitglieder haben, werden von Warschau gefördert. Ihre Aufgabe ist es, für die nationale Bewahrung des Polentums in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen. Ihnen zur Seite stehen polnische Seelsorger.

Eine Unterstützung in ihrem Anliegen haben die Deutschen aus Oberschlesien in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der „Arbeitsgemeinschaft für Menschenrechte in Ostdeutschland" innerhalb der „Schlesischen Jugend" bekommen. Die Arbeitsgemeinschaft hat Schreiben dieser Deutschen, in welchen diese um Hilfe bitten, an den Deutschen Bundestag und das Auswärtige Amt weitergeleitet. Nach Angaben der „Schlesischen Jugend" hat das Auswärtige Amt das Anliegen dieser Deutschen bisher nicht unterstützt, im Gegenteil, die deutsche Botschaft in Warschau empfiehlt in dieser Angelegenheit Zurückhaltung.

Urząd Wojewódzki
SA.I-8013/74/84
Katowice, dnia 19 grudnia 1984 r.
DECYZJA
Na podstawie art. 20 w związku z art. 14 rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 27 października 1932 r. – prawo o stowarzyszeniach /Dz.U. Nr 94, poz. 808 z późniejszymi zmianami/
Od niniejszej decyzji służy odwołanie do Ministra Spraw Wewnętrznych za moim pośrednictwem, w terminie czternastu dni od dnia jej doręczenia.
Otrzymują:
1. Ob. Norbert Gaida – członek grupy Członków Założycieli
47-400 Krzyżanowice
2. a/a



Der Ablehnungsbescheid des Woiwodschaftsamtes Kattowitz zur Gründung eines Bundes der Deutschen in Polen

Polen gründen Landsmannschaft in Oberschlesien

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

In der oberschlesischen Bezirksstadt Oppeln hat sich jetzt die erste polnische Landsmannschaft mit der Bezeichnung „Oder-Weichsel" ins gerichtliche Vereinsregister eintragen lassen. Präsident ist der in Dortmund geborene nationalistische Sejm-Abgeordnete und Deutschlandexperte, Dr. Edmund Meclewski. Sein Stellvertreter ist der frühere polnische Botschafter in der Bundesrepublik, Waclaw Piatkowski, der heute Deutschlandexperte der rechtsradikalen und neostalinistischen KP-Gruppierung „Patriotische Bewegung Grünwald (Tannenberg)" ist und selber aus dem Wartheland stammt.

Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch der aus Oberschlesien stammende KP-Abgeordnete und Deutschlandexperte Wilhelm Szewczyk, der ebenfalls dem rechten KP-Spektrum zuzurechnen ist. Szewczyk hatte im vergangenen Jahr mehrmals die Gründung einer polnischen Landsmannschaft als Pendant zu den ostdeutschen Landsmannschaften in der Bundesrepublik gefordert. Hingegen lehnte der parteilose, aus Oppeln stammende Sejm-Abgeordnete Edmund Osmanczyk, vor dem Kriege deutscher Staatsbürger und aktiver Präside des „Bundes der Polen in Deutschland" eine Mitarbeit ab und bestritt im Krakauer katholischen Tygodnik Powszechny Gründungsmitglied von „Oder-Weichsel" zu sein.

Die Gründungsmitglieder hoben hervor, daß der Sitz Oppeln als Residenz der schlesischen Piastenherzöge keineswegs Zufall sei. Man wolle den „historischen Anspruch" Polens auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen untermauern. Man wolle ferner das Anliegen polnisch gesinnter Oberschlesier, Kaschuben, Masuren und Ermländer unterstützen sowie eng mit auslandspolnischen Organisationen, wie zum Beispiel dem „Bund der Polen in Deutschland" sowie dem „Zgoda"-Verband zusammenarbeiten, aber auch mit den der Volksrepublik Polen wohlgesonnenen Gesellschaften im Ausland, wie zum Beispiel mit den deutsch-polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik.

In Hambach spricht Reagan zu der Jugend

Nea. Mainz

US-Präsident Ronald Reagan wird am 6. Mai im Rahmen seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik im Hambacher Schloß nicht nur seine geplante Rede an die deutsche Jugend halten, sondern unter Umständen auch mit Zuhörern diskutieren. Die dabei zu lösenden Probleme sind, wie aus der Mainzer Staatskanzlei zu hören ist, nicht etwa politischer, sondern technischer Art. Der rheinland-pfälzische Regierungssprecher Hennes Schreiner: „So eine Forderung nach Diskussion ist leicht gestellt, aber kann mir mal jemand sagen, wie man das bei 8000 Menschen und begrenzter Zeit machen soll?"

Gedacht ist jetzt daran, den Präsidenten im Anschluß an seine Rede mit einem Kreis ausgewählter Jugendlicher zusammenkommen zu lassen. Die Auswahl soll nicht etwa nach politischen Gesichtspunkten erfolgen, sondern nach der Fähigkeit, sich auf englisch mit dem Präsidenten zu unterhalten, damit in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit überhaupt eine sinnvolle Diskussion zustandekommt.

Von den annähernd 8000 Zuhörern, die der US-Präsident bei der Veranstaltung am Hambacher Schloß haben wird, sollen über 5000 im jugendlichen Alter sein. Dazu hat Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) alle Städte und Landkreise von Rheinland-Pfalz aufgefordert, je 50 bis 100 Jugendliche aus ihrem Bereich zu benennen. Außerdem werden die zahlreichen Jugendgruppen – vom Gesangverein bis zur politischen Jugendorganisation – aus dem ganzen Land Delegationen nach Hambach schicken. Schließlich sollen etwa 1000 Plätze für junge Menschen freigehalten werden, die aus anderen Teilen der Bundesrepublik auf eigene Faust anreisen.

„Wir gehen durchaus davon aus, daß der Präsident auch kritische Zuhörer haben wird", sagt Schreiner. „Auch Vertreter entgegengesetzter Ansichten sind willkommen, aber wir erwarten doch, daß dabei die gebotene Form gewahrt und das Gesetz der selbstverständlichen Höflichkeit gegenüber einem Gast unseres Landes beachtet wird. Krawallmacher haben hier nichts zu suchen."

Allgemein wird allerdings damit gerechnet, daß die Gegner des Reagan-Auftritts in Hambach sich erst am darauffolgenden Tag zu der geplanten Gegenveranstaltung einfinden werden. Die rheinland-pfälzische SPD unterstützt diese von den Jungsozialisten organisierte Protest-Veranstaltung inzwischen auch offiziell. Schreiner: „Wir haben Vertreter der Opposition natürlich auch zur Rede des Präsidenten eingeladen. Wer kommt, wissen wir nicht. Aber wir hoffen, daß die SPD wenigstens versucht, mäßigend auf die Demonstranten einzuwirken."

Auffallend groß ist das Interesse der Medien an der Hambacher Veranstaltung am 6. Mai. Neben mehreren hundert Journalisten müssen soviele Fernseh-Teams untergebracht werden, daß – würde man es zulassen – der gesamte am Hambacher Schloß zur Verfügung stehende Parkplatz durch Übertragungswagen blockiert wäre. Mehrere US-Fernsehgesellschaften planen Direktübertragungen.

Schafft es Worms mit einer FDP im Aufwind?

Liberale sprechen schon von acht Prozent am 12. Mai

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Demoskopen vollziehen nur langsam nach, wie die Stimmung in der Wahlbevölkerung sich ändert. Hoffnungslose drei Prozent nämlich attestierten sie noch im Februar der FDP für die entscheidende Landtagswahl am 12. Mai. Weit abgeschlagen also und ohne Aussicht auf einen Wiedereinzug in das nordrhein-westfälische Parlament. Und damit signalisierten sie auch das Aus der Träume des CDU-Spitzenkandidaten Bernhard Worms, der auf eine absolute Mehrheit seiner Partei auch in kühnsten Vorstellungen nicht hoffen kann. Knapp 44 Prozent waren es 1980, nach einem für die Union schwierigen Wahlkampf, der unter dem von der SPD aufgezwungenen Motto stand „Krieg oder Frieden" und „Strauß oder Schmidt". Denn ein knappes halbes Jahr später war im Herbst 1980 Bundestagswahl.

Heute geben die Wahrsager des Godesberger Meinungsforschungsinstitutes Infas den Liberalen erstmals die Chance von mehr als fünf Prozent. Optimisten, die den Jubel und die Aufbruchstimmung der Parteitage in Gütersloh und Duisburg beobachteten, rechnen gar mit knapp acht Prozent der Stimmen für die Liberalen.

Auch die jüngsten Zahlen, die das Ansehen der Politiker widerspiegeln sollen, sprechen für eine steigende Bekanntheit des FDP-Spitzenkandidaten Achim Rohde: Er erreicht mit 27 Prozent einen Beliebtheitsgrad, der nur knapp unter dem des CDU-Oppositionschefs Bernhard Worms von 30 Prozent liegt.

Dazu kommen unerwartete Wahlhelfer: in allen Teilen des Landes konstituieren sich Freundeskreise der FDP nach dem Vorbild der erfolgreichen Berliner Initiative. Vor allem im Ruhrgebiet melden sich parteiunabhängige Bürger, die – so die Initiatoren Peter Dietz aus Mülheim und Hans Friedrich Sutter aus Essen – „die liberale Kraft als ein Stück politischer Kultur verstehen, das nicht untergehen darf". In Nachbarschaftsparties oder bei Stehempfängen werden die örtlichen Kandidaten in zwangloser Runde vorgestellt, und meist ist ein prominenter Landes- oder Bundespolitiker hilfreich und unterstützend zur Stelle. Allein der FDP-Bundesvorsitzende Martin Bangemann will knapp 60 solcher Termine wahrnehmen. „Die Leute mögen keine Monsterveranstaltungen", sagt er, „sondern sie wünschen sich eine Partei, die sich vor Ort um die Probleme kümmert und Antworten gibt."

Ärger über Auftritt von Bangemann

Direkte Leihstimmen von der CDU erwartet niemand in der FDP-Mannschaft. Selbstbewußt will sie es allein schaffen, darauf bauend, daß ihre Initiative und ihr Einsatz vom Wähler honoriert werden. Zudem ist – gerade von Bundeskanzler Helmut Kohl wie von Bernhard Worms nach dem Auftritt Bangemanns vor dem CDU-Bundesparteitag in Essen – eindeutig festgestellt worden: „Wir kämpfen um jede Stimme." Wenn die Freien Demokraten auch ein „wünschenswerter Partner" für die Regierungsübernahme seien, werde die CDU sie „selbstverständlich aber als Konkurrenten ansehen".

Diese Klarstellung war auch nötig. Denn auf dem Parteitag liefen die rheinischen und westfälischen Delegierten wie aufgeschreckte Hühner durcheinander, weil der Fuchs – sprich Bangemann – in ihren Hof eingebrochen war. Klaus Evertz aus Krefeld stöhnte: „Wie soll ich das denn vor Ort meinen Leuten beibringen? Erst sagt der Kanzler am Morgen: ‚Wir verschenken keine Leihstimmen!' und dann tritt am Abend der FDP-Bundesvorsitzende bei uns auf." Und der Westfale Theodor Schwefer kommentierte knapp: „Mann, mir wird ganz bange."

Nach anfänglichen Schwierigkeiten scheint die Basis der Union mobilisiert. Das Gespann Worms/Biedenkopf setzt auf den für die Union positiven Bundestrend und Helmut Kohl sagte „volle Unterstützung" zu. Der Wahlkampf biete die Chance auf Wiederholung des Ergebnisses von Helmut Kohl bei der Bundestagswahl 1983 an Rhein und Ruhr, sagt Worms.

Abwärtstrend bei den Grünen

Damals stimmten am 6. März 52 Prozent für die Koalition der Mitte, während die SPD mit 42,8 Prozent klar abfiel. Allerdings sieht Infas die Sozialdemokraten nach der jüngsten Sonntagsfrage bei 46 Prozent und die CDU bei stabilisierten 42 Prozent. Die Grünen hingegen, die noch vor kurzem bei knapp acht Prozent rangierten, gehen in Halb-Prozent-Schritten zurück und liegen jetzt bei nur knapp sechs Prozent.

Kohl, Worms und Biedenkopf greifen in ihren Wahlreden übereinstimmend den SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau an. Der habe es zugelassen, daß das industriereichste Bundesland seine Spitzenposition abgeben mußte. Die CDU-Politiker stehen dabei vor dem Problem, auf der einen Seite Rau und seiner mit absoluter Mehrheit regierende SPD Fehler vorzuwerfen, auf der anderen Seite aber das Land und seine Bevölkerung nicht gleichzeitig schlecht zu machen. Kohl gab die Linie vor, in dem er Worms („Den Mann, der unser Vertrauen verdient, auf den Verlaß ist") gegen Rau stellt, den Täuscher, der um der bloßen Machterhaltung willen sich der Grünen bedienen werde wie der Hesse Holger Börner. Die SPD könne nicht mit Geld umgehen und werde einen „Wahlkampf des Neides" mit dem Ziel führen, die weniger Verdienenden gegen die angeblich Reichen aufzuhetzen. Kohl warnte vor solchen Verwirrungen in den Köpfen, „denn alle Varianten des Sozialismus haben doch nur immer bewiesen, daß am Ende das Elend der Massen und der Reichtum einiger Bonzen steht".

Dem Wirtschaftsfachmann Biedenkopf schwebt eine neue Gründerwelle vor – ähnlich wie in Berlin –, und er lehnt sich eng an die Thesen der FDP an und fordert: „Leistung muß sich wieder lohnen und Spaß machen."

„Aufschwung, nur mit uns", proklamiert die Union und hofft letztendlich sogar noch auf Wahlhilfe aus Amerika: Denn mit dem Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai verbindet US-Präsident Ronald Reagan einen PR-günstigen Staatsbesuch.

SPD befürwortet Volkszählung. Aber erst für 1988

hey. Bonn

Kritik an den Plänen der Bonner Regierungskoalition, den fälschungssicheren Personalausweis am 1. Januar einzuführen und die Volkszählung am 23. April 1986 zu veranstalten, hat die SPD-Opposition geübt. Beide Termine sind nach Ansicht des SPD-Obmanns im Innenausschuß des Bundestages, Harald Schäfer, wegen rechtlicher und politischer Bedenken sowie aus praktischen Gründen nicht einzuhalten. Dagegen will die SPD noch in diesem Jahr die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes durchsetzen.

In Übereinstimmung mit Burkhard Hirsch (FDP) verlangte Schäfer, der erneut die Maschinenlesbarkeit des neuen Ausweises ablehnte, daß vor der Einführung die Polizei- und Nachrichtendienstgesetze neu gefaßt werden müssen. Schäfer wies darauf hin, daß außer der Bundesregierung nur noch Großbritannien die Maschinenlesbarkeit befürworte.

Weiter sprach er sich für die Volkszählung aus, weil „kein moderner Staat" auf Planungsdaten verzichten könne. Er warnte aber davor, die parlamentarischen Beratungen „unter unziemlichen Zeitdruck" zu setzen. In diesem Fall werde die SPD gegen das erforderliche Gesetz stimmen. Das würde zu einer so hohen „Verweigerungsquote" führen, daß „die Volkszählung wertlos wird".

Die SPD sei für eine Verschiebung bis 1988. Ziel müsse es sein, daß sich die Bundesrepublik Deutschland wieder in den Zehn-Jahres-Rhythmus des Weltzensus einfügt, der wieder 1990 stattfindet.

Schwarz-grün in Mainhausen

dpa, Mainhausen

Mit den Stimmen der CDU ist die Grünen-Abgeordnete Doris Herzog in das Amt des ersten Beigeordneten und damit zur stellvertretenden Bürgermeisterin der hessischen Gemeinde Mainhausen gewählt worden. Trotz der landesweiten Warnung der CDU vor rot-grünen Bündnissen hatten die Unionsabgeordneten von Mainhausen mit den Grünen eine gemeinsame Liste für die Besetzung der Gemeindegremien aufgestellt und an die erste Stelle Doris Herzog gesetzt. Gemäß dieser Absprache wurde der 53jährige Christdemokrat Hans Thiel zum zweiten Mal zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt.

Strafanzeige gegen G+J-Manager

ub. Hamburg

Der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold, der im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher den Stuttgarter Militaria-Händler und Tagebuch-Fälscher Konrad Kujau vertritt, hat gegen frühere und heutige Vorstandsmitglieder des Verlagshauses Gruner + Jahr Strafanzeige wegen Betruges erstattet. Es bestehe, so begründete der Rechtsanwalt, der Verdacht, daß „die verantwortlichen Personen" des Verlagshauses bei den Verhandlungen über den Verkauf von Lizenzen für den Abdruck der „Hitler-Tagebücher" die ausländischen Partner „bewußt getäuscht haben in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen".

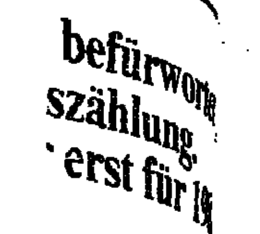
Die Einleitung eines besonderen Ermittlungsverfahrens sei, so Groenewold in seiner Anzeige weiter, auch deshalb erforderlich, weil der Eindruck bestehe, das Verlagshaus Gruner + Jahr werde „zu Lasten von Herrn Kujau geschont". Die Vertreter des Verlagshauses hätten „selbst mit zahlreichen Täuschungen gehandelt". Erst die Würdigung dieses Verhaltens unter strafrechtlichen Gesichtspunkten führe „zu einer gerechten Beurteilung des Geschehens".

Grüne streiten wieder über Kindersexualität

dpa, Stuttgart

Das Thema Sexualität mit Kindern sorgt jetzt auch im baden-württembergischen Landesverband der Grünen für Zündstoff. Während sich der Landesarbeitskreis Kinder und Jugendliche dafür einsetzt, daß „einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und jungen Menschen straffrei" sein sollen, heißt es in einer Vorlage des Landesvorstands, es sei „im Moment unvertretbar" angesichts des erschreckenden Ausmaßes des sexuellen Mißbrauchs junger Menschen weitreichende Forderungen auf Entkriminalisierung im Bereich des sexuellen Jugendschutzes aufzustellen. Landesgeschäftsführer Bernd Faller-Schwendemann erklärte gestern auf Anfrage, daß die Positionen des Landesarbeitskreises Kinder und Jugendliche in Blaubeuren nicht mehrheitsfähig seien.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Der „neue Realismus“ läßt Moskau und Peking flexibler erscheinen

Von JOHNNY ERLING

Von einem möglichen politischen Durchbruch der sechsten chinesisch-sowjetischen Konsultationsrunde in Moskau zu sprechen wäre unzutreffend. Ein „neuer Realismus" in der Verhandlungstaktik kam aber bereits in der Begleitmusik zu dem gegenwärtig stattfindenden Dialog zum Ausdruck. Chinas Vizepremier Li Peng, der als Pekings Emissär bei den Trauerfeiern um Tschernenko mit dem neuen Parteichef Gorbatschow *zusammentraf*, fand dafür die Formel: Sein Land strebe *nach freundschaftlichen* Beziehungen, nicht aber nach einem *Bündnis*.

Parteichef Hu Yaobang verdeutlichte dies in Peking zu Beginn der Gespräche vor Journalisten aus Hongkong und Macao. Er plädierte für eine Ausweitung der bislang auf Wirtschafts- und Kulturkontakte beschränkten Beziehungen.

Hu nannte dabei nur noch die Beseitigung der „unsicheren Lage an der chinesischen Nord- und Südgrenze" und die Anerkennung der chinesischen Selbstbestimmung im außenpolitischen Bereich als Vorbedingungen. „Ich weiß nicht genau, wie viele Hindernisse es sind, aber die, die unsere Sicherheit betreffen, müssen weg." Hu verzichtete, den Rückzug der Sowjets aus Afghanistan und die Beendigung der sowjetischen *Unterstützung für die vietnamesische* Aggression in Kambodscha ausdrücklich zu benennen.

Mit solchen Vorbedingungen aber war Peking seit 1982 vor jede Gesprächsrunde an die Öffentlichkeit getreten. Moskau reagierte ebenso öffentlich mit der stereotypen Antwort, über bilaterale Grenzfragen wolle *man reden*, alles andere sei eine Angelegenheit von Drittstaaten. An diesen Tenor, mit dem bereits Breschnew 1982 um eine Verbesserung der Beziehungen *geworben* hatte, hielten sich 1983 seine Nachfolger Andropow und 1984 auch Tschernenko. Gorbatschow dagegen betonte nur den „ernsthaften" Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen.

Auch wenn es unwahrscheinlich ist, daß die Sowjetunion nun irgendwelche Konzessionen in Afghanistan oder Vietnam machen wird, so ist sie zumindest von dem Standpunkt abgerückt, daß darüber prinzipiell keine Gespräche mit China möglich seien.

Unter solchen Voraussetzungen könnte sich Peking erlauben, mit einem der drei Punkte zu beginnen, der Truppenentflechtung an der beiderseitigen Grenze, die von Breschnew, Andropow und Tschernenko als „vertrauensbildende Maßnahmen" angeboten wurden. Mehr „Normalität" weist die ruhige chinesisch-sowjetische Grenze ohnehin seit einiger Zeit auf, im wachsenden Grenzhandel, der Öffnung neuer *Übergänge und Vereinbarungen* über die Schiffahrt auf den Grenzflüssen Amur, Ussuri und Argun.

Eine rege diplomatische Aktivität auf beiden Seiten zeigt aber, daß die anderen Probleme nicht unter den Tisch fallen. Während der sowjetische Vize-Außenminister und Asienexperte Kapitza gerade auf einer *Südostasien-Tour für die vietnamesischen* Vorschläge zu Kambodscha warb und sich eine Abfuhr bei Indonesien holte, kündigte Peking seine Teilnahme an den 30-Jahr-Feiern der Bandung-Konferenz Ende April in Indonesien an, mit dem es seit 1965 keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

Für Chinas Interesse an besseren Beziehungen mit der Sowjetunion sprechen nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen, die sich 1984 mit einem Handelsumfang von 3,5 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr verdoppelten, sondern auch das Prinzip Hoffnung, mit dem Peking jeden sowjetischen Führer seit Breschnew abwartend begrüßte.

Seit Gorbatschows Amtsantritt hielt sich dazu die sowjetische Presse über Peking zurück. Chinas Außenminister Wu nannte dies „ein gutes Zeichen". Gorbatschow wiederrum, erstmals „höflich" von China auch als „Genosse" tituliert, wurde in der Presse biographisch vorgestellt, wobei er wegen seines „energischen Arbeitsstils" gelobt wurde.

Interessanter noch waren die Hinweise über einen „neuen Realismus" in der sowjetischen Innenpolitik. Hervorgehoben wurde, was in der „Prawda" stand: Man müsse „die neuen Probleme auf der Grundlage der Praxis und des wirklichen Lebens angehen". Aber auch bei *sowjetischen Wissenschaftlern hat eine* Diskussion über die bisher tabuisierten *chinesischen Wirtschaftsreformen* begonnen. Dazu fiel bereits das Stichwort der „neuen ökonomische Politik" (NEP) Lenins.

Doch in allen Freundlichkeiten steckt ein Stück Skepsis. Auch bei Andropows Amtsantritt hatte die *chinesische Führung von hoffnungsvollen* Zeichen gesprochen, war aber angesichts der Bewegungslosigkeit der sowjetischen Politik wieder auf den Status quo zurückgekehrt. Tschernenko, der China schulmeisterlich belehrte, es solle ins sozialistische Lager zurückkehren, brachte die Beziehungen auf einen Tiefpunkt. Hu Yaobangs Hinweis, die Sowjets sollen die chinesische Selbstbestimmung akzeptieren, war so auch eine selbstbewußte Warnung an Gorbatschow.

Sacharow droht mit Austritt aus Akademie

AP, London

Der sowjetische Atomphysiker und Nobelpreisträger Andrej Sacharow will nach Angaben seines Schwiegersohns Efrem Jankelewitsch am 10. Mai aus der sowjetischen Akademie der Wissenschaften austreten, wenn seine Wissenschaftlerkollegen ihm und seiner Frau bis dahin nicht geholfen haben. Jankelewitsch gab die Erklärung Sacharows auf der Fünften Internationalen Sacharow-Anhörung *bekannt, die gestern in London eröffnet* wurde. Auf der Tagesordnung stehen die Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion und insbesondere die Verbannung Sacharows nach Gorki. Konferenzleiter Allan Wynn aus Australien nannte Sacharows Ankündigung einen Ausdruck der Verzweiflung. In die Akademie aufgenommen zu werden bedeute in der UdSSR die höchste Ehrung und biete Schutz. *Selbst zur Zeit Stalins* sei kein Mitglied der Akademie inhaftiert worden. Sacharows Absicht, auszutreten, biete Anlaß zur Sorge.

„Prawda“ greift Politik Pakistans an

dpa, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat Pakistan vorgeworfen, ein „Brückenkopf der Aggression" geworden zu sein, weil es sein Territorium für den „unerklärten Krieg gegen das afghanische Volk" zur Verfügung *stelle*. Das pakistanische Regime habe in letzter Zeit immer häufiger „*zu direkten militärischen Provokationen*" gegen Afghanistan gegriffen. *Gleichzeitig führe Islamabad* aber eine „bösartige antiafghanische Propaganda" und werfe Kabul angebliche Verletzungen der pakistanischen Staatsgrenze vor. „Eine solche heimtückische Taktik wird angewandt, um Pakistans Beschützern in Übersee Argumente für die Fortsetzung der Aggressionen gegen einen *friedliebenden, souveränen Staat in* die Hände zu spielen." Die „Prawda" beschuldigte die USA, Pakistan zu militarisieren, und vermutet, daß diese Militarisierung „bereits zu einer Verletzung des bestehenden Kräftegleichgewichts in Südasien" geführt habe.

Seite 2: Pakistan im Fadenkreuz

Kreml wünscht Disziplin im Pakt

Osteuropas Staaten wollen selbständiger sein / Verlängerung des Bündnisses diskutiert

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das Eintreffen des sowjetischen Verteidigungsministers Marschall Sergej Sokolow in Warschau ist ein Indiz dafür, wie wichtig der neuen Kreml-Führung unter Michail Gorbatschow die Regelung des militärischen Innenverhältnisses innerhalb *des Ostblocks ist. Gorbatschow* hat bereits in seinen ersten Erklärungen gefordert, die Verbindungen zwischen Moskau und seinen osteuropäischen Vasallenstaaten müßten intensiviert werden. Unter dem neuen Parteichef könnte sich der durch Moskauer Schlendrian und durch die Entscheidungsschwäche unter Breschnew *und Tschernenko* vergrößerte Spielraum für manche osteuropäischen Staaten wieder reduzieren.

Allein die Tatsache, daß es innerhalb des Ostblocks über die Frage einer Verlängerung des in diesem Jahre auslaufenden Warschauer Pakts zu Diskussionen und widersprüchlichen Stellungnahmen kommen konnte, zeigt den Wandel der letzten zehn Jahre. Moskau ist zwar noch immer äußerlich die unbeschränkte Hegemonialmacht. Seine Truppen *stehen* in sämtlichen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts – mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien. In der „DDR" kann die sowjetische *Militärpräsenz nur* als drückend empfunden werden. In Ungarn und der Tschechoslowakei sind die Sowjetverbände auf diskretere Weise anwesend. In Polen befinden sich die wichtigsten Ost-West-Verkehrsverbindungen fest unter sowjetischer Kontrolle.

Dennoch hat der verstärkte Wunsch der osteuropäischen Nationen nach mehr Selbständigkeit auch auf militärischem Gebiet seine Auswirkungen. Die Okkupation durch die Sowjetarmee wird weder in der „DDR" noch anderswo im kommunistischen Herrschaftsbereich mehr so *selbstverständlich hingenommen* wie in früheren Jahrzehnten.

Selbst jene Staaten, die den Warschauer Pakt an und für sich nicht in Frage stellen, wagen den Einwand, ob das Vertragswerk in seiner jetzigen Form noch zeitgemäß sei. An die Drohung eines amerikanischen oder gar westdeutschen Angriffs gegen die Sowjetunion und die kommunistischen Staaten glaubt in Osteuropa inzwischen niemand mehr – weder die Antikommunisten (die noch in den fünfziger Jahren auf ein solches Ereignis hofften), noch die Kommunisten (die sich einstmals vor einer solchen Möglichkeit fürchten mußten). Der Warschauer Pakt wird demgemäß eher als ein Instrument innerer Disziplinierung empfunden – *und ist damit* der Kritik ausgesetzt.

So hörte man von rumänischer Seite, daß eine Verlängerung des Paktes – wenn man ihn schon nicht ganz *abschaffen könne* – nur um fünf Jahre sinnvoll sei, während die Sowjets natürlich *auf 20 Jahre und mehr Laufzeit* drangen. Schon vor einiger Zeit wurde in osteuropäischen Kreisen die Frage gestellt, ob die Führungspositionen unbedingt stets in sowjetischer Hand sein müßten – oder ob nicht auch nicht einmal ein turnus*mäßiger Wechsel* im Oberbefehl stattfinden könnte, um auch die kleineren *Paktmitglieder zum Zuge kommen* zu lassen.

Die Sowjets haben den Warschauer Pakt – anders als es im Westen mit der NATO der Fall ist –, als klassisches Militärbündnis alter Art organisiert, wobei die stärkste Macht die militärischen und natürlich auch politischen Schlüsselpositionen fest in der Hand hält. Eine Integration, wie sie innerhalb der NATO so selbstverständlich ist, kann es nicht geben, schon weil der große Bruder seinen kleineren Brüdern nicht ganz traut.

Italien im Sog ferngesteuerten Terrors

Anschläge nahöstlicher Organisationen / *Tourismus erschwert vorbeugende Bekämpfung*

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Als der italienische Starkarikatu*rist Forattini* nach einem Bazooka-Attentat auf die jordanische Botschaft in Rom die Minarette der geplanten Moschee am Tiber als Raketenabschußrampen darstellte, drückte er die weitverbreitete Besorgnis darüber aus, daß Italien und seine Hauptstadt offensichtlich immer mehr zum Kampffeld sich befehdender nahöstlicher Terrororganisationen verschiedenster Provenienz werden.

Im vergangenen Jahr war das Land Schauplatz von 20 Prozent der Terrorakte, die von diesen Organisationen in neun europäischen Ländern verübt wurden. Aus Syrien und Libyen ferngesteuerte Extremisten nahmen Vertreter und Einrichtungen der PLO und Jordaniens aufs Korn. Islamische Integristen bekämpften „gemäßigte" Palästinenser, Amerikaner und Juden. *Die geplante Sprengung* der amerikanischen Botschaft in Rom durch ein schiitisches Todeskommando konnte im letzten Jahr gerade noch verhindert werden.

Und weiter: Mordkommandos Khadhafis attackierten Exillibyer. Geschworene Feinde des Diktators wiederum rächten sich an dessen Diplomaten. *Armenier legten Bomben* gegen Türken. Iraner gerieten mit Irakern aneinandern. Immer wieder führten die Wege der Fanatiker und gedungenen Mörder aus dem Nahen Osten nach Rom.

Zu den Mordopfern des Jahres 1984 auf italienischem Boden zählen zwei libysche Diplomaten, ein PLO-Vertreter, ein iranisches Mädchen und der amerikanische Diplomat Laemon Hunt, dessen Ermordung gleichzeitig von den „Revolutionären Arabischen Brigaden" und *von den* Roten Brigaden reklamiert wurde.

Allein in der vergangenen Woche wurden in Rom drei Anschläge verübt: einer gegen das Stadtbüro der syrischen *Luftfahrtgesellschaft*, ein zweiter gegen die Agentur der jordanischen *Luftlinie* und der dritte schließlich auf die jordanische Botschaft. Daß dabei keine Menschenleben zu beklagen waren, ist nur zufälligen glücklichen Umständen zu verdanken.

Der Attentäter, ein 20jähriger Aktivist der Terrororganisation „Schwarzer September", der sich Mimour Ah*mad nennt und angeblich im palästi*nensischen Flüchtlingslager Sabra von Beirut geboren wurde, holte im Schutz parkender Autos seine Waffe aus einer Sporttasche, postierte sie auf den Kühler eines Fiat-Ritmo und drückte ab. Das Geschoß traf jedoch weder die Botschafterresidenz im 5. Stock noch die darunter gelegenen Kanzleiräume der Botschaft, sondern die benachbarte Wohnung eines ita*lienischen Ingenieurs im* 4.Stock des Hauses. Hätten sich die Frau des Ingenieurs und dessen Sohn nicht zufällig in einem anderen Zimmer aufgehalten, wären sie wahrscheinlich ums Leben gekommen.

Die Flucht gelang Mimour Ahmad nur deshalb nicht, weil eine Schweizer Pistole, mit der er sich den Fluchtweg freischießen wollte, Ladehemmung hatte. Er konnte überwältigt werden. Im Polizeipräsidium erklärte er sich sofort als politischer Gefangener und gab lediglich an, die Tatwaffen von einer ihm unbekannten Französin erhalten zu haben.

Im September 1983 war bereits ein Attentat auf den Vorgänger des jetzigen jordanischen Botschafters in Rom verübt worden. Ein Killerkommando, das dann spurlos untertauchte, hatte ihn in der Nähe der Bot*schaft zusammengeschossen und* lebensgefährlich verletzt.

Der PLO-Vertreter in Rom, Fuad Bitar, erklärte nach dem neuerlichen Anschlag, die Aktion des „Schwarzen September" *habe sich zweifellos* gegen die zwischen König Hussein von Jordanien und PLO-Chef Yassir Arafat getroffene Vereinbarung über eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Verhandlungsplattform für etwaige Direktgespräche mit Israel gerichtet. Nach den mutmaßlichen Auftraggebern befragt, sagte er: „Die syrische und die libysche Regierung haben gegen uns Position bezogen, und es gibt auch Palästinenser, die den Hussein-Arafat-Akkord ablehnen.

Auf das Konto der *1970* gegründeten Geheimorganisation „Schwarzer September" gehen zahlreiche blutige Terrorakte, so auch das Massaker an der israelischen Olympia-Mannschaft in München im Jahre 1972. Ursprünglich stand die Organisation der PLO nahe, hat aber in letzter Zeit gegen Arafat Front gemacht, weil sie dessen Politik für viel zu „gemäßigt" hält.

Im italienischen Innenministerium, wo man schon Sorge genug mit dem wiederauflebenden hausgemachten Terrorismus von links und rechts sowie mit dem organisierten Gemeinverbrechertum à la Mafia und Camorra hat, wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, auf die in einem *weit offenen Touristenland wie* Italien alle vorbeugenden Maßnahmen zur Bekämpfung des *internationalen* Terrorismus stoßen.

Die genaue Überprüfung aller einreisenden Touristen würde höchstwahrscheinlich zu einem Chaos an den Grenzstationen und auf den internationalen Flughäfen des Landes führen. Und daß sich selbst unter die Studenten der Ausländeruniversität *von Perugia getarnte Terroristen einschleichen* können, zeigt der Fall der dingfest gemachten islamischen Fanatiker, die die amerikanische Botschaft in die Luft sprengen wollten.

Paris geht strenger gegen Sekten vor

Vormundschaftsrichter soll Mitglieder befreien / Bericht nennt 800 religiöse Gruppen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Dem französischen Ministerrat unter Vorsitz von Präsident Mitterrand lag gestern ein Bericht des sozialistischen Abgeordneten Alain Vivien vor, in dem das Sektenwesen in Frankreich beleuchtet und neue Vorschläge zu dessen Einschränkung oder Überwachung gemacht werden.

Er ist das bisher umfassendste Dokument zu einem Phänomen, das die französische Öffentlichkeit in zunehmendem Maße beunruhigt und in jüngster Zeit zu Zusammenstößen zwischen Sektenangehörigen und ihren Familien, polizeilichen Eingriffen und sensationell aufgemachten Filmreportagen geführt haben.

Der Bericht war von Premierminister Pierre Mauroy 1982 in Auftrag gegeben worden, nachdem mehrere Anläufe unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings am Widerstand einflußreicher Sekten und ihrer Sympathisanten gescheitert waren. Vivien ist zeitweilig physisch bedroht worden.

Vivien hat unter den etwa 800 religiösen oder pseudowissenschaftlichen Gruppen und Grüppchen, die ihm in den 95 Departements Frankreichs gemeldet worden waren, 116 als „konstituierte und ordungsgemäß angemeldete Sekten" registriert. Sechs von ihnen werden als besonders mächtig, straff organisiert und international verflochten bezeichnet und besonders unter die Lupe genommen. Dazu gehören die beiden Gruppierungen, denen Vivien die meiste Anhängerschaft unter den etwa 500 000 von ihm erfaßten Sektenmitgliedern Frankreichs zumißt: die Moon-Sekte und die „Scientology"-Kirche.

Kaum weniger verbreitet sind die Jünger der transzendentalen Meditation oder die Krishna-Sekte. Als ausgesprochen faschistisch wird die „Neue Akropolis" des Argentiniers Jorge Livraga eingestuft, der in *Frankreich etwa 10 000 meist junge* Leute angehören. Sämtliche genannten Organisationen haben ihre Zentralen im Ausland.

Unter den neuen Vorschlägen zur Bekämpfung des Sektenunwesens sticht am meisten die Einführung eines „Vormundschaftsrichters" hervor, dem es möglich sein soll, Personen (auch Erwachsene), die sich nicht mehr selber dem physischen oder *psychischen Druck* einer Sekte entziehen können, gewaltsam aus ihrer Lage zu befreien.

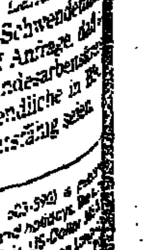
Hier setzt Kritik sogar gemäßigter Kreise ein, weil ein Eingriff in das Recht auf persönliche Freiheit vorliege. Die Forderung Viviens, einen hohen *Beamten beim Premierminister* mit der ständigen Überwachung der Sekten *zu* beauftragen und für eine bessere Information über Sekten in Schulen und Massenmedien zu sorgen, werten Angehörige der Moon-Sekte als „Hexenjagd". Andere Sektenvertreter berufen sich auf das Gesetz von 1905 über die Trennung von Kirche und Staat, das jede rassische oder religiöse Diskriminierung verbietet.

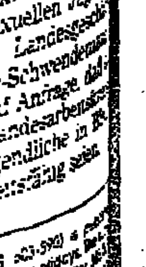
Die katholische Kirche Frankreichs bedauerte an dem Bericht lediglich, daß er zu spät komme, um die Menschen auf die verheerenden Folgen einer Abkehr von der traditionellen Kirche aufmerksam zu machen.

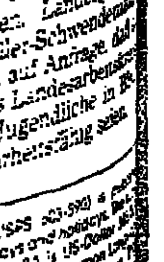
Mehr Einfluß des Südens auf Europa

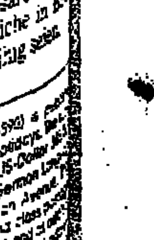
rtr, Madrid

Die geplante Süderweiterung der EG um Spanien und Portugal wird nach Ansicht der sozialistischen Ministerpräsidenten von Italien, Spanien und Portugal, Bettino Craxi, Felipe Gonzalez und Mario Soares, eine stärkere Betonung der Südflanke in der europäischen Politik bedeuten. „Die Erweiterung bedeutet eine gewisse Verlagerung des Schwerpunktes europäischer Politik vom Norden in den Süden", sagte Gonzalez am Rande des *euoropäischen Sozialisten*-Kongresses in einer Fernsehdiskussion. Gonzalez und Soares erklärten, der Eintritt ihrer Länder werde zu engeren Beziehungen der EG mit Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika führen.









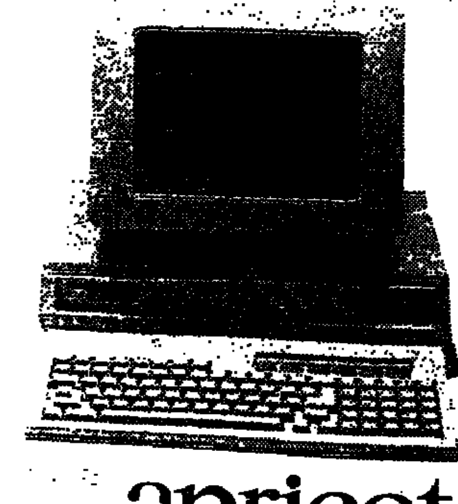
Frische Computer braucht das Land.

Die Zeit ist reif, sagte sich Englands erfolgreichster Business Computer-Hersteller und dachte dabei an Deutschland.

Jetzt ist apricot da. Und das mit dem saftigsten Programm: Für Einsteiger ab DM 3.295,–. Bis zum 20 Megabyte-Profi-System für nicht einmal DM 18.000,–.

PS: Fast jede deutsche Software der MS-DOS Welt läuft auf apricot-Computern.
apricot Computer GmbH, Berliner Straße 2-6, 6056 Heusenstamm, Telefon (06104) 3313.

Hannover-Messe, Halle 1 CeBit Stand C-6906, Halle 3 Stand 1203.



apricot
COMPUTER

RSCG, BUTTER, RANG

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht vergleichbar

„Erinnerungen und die Konsequenzen des 8. Mai"; WELT vom 30. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Diskussion über die Folgen des 8. Mai widersprach Herr Schmude der These Alfred Dreggers, die Deutschen östlich der Elbe hätten nur die nationalsozialistische gegen eine kommunistische Herrschaft eingetauscht. Er meinte zwar, „daß wir alle die kommunistische Herrschaft ablehnen", fügte dann aber gleich einschränkend hinzu, daß das, „was sich da als Nationalsozialismus ins Werk gesetzt hatte, etwas Einmaliges war" und deshalb mit dem Kommunismus überhaupt nicht vergleichbar sei.

Offenbar hat Herr Schmude den „Archipel GULag" Alexander Solschenizyns noch nicht gelesen. Der schätzt die Opfer des Kommunismus seit der Oktoberrevolution auf weit über 80 Millionen Menschen. So habe allein die brutale Verfolgung und Ausrottung der Kulaken – um nur diese eine Untat zu nennen – acht bis zehn Millionen Opfer gefordert.

Doch nicht nur in der Sowjetunion hat Stalin gewütet. Nach dem Überfall auf Polen – den er mit seinem Komplizen Hitler geplant hatte – wurden nach einer Dokumentation der polnischen Exilregierung in London 1 bis 1,5 Millionen Polen nach Sibirien verschleppt. Auf der Fahrt seien 400 000 von ihnen durch Hunger und Kälte zugrunde gegangen; darunter 80 000 der 150 000 Kinder. Ähnlich war das Schicksal der baltischen Völker nach der „Befreiung" durch die Rote Armee.

Auch Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone widersetzten, hatten unter kommunistischem Terror schwer zu leiden. Über 5000 von ihnen, als „Spione und Schumacher-Agenten" beschimpft, wurden verhaftet und in die noch zum Teil bestehenden Konzentrationslager der Nazis eingeliefert oder nach Sibirien verschleppt, wo 500 von ihnen zugrunde gegangen sind.

Es wird nun immer wieder damit argumentiert, daß man die heutigen Sowjetführer – obwohl sie z. T. Komplizen Stalins waren – doch nicht ewig für dessen Verbrechen verantwortlich machen könne. Wenn dies den Epigonen Stalins – auch heute noch werden im Archipel GULag, „diesem unheimlichen Reich des Terrors und der Gewalt" (Solschenizyn) unzählige Menschen unter barbarischen Bedingungen wie Sklaven gehalten – zugebilligt wird, muß 40 Jahre nach Kriegsende endlich auch Schluß damit sein, das deutsche Volk für die Untaten Hitlers immer wieder auf die Anklagebank zu zerren und an den Pranger zu stellen.

Dies muß meines Erachtens am 8. Mai einmal klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, auch wenn Herr Schmude dies für eine „moralisch dickfellige Haltung" hält und meint, einige von uns – insbesondere natürlich unbelehrbare und verbohrte Konservative innerhalb der Unionsparteien – hätten „die Lektion von 1945 vergessen oder immer noch nicht gelernt".

Mit freundlichen Grüßen
P. Voelker,
Hildesheim

Emanzipatorische Geste

„Leserbrief: Probe auf Zeit"; WELT vom 2. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man dem RCDS glauben kann, dann ist der nichteheliche Beischlaf zum festen Bestandteil studentischen Brauchtums geworden. Schon immer ging die Geschlechtsreife der akademischen Reife weit, sehr weit voraus, – umso reizvoller mag das alternative Zusammenleben als emanzipatorische Geste gegenüber zahlenden Eltern werden. Und wo man dem Elternhaus jede Zuständigkeit abzusprechen pflegt, da wirkt es nicht unbedingt echt, aber umso rührender, wenn der RCDS die CDU um ihre Toleranz bittet.

Da der RCDS das alternative Zusammenleben mit der partiellen Unreife der Partner begründet, ist er uns eine Erklärung schuldig, warum er seinen Mitgliedern im Politischen eine Reife zubilligt, die ihnen bereits im Privaten abgeht.

Die steigende Zahl der Ehescheidungen beweist nur, daß die für den Bestand einer Ehe wesentlichen Entscheidungen im Ehe-Simulator des freien Zusammenlebens nicht rekonstruierbar sind: Wer sich vom Zusammenleben auf Zeit eine Klärung der Frage verspricht, ob man „zueinander paßt", der verwechselt das Problem der Gattenwahl mit dem des Heimwerkers im Ersatzteillager für Schraubverschlüsse.

Hochachtungsvoll
Dr. med. J. Hufschmidt,
Solingen 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

für eine rechtliche Gleichstellung der nichtehelichen Gemeinschaft mit Ehen sind die Begünstigten selbstverständlich nicht, denn eine Ehe bürdet auch Pflichten auf. Wir betroffenen Verehelichten, die in gemeinsamer Arbeit zwangsweise die „Untermieterverhältnisse" der Geschiedenen unterstützen müssen, und zwar mit allen Transferleistungen des Staates „für die Familie", spüren die Verhöhnung der Institution Ehe täglich.

Im Bundessozialhilfegesetz heißt es: „Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft leben, dürfen ... nicht besser gestellt werden als Ehen."

Mit Vehemenz und erkennbarem Erfolg kämpfen Begünstigte für die Beibehaltung ihres Vorteils im Bürgerlichen Recht.

Jeder, der heiratet, soll vorher wissen, was dann auf ihn zukommt, wird zum Nachteil von Ehe und Familie gewarnt. Das große Familiensterben hier und heute ist somit Programm.

Hochachtungsvoll
Ruth Klingemann,
Bürgerbund gegen
Scheidungsunrecht, Bonn

Binsenweisheit

„Gedenkfeier für Altonaer Blutsonntag"; WELT vom 29. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine Binsenweisheit, daß die vier am 1. 8. 1933 in Altona hingerichteten Kommunisten wie alle ihre Genossen Gegner der Nationalsozialisten waren; dies aber in ihrer Eigenschaft als Konkurrenten im Kampf um die Macht in der Weimarer Republik, der beider Widerstand galt. Der Versuch der Hamburgischen Justizsenatorin, zwischen ihnen und den Widerstandskämpfern gegen Hitler und sein Regime in den Jahren nach 1933 eine Verbindung herzustellen, erscheint mir unzulässig und als Herabsetzung der Widerstandskämpfer.

Uwe Bahnsen hat die Geschehnisse am „Altonaer Blutsonntag" sachlich geschildert. Er bedient sich dabei der heute üblich gewordenen Vokabel „Provokation". Jene jungen Männer, die am 17. 7. 1932 durch Altona marschierten, waren davon überzeugt, daß sie, wie die Angehörigen aller Parteien, das Recht hätten, allerorts für ihre Sache einzutreten. Sie hatten mitnichten die Absicht, politische Gegner herauszufordern (zu „provozieren"), sie und die sie begleitenden Polizisten aus dem Hinterhalt zu beschießen.

Unter den 18 Todesopfern waren, Uwe Bahnsen hat es erwähnt, zwei SA-Männer. Der Verfasser hat darauf hingewiesen, daß die Beteiligung der Verurteilten an den blutigen Geschehnissen nicht zweifelsfrei erwiesen sei. Wenn dies aber so ist, bleibt die Frage offen, wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Darüber sowie über die Identität jener, die neben Koch und Büddig die Opfer waren, ist in der Literatur nichts festzustellen. In einer Broschüre, die die „VVN" zum Gedenken an Bruno Tesch herausgegeben hat, heißt es lediglich: „Die Polizei ... ist nervös und schießt noch lange, nachdem der Nazispuk längst verflogen ist." Und weiter: „16 der Toten sind Arbeiter und Arbeiterfrauen ..."

Mit freundlichem Gruß
H. Römer,
Hamburg 65

Kunstraub

„Devisen für die Sixtinische Madonna?": WELT vom 1. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

der dankenswerte Beitrag von P. H. Göpfert über die von den Sowjets geraubten Kunstschätze Deutschlands hat sicher nur wegen der Überfüllung der Fakten zwei Punkte nicht angeschnitten: Einmal den großen Teil derjenigen Kunstgegenstände, die von den Sowjets bis heute nicht zurückgegeben wurden. Zum anderen das Thema des Goldschatzes des Priamos, den Heinrich Schliemann in Troja barg und der ebenfalls wie der Pergamonaltar im Geschützbunker am Zoo untergebracht war. Wohin wurde der von den Sowjets verschleppt?

Nebenbei könnte man auch die Gemälde alter Meister ansprechen, die heute Glanzpunkte der Leningrader Eremitage sind. Diese wurden von Napoleon aus der Kasseler Gemäldegalerie gestohlen. Dieses Diebesgut wurde über Paris an den russischen Zaren verkauft.

Mit freundlichem Gruß
G. Mertens,
Hamburg 1

Ideal-Patient

„Therapie für den Medizinbetrieb"; WELT vom 30. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

endlich kommt ein wirklich brauchbarer Vorschlag von Professor Dardenne, den teuersten Sektor der Krankenbehandlung, nämlich das Krankenhaus, kostengünstiger zu gestalten, ohne die Qualität zu senken. Die Krankenhäuser sollen einen Pauschalwert für „sauber abzugrenzende Krankheitsbilder" bekommen. Erhält ein Krankenhaus z. B. für eine Blinddarmoperation mit Verweilkosten 1000 Mark, so kann ich mir nicht vorstellen, daß der Patient länger als fünf Tage im Krankenhaus bleibt. Ähnlich ist es bei fast allen Operationen. Die Liegezeiten würden sich bestimmt um 30–50 Prozent verringern und die ambulante Nachbetreuung würde ein Bruchteil der Kosten ausmachen (z. B. kann der Hausarzt sehr wohl die Fäden ziehen).

Abteilungsärzte, die schon heute aus allgemeinökonomischen Gründen stark verringerte Liegezeiten haben, machen sich bei den Krankenhausverwaltungen unbeliebt. Der gesunde Patient im Krankenhausbett ist der ökonomischste für den Krankenhausträger.

Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Wort des Tages

„Die Gewalt, die uns andere antun, schmerzt oft weniger als die, die wir uns selbst antun."

François de La Rochefoucauld; franz. Moralist (1613–1680)

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Heinz Spiess**, Präsident des Deutschen Grünen Kreuzes, Bundessitz Marburg, und Direktor der Kinder-Poliklinik der Universität München, feiert am 13. April seinen 65. Geburtstag. Geboren ist er in Mühlhausen/Thüringen. Vor Beginn des Krieges begann er mit dem Medizinstudium, wurde dann Soldat, konnte aber noch vor Kriegsende sein Studium fortsetzen. Ende 1945 nahm Heinz Spiess seine Tätigkeit in der Kinderklinik der Universität Göttingen auf. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeiten stand damals vor allem die Erforschung der Kindertuberkulose. 1952 habilitierte er sich mit einer Arbeit über die experimentellen Grundlagen der Tuberkulose-Schutzimpfung. Ausgestattet mit einem Stipendium arbeitete Heinz Spiess in Großbritannien und in den USA im Bereich der Immunforschung. 1968 übernahm er den Lehrstuhl für Kinderheilkunde der Kinderpoliklinik München. Dort baute er auch eine psychosomatische und eine genetische Beratungsstelle auf. Mit einer Arbeitsgruppe wurde er führend in der Gründung einer Knochenmarks-Transplantationseinheit, der ersten in der Bundesrepublik. Enge Beziehungen pflegte er zum Pasteur-Institut, Paris, zum Paul-Ehrlich-Institut, dessen wissenschaftlichem Beirat er angehört, und zur Robert-Koch-Stiftung. Seit 1970 ist er im Bundesgesundheitsrat. Er ist Mitglied der Ständigen Impfkommission des Bundesgesundheitsamtes. Das Deutsche Grüne Kreuz ist eine gemeinnützige Organisation zur Förderung der Gesundheitsvorsorge und Aufklärung.

EHRUNGEN

Der deutsche Astronaut Dr. **Ulf Merbold** wird während der Hannover Messe den Preis „Pro Intellekt" erhalten. Verliehen wird der Preis von dem Hamburger Unternehmen Philips Bürotechnik. Dazu erklärte das Unternehmen, Ulf Merbold sei zu einer Symbolfigur für Spitzenleistung der Bundesrepublik in der Weltraumforschung geworden. Er habe aber auch den Nachweis erbracht, daß der Mensch auch im All immer noch wichtiger sei, als der Automat. Der Preis „Pro Intellekt" besteht aus einem vergoldeten Notiergerät. Die Firma verlieh diesen Preis bereits an die Meinungsforscherin Dr. **Elisabeth Noelle-Neumann**, an die Frau des früheren Kanzlers **Loki Schmidt** und an den Zoologen Professor Dr. **Bernhard Grzimek**.

*

Den Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik erhält am 17. April in Bonn Professor Dr. **Kurt Sontheimer**. An der Preisverleihung im Alten Rathaus in Bonn wird auch Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** teilnehmen. Die Laudatio hält Bayerns Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Dr. **Hans Maier**.

Der ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Diplom-Volkswirt **Werner Mertes**, Geschäftsführer der Industrieverwaltungsgesellschaft in Bonn-Bad Godesberg, ist im 65. Lebensjahr gestorben. Der gebürtige Dortmunder studierte nach seiner Rückkehr aus dem Zweiten Weltkrieg Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Von 1949 bis 1971 leitete er den Wirtschaftsfunk beim Süddeutschen Rundfunk. 1953 trat er in Stuttgart in die FDP ein. Von 1961 bis 1976 gehörte er dem Bundestag an. In dieser Zeit setzte er sich als wirtschaftspolitischer Sprecher insbesondere für die Mittelstands- und Verbraucherpolitik ein. Als Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergesellschaft wurde er Professor der Kook-Minh-Universität in Seoul.

Diepgen will sich mehr als bisher dem Thema „DDR" zuwenden

Von H.-R. KARUTZ

Einen Monat nach der historischen Wahl vom 10. März, die der CDU den offenkundigen Durchbruch zur „Berlin-Partei" brachte, ist die Stadt längst wieder zur Tagesordnung übergegangen. In den kommenden Wochen blüht die Politik im Schatten der Bundesgartenschau. Denn wenn der neue, überwiegend alte CDU/FDP-Senat am 18. April mit Eberhard Diepgen an der Spitze in den Sattel gehoben wird, gehen nur noch acht Tage bis zur Premiere des 200 Millionen Mark teuren Bundes-Grüns auf einer lieblichen Kunst-Landschaft im Süden Berlins ins Land.

Am 26. April schreitet Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum ersten Mal durch die Auen der Bundesgartenschau. Es ist Berlins vorfristige Eigen-Gabe zur 750-Jahr-Feier der Stadt 1987. Ein 177 Tage währendes, „sommerlanges Gartenfest" (Werbeslogan) – ein letztes Geschenk der vermutlich bis 1993 auf die Oppositionssitze verbannten Sozialdemokraten an die Stadt. Denn schon vor zehn Jahren holte der damalige Bausenator und spätere Interims-Spitzenkandidat Harry Ristock (SPD) die „BuGa" an die Spree.

Nach dem 55-Prozent-Sieg der Koalition liegt seit Wochen österlicher Ferien-Friede über der Regierungszentrale im Rathaus Schöneberg. So sicher sind sich Diepgen und sein FDP-Gegenüber Walter Rasch, daß sie nach den Koalitionsverhandlungen und politischen Nahkämpfen unter den Liberalen seelenruhig in Urlaub fuhren. Der Bündnisvertrag soll erst in der kommenden Woche unterschrieben werden. Zur Zeit liefern nur schreibgewandte Köpfe erste Entwürfe für Diepgens zweite Regierungserklärung binnen 14 Monaten. Sie soll am 25. April auf den Pulten der Abgeordneten liegen.

Die Eckpfeiler der neuen Verabredung von CDU und FDP ruhen und sind auf diese Weise formuliert:

„1. Berlin als deutsche und europäische Metropole ausbauen.

2. Die Kraft Berlins und die Impulse, die in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur von Berlin ausgehen, als Standortvorteile der Stadt verdeutlichen, nutzen und verbessern.

3. Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit im Interesse wirklich Bedürftiger über Berlin hinaus setzen."

Der Generalnenner der Berliner Politik bis 1989 lautet folglich „Kontinuität". Dennoch schwingen sich einige Fragezeichen, vor allem im empfindsamen Bereich der Berlin- und Deutschlandpolitik, auf das Papier.

Denn Diepgen kann nicht mehr mit seinem bisherigen, einst von Richard von Weizsäcker verpflicheten Senatskanzlei-Chef Hansjürgen Schierbaum weiterarbeiten. Er schlug überraschend das Angebot des Regierenden Bürgermeisters aus, als „Bevollmächtigter Berlins beim Bund" weisungsgebunden und damit bar jeder Eigeninitiative am Rhein für den Senat zu arbeiten. Mit Schierbaum verliert Diepgen einen zwar eigenwilligen, aber in allen Finessen, Fallstrikken und Facetten bewanderten Experten des schwierigen deutschland- und statuspolitischen Terrains.

Länderbericht Berlin

Sein von Diepgen umgehend benannter Nachfolger Detlef Stronk – einer der Vertreter von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth und dort für Touristik, Handel, Energiepolitik zuständig – kann diese Scharte bei aller höheren Befähigung nicht auswetzen. Bundessenator Rupert Scholz wiederum muß zusätzlich das wichtige, von der FDP leichtfertig aufgegebene Justizressort versehen. Bei allen diesen neuen und ungewohnten Konstellationen dringt die FDP außerdem darauf, in diesem Bereich weiterhin durch einen wichtigen, wenngleich noch nicht benannten Mann vertreten zu sein.

Angesichts dieser Kräftezersplitterung spricht alles dafür, daß Diepgen stärker als früher seinen Vorsatz wahrmacht: „Die Berlin- und Deutschlandpolitik bestimmt der Regierende Bürgermeister."

Auf diesem Gebiet sind durchaus Überraschungen angesagt, wobei eine Einladung Erich Honeckers an Diepgen an den Werbellinsee keine mehr wäre. Aber was Diepgen beispielsweise Ende Februar in der Debatte über die „Lage der Nation" vom Bundestagspodium zu bedenken gab, deutet an, worauf er drängen wird: eine „Vernetzung" der innerdeutschen Beziehungen, eine bewußte Hinwendung zu dem, was sich in der „DDR" vollzieht und das Spinnen weiterer Gesprächsfäden nach Ost-Berlin. Diepgens Messe-Visiten mit Unterredungen, die ihn mit Günter Mittag und Honeckers West-Experten Herbert Häber zusammenführten, leuchteten das Manövrierfeld schon aus.

Diepgen sprach sich vor dem Bundestag dafür aus, die „DDR ernst zu nehmen". Dies heiße für ihn nicht, meinte der CDU-Politiker, „Deutschlandpolitik nur in Rechtskategorien zu führen. Es geht nicht um juristisches Anerkennen, sondern um Menschen und Entwicklungen dort". Diese eher praktisch-operative Handhabung steht dem Sinn nach Franz Josef Strauß offenkundig näher als der Dregger-Lintner-Gruppe in der Unionsfraktion in Bonn.

Wobei nicht nur hier, sondern auch in sozialpolitischen und Rentenfragen eine sich formierende „Achse" Berlin–München auffällt, die ihre Feuertaufe schon im Bundesrat bestand ... Der 18-Stimmen-Vorsprung der Koalition im Parlament scheint zunächst komfortabel genug, um die reine Stadtpolitik durch den Anspruch zu flankieren, auch Berlin könne zum Wohl des Bundes einiges einbringen. Berlin dürfte im deutsch-deutschen A-capello-Chor alsbald auch als Solist stärker vernehmbar werden.

Plädoyer für mehr Privatisierung

Gespräch mit dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates Weiss / „Subventionen abbauen"

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Der Wirtschaftsrat der CDU wird nicht aufhören, die Bundesregierung zu mahnen, ihre Bemühungen bei der Privatisierung staatlicher Betriebe fortzusetzen. Das bekräftigte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss, gegenüber der WELT. Nach den ersten Fortschritten in dieser Frage müsse jetzt auch über eine entschlossene Privatisierung der Lufthansa entschieden werden. Weiss bezeichnete den Streit um Quoten als „unnütz, überflüssig und halbherzig". Die Mehrheit, und damit die Entscheidungshoheit, bliebe in jedem Fall beim Staat. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an das Beispiel der Verkehrsgesellschaft British Airways, die im April zu hundert Prozent an der Börse eingeführt werde.

Es sei allerdings unsinnig, alle Bundesunternehmen privatisieren zu wollen. Man könne privaten Investoren keine chronisch defizitären Unternehmen anbieten. Die Bahn etwa habe strukturelle Verkehrsaufgaben, die ein Privatunternehmer in der Form gar nicht auf sich nehmen könne. Eher seien aber Teile der Bundespost durchaus für eine Privatisierung geeignet.

Es komme darauf an, in dieser Legislaturperiode Signale für eine langfristige Politik zu setzen. Im dritten Jahr des Aufschwungs sei die Bonner Bundesregierung gefordert, die Überlegenheit der von ihr propagierten Wirtschaftsordnung auch jedermann vor Augen zu führen. Dazu zähle auch, daß der Staat nicht Aufgaben übernehme, die in Privathand besser aufgehoben seien.

Weiss stellte klar, daß es Aufgabe des Wirtschaftsrates sei, vor allem Fraktionen und Parteien zu beraten. „Wir vesuchen, wirtschaftlichen Sachverstand einzubringen in die Politik. Wir wollen weniger über die Medien mahnen, sondern eher den Dialog mit allen Gremien führen."

Als wichtigen Punkt nannte Weiss auch den Abbau von Subventionen – „zumindest darf der Bürger einen Sachstandsbericht der Bundesregierung zu diesem Thema erwarten". Er halte es für richtig, wenn Bonn „als Orientierung und Eingewöhnung" zunächst einmal eine lineare Kürzung von fünf Prozent der Subventionen beschließen würde. Erhaltungssubventionen für die Stahlindustrie oder den Schiffsbau „ohne Heileffekt" hätten bewiesen, daß dies der falsche Weg sei. Er sprach sich dafür aus, ungesunde Strukturen lieber rechtzeitig abzubauen und das Geld für Neuansiedlungen anzulegen.

Weiss bedauerte es, daß in der Öffentlichkeit zu manchen Punkten der Bonner Regierungsarbeit der Eindruck entstanden sei, das Kabinett arbeite nicht effizient genug. Allerdings zeige das Beispiel des Katalysators, daß sich die Bundesregierung nicht an die Spitze einer Bewegung gesetzt hat, sondern ihr nur folgte: „Da hat die Politik die Sorgen des Bürgers unterschätzt." Die gezeigte Unsicherheit berge die Gefahr, daß nicht die optimale Lösung gefunden werde. Er müsse nun befürchten, daß das Hin und Her ein „schlechtes Jahr für die Automobilindustrie" auslöse. Als eine der zentralen Fragen für die Zukunft sehe er das Thema der überbetrieblichen Mitbestimmung an: „Wir müssen noch die Erfahrungen der Mitbestimmung im Montanbereich auswerten" –, aber außer Diskussion stehe, daß die Montanmitbestimmung auch dazu geführt habe, „daß da viele Dinge verkungelt werden, anstatt sie einer sachgerechten Lösung zuzuführen". Die betriebliche Mitbestimmung habe sich dagegen bewährt.

Klage führte Weiss darüber, daß er – seit er das Amt vor knapp zwei Jahren von Philipp von Bismarck übernommen hatte – zwar häufig gute Ratschläge von Unternehmern bekomme, aber „in der laufenden Unterstützung sieht es manchmal ein wenig mager aus". Den personellen wie finanziellen Einsatz, meinte er, könne er sich günstiger vorstellen. Allerdings verstehe er auch die Verunsicherung vieler Unternehmer durch die Parteispendenaffäre – auch wenn der Wirtschaftsrat damit überhaupt nicht in Zusammenhang gebracht werden könne.

Der Wirtschaftsrat finanziere sich über Mitgliedsbeiträge, nicht über Spenden: „Also könnten wir ein paar Mitglieder mehr brauchen." Es sei ein großer Vorteil des Wirtschaftsrates als Berufsverband, daß er „neben der CDU läuft und nicht Teil der Union ist". Damit „sind wir allerdings auch kein Magnet für Leute, die sich mit dem Vehikel Wirtschaftsrat profilieren oder in der Politik Karriere machen wollen, sondern wir sammeln Unternehmer, die parteiunabhängig ihren wirtschaftlichen und kaufmännischen Sachverstand in die Politik beratend einbringen wollen".

Kommt nun das Recht auf Faulheit?

Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit in der Computergesellschaft / Von HANS LENK

Die neuen Priester kommen vom Labor“ (McKeon) – gilt das auch für die Probleme der sogenannten Computergesellschaft, für die mikroelektronische *Lawine* oder für die *Debatte* über die Automatisierung? Wenn ja, kann diese Feststellung nicht nur Philosophen betreffen, die professionellen „Liebhaber der *Weisheit*“. *Ist* der bissige Witz hier einschlägig, daß es mit der Philosophie, der „Liebe zur Weisheit“, so stünde wie mit anderen Formen der Liebe: „Die Professionellen verstehen am wenigsten davon“? Wie es auch mit der Selbstbescheidung der Philosophen in Sachen Weisheitsliebe sein mag, die Experten, die wirklichen Professionals beim vorliegenden Thema, sind die Computerwissenschaftler, alle Arten von berufsmäßigen Computerologen, vielleicht einschließlich mancher computeromanischer „Liebhaber“, auf neudeutsch „Hacker“ genannt.

Trotzdem möchte ich zunächst die Aufmerksamkeit auf den Philosophen lenken, der das soziale Problem der Automatisierung als erster *erwähnt hat. Überraschend ist dies wie*der einmal Aristoteles, der in seiner „Politik“ schreibt:

„Denn freilich, wenn jedes der Werkzeuge, sei es auf erhaltenen, sei es auf erratenen Befehl hin, seine Aufgabe zu erfüllen vermöchte, wie es von den Bildsäulen des Dädalus und den Dreifüßen des Hephaistos heißt, von welch letzteren der Dichter sagt, ‚daß sie aus eigenem Trieb in die Schar der Götter eingingen‘, wenn so die Weberschiffe von selber webten und die Zitherschlägel von selber die Zither schlügen, freilich bedürfte es für die Meister nicht der Gehilfen und für die Herren nicht der Sklaven.“

Aristoteles glaubte zweifellos, daß dies eine positive Entwicklung wäre. *Er konnte wohl nicht* die negativen Effekte der Arbeitslosigkeit in einer traditionell arbeitsorientierten Gesellschaft voraussehen; aber er sah *immerhin beschreibend die rein* technisch und sozialen Konsequenzen voraus. Als wiederum ein Philosoph, der Pole Adam Schaff, vor einiger Zeit den Club-of-Rome-Bericht über Mikroelektronik und Gesellschaft unter dem kennzeichnenden Titel „Auf Gedeih und Verderb“ herausgab, kam er in der Tat nicht viel weiter als Aristoteles bereits im Altertum.

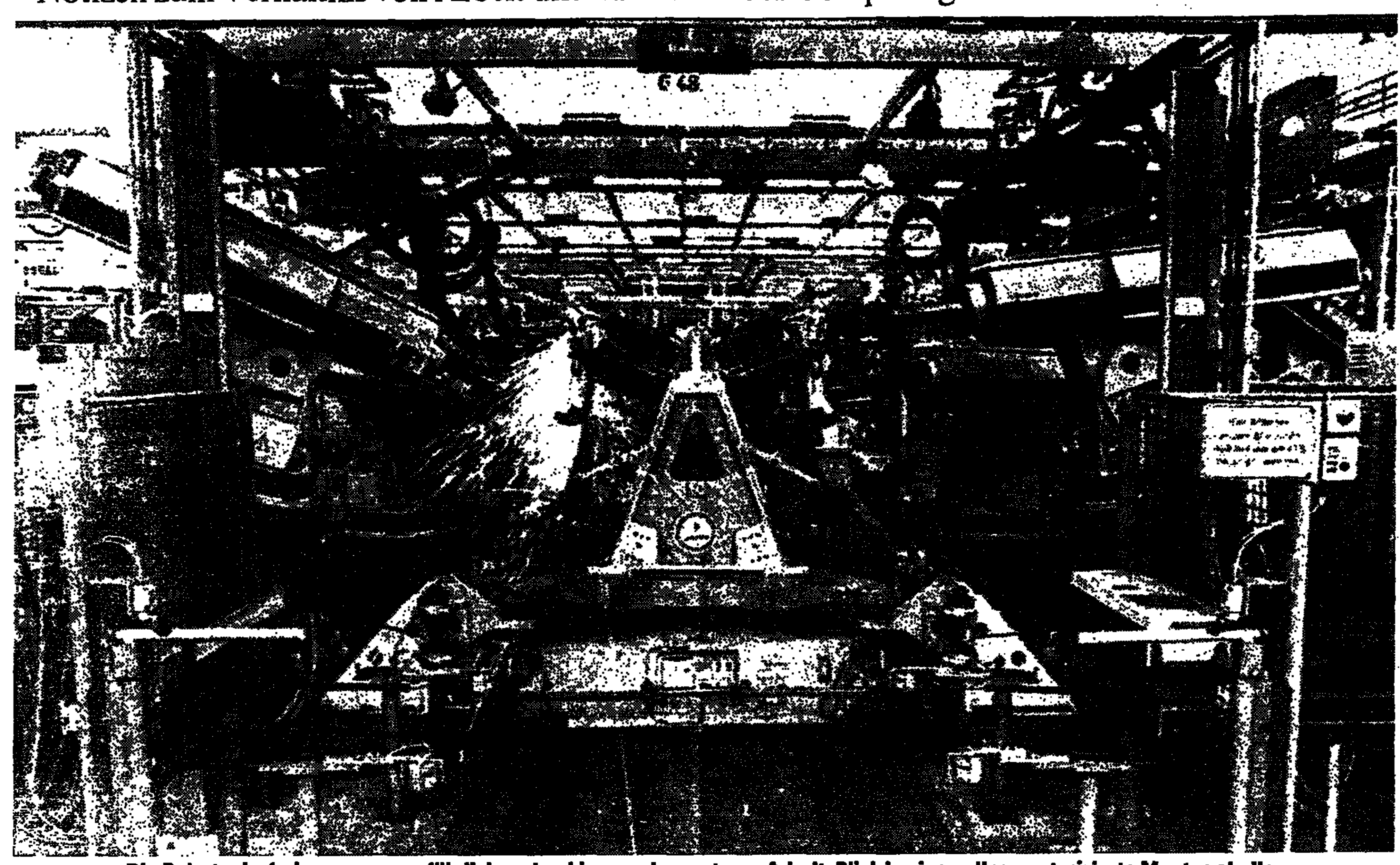
Das Problem jedoch nimmt dramatische soziale Formen an. Arbeitslosigkeit droht großen Teilen der Bevölkerung als Folge der Mikrochip- und Roboterrevolution in hochindustrialisierten Gesellschaften. Für 1990 erwartet beispielsweise General Motors, daß 50 Prozent der Fließbandarbeiter ihre Beschäftigung bis dahin verloren haben werden. Und „Business Week“ schätzte schon 1980, daß „intelligente Roboter 65 – 75 Prozent der Fabrikarbeiter ersetzen können“.

Vom homo laborans zum homo ludens studiosus

Übrigens sind die meisten der angeblich erst jetzt entdeckten sozialen Implikationen der Computergesellschaft und der Automatisierung bereits 1975 von Helmut Schelsky vorausgesagt, skizziert und diskutiert *worden, wenn auch in vorläufiger* Formulierung. Schelsky erörterte schon damals nicht nur das Arbeitslosigkeitsproblem, sondern auch die möglichen ideologischen Verzerrungen, die er sogar für eine größere totalitäre Gefahr hielt als die Folgen der technologischen Entwicklung selbst. *Dies jedoch scheint eine eher vorläufige* Beurteilung, die sich einmal als durchaus änderungsbedürftig herausstellen könnte.

Als praktische Maßnahme empfahl Schelsky sogenannte „Stückwerkstrategien“ auf allen Seiten, auf jener der Unternehmer und der Firmen, auf der des Staates und der Arbeiter und der Gewerkschaften. Er hielt eine Informationspflicht sowie eine Verbesserung und Verbreitung des einschlägigen Wissens für wichtig. Die Gesellschaften sollten beispielsweise eine soziale Verpflichtung übernehmen und wahrnehmen, die Öffentlichkeit über geplante Rationalisierungs-, Beschäftigungsmaßnahmen und größere Produktionsänderungen zu informieren. Eine systematische Behand*lung von Arbeitsplatzwechsel* und Umschulungsprogrammen wurde ebenfalls gefordert. Für besonders entscheidend hielt Schelsky eine Reform der technischen Erziehung. Schließlich meinte er, daß die die Idee einer allgemeinen Beteiligung der Bevölkerung an dem Gesamtwachstum der ökonomischen Produktivität ernst genommen werden müßte.

Wie müssen wir heute dieses Problembündel *angeben*? Über *solche* allgemeinen gesellschaftlichen Fragen nachzudenken, das ist doch wohl auch eine wesentliche Aufgabe für Philosophen, selbst wenn dies im emsigen Hin und Her zwischen Lehrdeputaten und Veröffentlichungszwang heute recht selten zum tieferen und langfristigen Nachdenken zu kommen scheinen. Einige Philosophen empfehlen allmähliche Anpassung, eine schrittweise Lenkung bei der Einführung der Automatisierung, die Einrichtung von Umschulungsprogrammen und so weiter. Dies ist wiederum nicht sehr philosophisch – ebensowenig wie es die Vorschläge des Soziologen Schelsky sind. Andere, beispielsweise Schaff, glauben, daß „lebenslange Erziehung als eine Form der universellen Tätigkeit“ zugleich das Beschäftigungsproblem lösen und das antike Ideal des universalen Menschen verwirklichen könne. Man braucht nicht auf Auschwitz oder die tiefenpsychologischen Theorien zu verweisen, um den utopischen Charakter dieses Ideals hervorzuheben. Die Kombination des Homo studiosus und des Homo ludens, die den Homo laborans ersetzen sollte, wird sich nur für recht wenige Leute verwirklichen lassen. Was die Freizeitbeschäftigungen angeht, wäre Albert Borgmann zu zitieren:



Die Roboter befreien uns von gefährlicher, dreckiger und monotoner Arbeit: Blick in eine vollcomputerisierte Montagehalle FOTO: NORDMANN

„Die typische Qualität der Freizeitbeschäftigung scheint ebenfalls niedrig zu sein, wenn man sie überhaupt nach irgendeinem besonderen Gütestandard messen will. Unsere Eindrücke und Erfahrungen zeigen, daß die meiste frei verfügbare Zeit mit Fernsehen verbracht wird und daß wirklich sehr wenig auf Tätigkeiten wie aktiven Sport, Theater- oder Museumsbesuche, Musizieren, Briefe schreiben oder Bücher lesen verwendet wird: Dies bestätigt die Sozialforschung nachdrücklich. Die Gesamtzeit, die diesen letzteren Aktivitäten gewidmet ist, ist im Durchschnitt nur ein Fünftel der Zeit, die für das Fernsehen aufgewendet wird.“

Borgmann schließt daraus, daß „das Hauptversprechen der Technik nicht erfüllt wird“. Dies bezieht er auf den Freizeit- wie auf den Arbeitsbereich. *Die Arbeit sei* zwar relativ sicher geworden, angenehmer, was den Arbeitsplatz und seine Umgebung betreffe, und viel einträglicher. Aber *typischerweise sei sie im selben Maße* abgewertet worden: „Initiative, Verantwortlichkeit und Geschick wurden ihr genommen.“ Und dasselbe, *meint Borgmann, gelte mutatis mutandis* für Freizeitaktivitäten:

„Es *ist* ist klar, daß die technische Befreiung von der Plage des täglichen Lebens mehr und mehr zu einer Entkopplung vom geschickten und körperlichen Kontakt mit der Realität führt. Unser Freizeitkontakt mit der Welt wird auf bloßen Konsum eingeengt, das unbehinderte Einverleiben von Gütern, das keine Vorarbeit erfordert, keine Orientierung bietet und keine Spuren hinterläßt ... Es ist schon deutlich, daß die neue Videotechnik nicht von den Menschen als entscheidende Hilfe dazu *benutzt wird, sich zu Historikern*, Kritikern, Musikern, Bildhauern oder Sportlern zu entwickeln, als die sie sich in ihren Wunschträumen ausgemalt haben.“

Aber haben sie das wirklich gewünscht? Wollten alle Menschen wirklich Künstler und Athleten werden? Schaffs optimistische Hoffnung hierauf scheint sich nicht zu bestätigen. Borgmann plädiert für eine Reform „auf der Freizeitseite der Technik“. Er schlägt vor, die Chancen der Mikroelektronik und anderer fortgeschrittener Techniken zu nutzen, um „Raum zu schaffen für Dinge und Handlungsgewohnheiten, die uns eigenständig als vollständige Personen und auch als körperliche Wesen engagieren“, d. h. bei den kreativen und rekreativen Tätigkeiten.

Durch die Automatisierung und die sogenannte mikroelektronische Revolution können wir in der Tat von „gefährlicher, dreckiger und monotoner Arbeit“ befreit werden. All dies, glaubt Borgmann, vermag „die unerläßliche technische Infrastruktur unseres Lebens wirksamer und verläßlicher zu machen“. Interessanterweise unterstreicht er, daß „jene Dinge und Praktiken, die orientierende, engagierende und weiterhelfende Kraft haben, alle wesentlich vortechnischen Ursprungs sind, obwohl sie, im technischen Zusammenhang ausgeübt, neuen Glanz gewinnen“.

Diese These entspricht sehr weitgehend der Hauptthese seines Buchs „Eigenleistung. Plädoyer für eine positive Leistungskultur“ (1983): Der Mensch ist im tiefsten Grunde das aktive und handelnde Wesen, das fähig ist, seine Tätigkeit zielorientiert zu verbessern. Er ist das leistende, das eigenleistende Wesen. Wirkliches Leben ist wesentlich persönliche Handlung und Leistung.

Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit in der Computergesellschaft beschäftigt zunehmend auch die philosophische Forschung. Auf dieser Seite äußert sich dazu Prof. Hans Lenk, Ordinarius für Philosophie an der Universität Karlsruhe. Hans Lenk gehörte dem deutschen Ruderachter an, *der 1960 bei den olympischen* Spielen in Rom Gold gewann.

Das Konsumieren und die Konsumentenhaltung sind nicht die zuverlässigen Versprechungen eines menschlichen Paradieses. Des Menschen Paradies kann nicht passiv oder passivistisch sein. Es ist vielmehr aktiv und aktivistisch zu „erleisten“. Hier haben gewiß die Sozialphilosophien, die philosophische Anthropologie wie auch eine anthropologische Philosophie der Kultur, der Kreativität, der Handlung und der Erziehung eine gewichtige Rolle zu übernehmen. Als Technikphilosophen sollten wir nicht nur feststellen, daß es gerade die vortechnischen Aktivitäten sind, die wirklich befriedigend und identifizierend sind, sondern versuchen, philosophisch zu erklären, warum dies so ist.

Ein anderer Gesichtspunkt erschließt sich unter den vermittelnden Wirkungen der modernen technischen Welt. Man braucht nicht in die Einzelheiten über die sogenannte verwaltete Welt mit allen ihren Erscheinungen der Bürokratie, Zerstückelung, Funktionalisierung, Manipulation und Entfremdung zu gehen, um dies einzusehen. Man braucht auch nicht die passivierenden Auswirkungen der manchmal so genannten kodifizierten Welt von Bildern, Filmen und des vorfabrizierten stellvertretenden Lebens auf dem Fernsehschirm auszumalen: Telekratie und allgemein die Herrschaft der Medien ist eine große Gefahr für den Menschen, besonders für den Jugendlichen und Heranwachsenden. Die sogenante vierte politische Gewalt hat eine ablenkende, wenn nicht gar verdrängende und abstrahierende Auswirkung in unserer Gesellschaft gewonnen. Das Leben selbst scheint nicht mehr so echt zu spielen wie der Fernsehfilm. Aber Telekratie und Mediokratie sind zur Mediokrität verurteilt, wie wir wissen. Mediokratie *ist* in gewissem Sinne Mediokrität.

Eine vollkommen effiziente neue computerokratische Variante der verwalteten Welt scheint in der sich ankündigenden mikroelektronischen Lawine zu entstehen. Die abstrakte Modellierung durch Computer hat zweifellos einen ablenkenden, verdrängenden, abstrahierenden Effekt an sich. Aber das Herumspielen mit Computermodellen ist nicht das wirkliche Leben. Modelle stiften keine Wirklichkeit. Sie machen eine Scheinwelt aus, und diese Welt kann ihre eigenen Krankheiten erzeugen: neurotische Computernarren, die sogenannten „Hacker“, wie sie heute ironischerweise in den Medien selbst zur Kenntnis genommen und kolportiert werden.

Computerkriminalität breitet sich immer mehr aus. Diese neuen Formen von Computeritis wurden von Weizenbaum schon vor langer Zeit in seinem Buch „Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft“ als eine Art Neurose beschrieben, die wie der alte „Bücherwurm“ zu idealtypischen Karikaturen führt. Der Film „War Games“ signalisierte nur die wachsende öffentliche Aufmerksamkeit. Die Hacker sind im Vormarsch. Computer haben eine verführende Kraft; sie reizen zur leidenschaftlichen Pseudo-Identifizierung, die gelegentlich zu einer Art von Computer-Liebeskrankheit werden kann. So aktivistisch die Computermanie sich auch ausnehmen mag, sie lenkt in Wirklichkeit von persönlichen Verbindungen und Verpflichtungen ab. Es ist eine Pseudo-Liebesprojektion und kann manchmal, wenn übertrieben, sogar gefährlich werden.

Führen Systemtechnik und Computerrevolution zu einer Art von Systemtechnokratie? Diskussionen über Systemtechnokratie als eine spezielle Variante der Technokratie könnten um so bedeutsamer und wichtiger werden, als die informations- und systemtechnischen Tendenzen sich immer deutlicher profilieren – mit allen Gefahren umfassender computerisierter Datenverarbeitungssysteme für diktatorische oder alles verwaltende zentralistische autokratische Regimes und mit allen Möglichkeiten der Entmenschlichung. Aber was die Möglichkeiten der Technik im allgemeinen betrifft, sollte man auch das Potential für die Humanisierung nicht vergessen. Die systemtechnokratischen Gefahren müssen indes durch politische und gesellschaftliche Achtsamkeit, durch demokratisches Engagement, durch Beteiligung der Betroffenen und durch menschliche und verantwortliche Kontrolle ausgewogen werden.

Künftige Gesellschaften werden zunehmend mit solchen systemtechnokratischen Trends und Herausforderungen konfrontiert werden. Man denke nur an die Probleme der Datenkontrolle und -sammlung und an die gesetzlichen sowie moralischen Fragen des Datenschutzes sowie generell an die sozialphilosophische Problematik der Sicherung der Privatheit. Die Sozialphilosophie muß künftig verstärkt auf diese Fragen achten und in Zusammenarbeit mit Juristen, Informatikern und Psychologen diese interdisziplinären Herausforderungen aufnehmen, statt die Diskussion nur den Politikern und Soziologen zu überlassen. Man hat sich bisher von philosophischer Seite viel zu wenig den drängenden sozialen und moralischen Problemen dieser neuen Technologien gewidmet.

Zurück zur Arbeitsproblematik: Wir sollten als Sozialphilosophen prüfen, ob die Aussichten derart dunkel sind, wie viele denken. Es steht fest, daß Arbeit in hochautomatisierten Industrien und in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft allgemein immer knapper wird. *Die* Arbeitslosenzahlen werden sich strukturell aufgrund und im direkten Verhältnis zu der fortschreitenden Automatisierung der Produktion erhöhen. Welche Folgerungen sollen wir daraus ziehen? Beobachtung bzw. Voraussage ziehen?

Es reicht sicherlich nicht aus, wie Schaff bloß eine lebenslange Erzie*hung zu empfehlen oder bei der biblischen* Weisheit stehenzubleiben, die ironischerweise auch in die Sowjetverfassung von 1937 geschrieben wurde: „Wenn jemand *nicht* arbeiten will, soll er auch nicht essen.“ (Luther-Übersetzung: „Und da wir bei euch waren, geboten wir euch solches, daß, so jemand *nicht* will arbeiten, der soll auch nicht essen.“) In sozialphilosophischer Sicht könnte behauptet werden, daß wir diese traditionelle brutale Alternative abschaffen müssen. Dies ist zumal wahr für jene Arbeitslosen, die nicht aufgrund eigenen Verschuldens betroffen sind.

In einer industriellen Wohlstandsgesellschaft können und sollten wir einen garantierten Minimallebensstandard jedem gewähren, ganz gleich, ob er arbeitet oder nicht. Dieses Minimum braucht sich nicht einmal an dem physiologischen Existenzminimum auszurichten, sondern kann je nach „gesellschaftlicher Leistung“ (Bolte) beträchtlich darüberliegen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß das sogenannte gesellschaftliche Leistungsprinzip völlig außer Kraft zu setzen sei. Über den garantierten Sockelbetrag des Unterhalts hinaus könnte Leistung immer noch eine sozial differenzierende und relativ „gerechte“ Maßnahme und Institution zur Verteilung von Einkommen und von anderen sozialen Gratifikationen sein. Jedoch existentiell in Bezug auf das Grundniveau des Lebensunterhalts sollte eine Wohlfahrtsgesellschaft sich zugute halten, daß sie auf das traditionelle individualistische Koppelungsverfahren von geleisteter Arbeit und Überleben verzichtet. In der Tat hat die Idee der sozialen Wohlfahrtsgesellschaft dies zum Ziel.

Ein solcher Wandel wird auch neue Möglichkeiten dafür bieten, freiwillige Arbeit, zum *Beispiel Sozialarbeit* ohne Lohn, anders zu bewerten, sozial höher einzuschätzen. Menschen brauchten in Zukunft ihren sozialen Wert und *den* anderer Personen nicht ausschließlich in Kategorien des Geldeinkommens abzuschätzen. Es gibt andere bemerkenswerte Leistungen, die nicht der Geldbewertung unterliegen. Dies mag ein wenig utopisch klingen – besonders in einer „money-making society“ wie etwa der amerikanischen –, aber wir werden allmählich gezwungen sein, diesen Richtweg einzuschlagen.

Nicht nur Arbeit und Geld, das heißt Einkommen für *Berufsarbeit*, sind sinnvoll, schaffen und vermitteln Sinn. Es gibt viele andere sozial sinnvolle Tätigkeiten. Die Mikroelektronik könnte sich als *fruchtbar* und hilfreich erweisen, uns von der Diktatur dessen zu befreien, was besonders die neomarxistischen Gesellschaftskritiker „*Entfremdung*“ *der* Arbeit genannt haben. Falls wir die wechselseitige Koppelung von Arbeit und Lebensunterhalt auflösen (und die mikroelektronische *Revolution*, eine verbreitete Innovation der Mikros könnten unter anderem Trends der heraufkommenden automatisierten Über- *oder Postindustrialisierung* uns dahin führen), wird der Bereich für freie persönliche Tätigkeit und für soziales Engagement beträchtlich *wachsen. Das gilt* wesentlich auch für erzieherische und schöpferische sowie rekreative Tätigkeiten.

Zweifellos ist im derzeitigen Entwicklungsstand der Verlust der Arbeit oft mit einem Verlust an erlebtem Lebenssinn verbunden. Die Einstellung, nur bezahlte Arbeit schaffe Sinn, muß sich ändern. Lebensgemeinschaft kann auch durch andere Formen sozial anerkannter Tätigkeiten vermittelt werden. Wir werden den zwangsmäßigen Zuschreibungscharakter der abendländischen Arbeitsethik ändern müssen. Wir werden weiterhin und sollten auch aktiv Handelnde bleiben. Manche werden sich auch in Zukunft immer als so weit mit ihrem Beruf identifizieren, daß man von ihnen als „workoholics“ spricht. Doch das übergreifende Gesamtmuster der sozialen Entlohnung und Prestigeordnung muß sozusagen entdramatisiert werden. Freiwillige Tätigkeiten, die um ihres Eigenwertes willen oder für soziale Zwecke, selbst für Erholungszwecke, gewählt werden, sollten einen neuen sozialen Status und Wert gewinnen.

Leistungsdenken und Versorgungssockel

Der vollständige Gegensatz zwischen den Bereichen Arbeit und Freiheit wird so überbrückt, gemildert, in manchen Bereichen vielleicht ganz geschlossen werden. Eine neue positive Kultur der frei gewählten, persönlich engagierenden, nicht entfremdenden Tätigkeit, der Eigenleistung, muß entwickelt, gesellschaftlich lanciert und mit mehr Nachdruck versehen werden. Selbst ein Men*schenrecht auf Eigenleistung* und eigene persönliche kreative und rekreative Tätigkeit könnte begründet werden – durchaus in Verbindung und in Weiterführung einiger UNO-Erklärungen der Menschenrechte von 1948 und 1966. Das vieldiskutierte „Recht auf Arbeit“ kann vielleicht auch in diesem Sinne *gedeutet* werden.

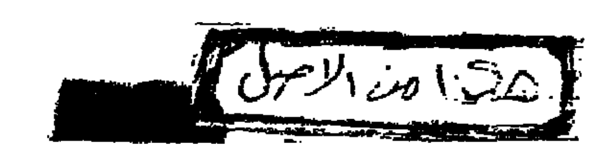
Es könnte sich herausstellen, daß mit Hilfe der Mikroelektronik und anderer dynamischer Fortschritte der angewandten Technik allmählich eine sozial „gerechtere“, stärker auf persönliche Bedingungen und Wünsche eingehende Gesellschaft entsteht, die sich nicht mehr ausschließlich auf bloßen Individualismus und zwangsmäßige Arbeitsethik gründet. Eine solche Gesellschaft würde viel Raum für Individualität und nichtentfremdete Tätigkeit, das heißt Eigenleistung, offenlassen und doch sich an einer Art von grundlegender Solidarität der Menschheit orientieren.

Sie würde übrigens auch der Kon*kurrenz um persönliches Überleben* und sozialen Aufstieg die Schärfe nehmen, ohne etwa die Idee einer milderen Konkurrenz als eines Vehikels von *Fortschritt und Entwicklung* auszuschließen. Leistungskonkurrenz würde freilich nur außerhalb des garantierten Versorgungssockels relevant. Die Konkurrenz wäre nicht mehr existentiell ernsthaft, sondern würde eher zu einem symbolischen Ausdrucksmittel der Selbstvervollkommnung, sozusagen zu einer Art Sozialsport für Talentierte und Leistungswillige.

Die Mikroelektronik könnte auf dem Wege *zur Verwirklichung* einer solchen zunächst anscheinend utopischen Idee als förderliche, wenn auch zweifellos nicht hinreichende Bedingung dienen. Dies würde vielleicht auch dazu führen, daß einige altehrwürdige soziale christliche Werte ihrer Verwirklichung nähergebracht würden. Die möglichen sozialen Folgen der Mikroelektronik bieten eine wirkliche historische Chance, die Aussichten auf eine im wahren Sinne humane Gesellschaft zu verwirklichen. Wir sollten diese Chance nicht verspielen, sondern sie sozial Weise nutzen.



Wie nutzt der Mensch seine Freizeit wirklich? – Erholungspause zu zweit FOTO: PLATA





Der Kompaß herkömmlicher Art hat im Cockpit schon lange ausgedient. Trägheitsnavigation heißt die Technik, die in Jets eingebaut ist und der jeder Pilot vertraut. Die Besatzung im Cockpit wird ständig darüber informiert, welchen Punkt des Erdballs die Maschine gerade überfliegt. Statt mechanischer Techniken bedient man sich jetzt des Lasers zur eindeutigen Positionsbestimmung. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Bewegliche Teile fehlen, die Zuverlässigkeit der ausgegebenen Lagekoordinaten ist gestiegen.

Zwei kreisende Laserstrahlen halten den Jumbo auf Kurs

Von ADALBERT BÄRWOLF

Wir fliegen von Los Angeles nach Amsterdam. An einem unsichtbaren Wegweiser in der Stratosphäre hat die Maschine nach den Berechnungen der Roboter den neuen und vorbestimmten Kurs eingeschlagen, bis sie den nächsten Wegpunkt erreicht. Und von Punkt zu Punkt, ohne jegliche Hilfe von außen, erspüren die Sensoren den ungezeichneten Weg im dreidimensionalen Raum: das ist Trägheitsnavigation. Newton fliegt mit.

Mit 15 Grad pro Stunde rotiert die Erde. Die redundanten Roboter an Bord messen die Drehgeschwindigkeit der Erde. Beschleunigungsmesser in jedem der drei voneinander unabhängigen Navigationssysteme registrieren die Flugzeugbeschleunigung in Nord-Süd-Richtung und in Ost-West-Richtung.

Kreisel stabilisieren eine sogenannte Plattform, die als ein kompliziertes System von Kardanringen sämtliche Bewegungen des Flugzeugs ausschaltet. Die inneren Plattform-Elemente, auf denen die Beschleunigungsmesser montiert sind, bleiben grundsätzlich in der gleichen Stellung.

Navigationssysteme als wahre Alleskönner

Die Sensoren sind total isoliert von den Flugzeugbewegungen um die drei Achsen. Nach Eingabe der Koordinaten nach geographischer Breite und Länge in Los Angeles kennt das System jederzeit seinen Standort und zeigt es der Besatzung in Koordinaten an. Doch der Trägheits-Navigationsroboter kann noch mehr: Er zeigt nicht nur die Position ohne jegliche Hilfe von außen, sondern auch die Geschwindigkeit über Grund, den Kurs und die Lage um die drei Achsen an. Zudem gibt er die Steuerinformationen an den Autopiloten.

Die Genauigkeit dieser klassischen mechanischen Trägheits-Navigationssysteme beträgt etwa eine Meile pro Stunde. Bei einem Zehnstundenflug von Los Angeles nach Amsterdam ist die Abweichung immer noch für kommerzielle Zwecke minimal.

Diese Trägheitsnavigationssysteme, die seit langem in den großen Jets Standard sind, fußen auf einer Technik, die mehr als dreißig Jahre alt ist. Das erste fliegende Trägheits-Navigationssystem steuerte 1953 einen amerikanischen Bomber vom Typ B-29 von Boston nach Los Angeles. Das von der technischen Hochschule von Massachusetts entwickelte Gerät war unabhängig von Funkstationen oder visuellen Referenzen zur Positionsbestimmung.

Diese Fähigkeit zur Navigation ohne jeglichen Kontakt zur Umwelt mit Trägheits-Navigationssystemen ermöglichte einem amerikanischen Atom-Unterseeboot auch die erste Unterquerung des Nordpols, der Apollo-Rakete Wernher von Brauns auch die erste Fahrt zum Mond.

Die ersten Trägheits-Navigationssysteme waren freilich noch schwer. Das Gerät in der B-29 wog seinerzeit 1270 Kilogramm. Heute werden Plattformen gefertigt, die nur 1,4 Kilogramm wiegen.

Doch der Sturmlauf der Technik endet nicht beim Miniaturisierungsprozeß. Licht tritt an die Stelle der rasenden Kreisel in Flugzeugen, Schiffen, U-Booten und Raketen. Der Laserkreisel ist nicht, wie die Fachleute sagen, auf den Drehimpuls einer rotierenden Masse angewiesen. Statt dessen beruht sein Funktionsprinzip auf gewissen Eigenschaften des Lichts.

Beim Laserkreisel, den ein Mensch in seiner Hand halten kann (Bild), sieht man in einem ringförmig geschlossenen Lichtkanal eine orangefarbene Gasentladung von Helium-Neon. Den eigentlichen Laser sieht man nicht.

Interferenz-Auswertung per Microcomputer

In dem Lichtkreisel laufen zwei Laserstrahlen gegenläufig um. Die beiden Laserstrahlen sind in der Ruhestellung phasengleich. Dreht sich aber das Fahrzeug, entsteht eine Frequenzabweichung (Interferenz). Diese Signale werden mit Hilfe sehr schneller Microcomputer zur Positionsbestimmung genutzt.

Der Lichtkreisel hat keine beweglichen Teile und ist deshalb zuverlässiger. Er ist auch wesentlich genauer als der konventionelle Kreisel und hat deswegen eine große Zukunft im militärischen Bereich. In Zivilflugzeugen wird sich der Lichtkreisel als wichtiges Element der digitalen Cockpits durchsetzen. Nach Auskunft der amerikanischen Litton-Werke erfordert der Lichtkreisel einen wesentlich höheren Aufwand an optischen und keramischen Materialien.

Für die Spiegel in dem Lichtkanal zur Reflexion der Lichtstrahlen ist eine optische Aufdampftechnik erforderlich, die noch strengen Exportrestriktionen unterworfen ist.

Ein Gasgemisch aus Helium und Neon bildet das Innenleben des Lichtkreisels FOTO: LITTON

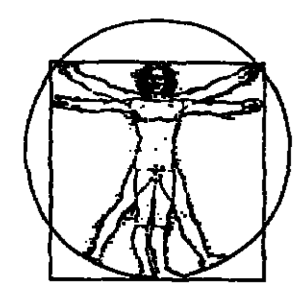
NOTIZEN

Tierversuche

Frankfurt (GGF) – Nach einer aktuellen Umfrage des Emnid-Institutes repräsentieren die Tierversuchsgegner, die die Verwendung von Tieren in der biomedizinischen Forschung ablehnen und einen völligen Versuchsstopp fordern, nur einen kleinen Bevölkerungsteil. 81 Prozent der Befragten hielten Tierversuche dagegen für gerechtfertigt, wenn sie der Entwicklung und der Erforschung neuartiger Arzneimittel dienen. Gleichzeitig äußerten 78 Prozent der Befragten die Meinung, daß neue Arzneistoffe im Tierversuch geprüft werden sollten, bevor sie am Menschen angewendet werden.

Neuer Sonnensimulator

Oberkochen (DW) – Mit dem Auftrag zur Entwicklung eines großen Sonnensimulators („Sun-Simulator", SUSI) hat die Europäische Weltraum Agentur (ESA) die Firma Zeiss betraut. Das Gerät ist für eine Weltraum- Simulationskammer bestimmt, in der Satelliten bei Hochvakuum und in Weltraumkälte getestet werden sollen.



SUSI soll mit dem Licht von 19 Xenon-Bogenlampen von je 32 Tausend Watt Leistung eine Versuchsfläche von 6 Meter Durchmesser beleuchten. Die Lampen befinden sich außerhalb der Versuchskammer, das Licht wird durch ein Quarzfenster eingestrahlt und über einen Wabenspiegel auf die Testobjekte gerichtet. Entwicklung und Bau des Gerätes werden bis April 1986 dauern.

Krebs-Kongreß

Heidelberg (uls) – Vom 26. bis 28. April findet in Heidelberg der „1. Wissenschaftliche Kongreß der Gesellschaft für biologische Krebsabwehr" statt. Politiker und Wissenschaftler aus Europa und Übersee haben sich für die dreitägige Veranstaltung angesagt. Der Kongreß befaßt sich unter anderem mit den Möglichkeiten und Grenzen der Krebstherapie.

Greifvögel in der Stadt

Hamburg (ips) – Die Vorzüge des Lebens in der Stadt haben offenbar einige Greifvogel-Arten entdeckt. So wird aus Hamburg berichtet, daß sich dort der Sperber wieder vermehrt hat und sogar mitten im belebten Volkspark brütet. Der Habicht ist mit 11 Paaren vertreten. Auf etwa 50 Brutpaare wird der Bestand des Turmfalken geschätzt, der normalerweise in Felslandschaften heimisch ist. Auch der Mäusebussard brachte es vor einigen Jahren auf 68 Paare. Hamburger Vogelkundler vermuten, daß die Tiere sich in den Städten vor Verfolgung sicher fühlen. In den Menschen sehen sie keine Gefahr.

Nicht nur Erfolge bei den Chirurgen

Werden wissenschaftliche Anstrengungen von der Operations-Routine verdrängt?

Von JOCHEN AUMILLER

Eine strahlende Leistungsschau der Chirurgie – das hatte sich Professor Friedrich Stelzner, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Bonn und diesjähriger Chirurgen-Präsident, vorgenommen, als er den 102. Kongreß seiner Gesellschaft plante. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte er daran, daß die Medizin in 100 Jahren die Lebenserwartung um 100 Prozent gesteigert habe.

Daß auch die Chirurgen zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen beigetragen hätten, gab er unumwunden zu. Den Operateuren sei die Bescheidenheit im Gebrauch der Mittel verlorengegangen, kommentierte er. „Eine wahre Orgie von Kunststoffmaterialien zum Beispiel ist über uns hereingebrochen, die unseren finanziellen Ruin mitbedingt."

Oft könnten, so Stelzner weiter, die gleichen Leistungen viel einfacher und billiger erreicht werden. Das gelte sowohl für die praktische Chirurgie als auch für die Wissenschaft.

Wenig Forschung

Nachhaltig kritisierte er, daß die Chirurgen kaum noch Zeit fänden, Wissenschaft zu betreiben. Während die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1983 194 Forschungsanträge von Internisten bearbeitet habe, waren von Chirurgen nur 47 Anträge eingereicht worden. Stelzner stellte die Frage, warum der Chirurg die Wissenschaft für nicht so wichtig hält.

Seine Antwort entbehrt nicht einer gewissen Originalität: „Daran ist meines Erachtens das zentrale Ereignis der Operation schuld. Der gelungene Eingriff vermittelt dem Operateur Selbstbewußtsein, das er leider manchmal in Erhabenheit ummünzt und so kann der die Verpflichtung, eine neue, eine bessere Erkenntnis zu gewinnen, zurückdrängen. Vom Siegen ermattet, wird er wissenschaftlich merkwürdig urteilstaub."

Nicht täuschen lassen sollte man sich von der Fülle der veröffentlichten Forschungsergebnisse. Es sei auch ein Irrtum zu glauben, die großen Forschungseinrichtungen brächten so viel besseres hervor als die kleinen „Wissenschaftsbetriebe". So mancher Forschungsmüll werde als strahlende Erkenntnis verkauft. Entscheidend sei der schöperische Geist.

Nur fünf Prozent der Wissenschaftler, so schätzt man, gehören jedoch dieser schöpferischen Forschergruppe an. Sie sei trotz der ungeheuren Vermehrung der Wissenschaftler im Verhältnis eher kleiner geworden.

Von Übel sei auch die Zahlensüchtigkeit. „Ich wünsche uns, daß der Druck der Öffentlichkeit zur Massenproduktion nachläßt und daß der Operateur mit dem größten Katalog nicht so oft als Star in Erscheinung tritt, denn das kann und soll ein Chirurg nicht sein". Trotz aller Finanznöte benötige die Wissenschaft, so Stelzner, einen gewissen Freiraum, in dem sich erfindungsreiche Forscher entfalten könnten.

Stelzner zeigte sich außerordentlich beeindruckt von den Leistungen der Transplantationsmedizin. Immer wichtiger werde dabei die Verpflanzung der Leber, ein operativ sehr anspruchsvoller Eingriff, der in der Bundesrepublik hauptsächlich in den chirurgischen Universitätskliniken Hannover und Bonn durchgeführt wird und für Patienten mit bestimmten bösartigen Leberwucherungen lebensrettend sein kann.

Stelzner berichtete von einer Transplantation in Bonn. Die Spenderleber sei aus Wien angeliefert worden. „Die Leber war sieben Stunden lang in Eis verpackt und funktionierte dann einwandfrei. Das grenzt für mich an ein Wunder."

Erfolge der Herzchirurgie

Außerordentlich erfolgreich arbeite auch das Hannoveraner Herzchirurgen-Team unter Leitung von Professor R. Hetzer. Erst im Juli 1983 hat die Gruppe mit Herzverpflanzungen begonnen, jetzt kann sie bereits über 44 Verpflanzungen bei 42 Patienten berichten. 30 von ihnen sind aus dem Krankenhaus entlassen, manche schon nach wenigen Wochen. Zehn Patienten sind gestorben.

Wenn man bedenkt, daß dieser Eingriff bei Todkranken durchgeführt wird, für die es keine Therapiealternative mehr gibt, sind die Resultate erstaunlich gut. Die meisten der Patienten, so Hetzer , können wenige Stunden nach der Operation das Bett verlassen und nach fünf bis sieben Tagen mit Übungen am Ergometer und Treppensteigen beginnen.

Der Mangel an Spenderorganen zwingt die Experten zu einer strengen Auswahl der Transplantationskandidaten. Die Patienten sollen nicht älter als 50 bis 55 Jahre sein, an unbeeinflußbarem Herzversagen leiden, ohne ausgeprägte Veränderungen der Lungenarterien aufzuweisen sowie möglichst keine Begleiterkrankung wie Diabetes, Leber- oder Nierenversagen haben.

Der Abschied vom Treteimerprinzip

Erprobungsphase für umweltfreundliche Mehrfachmülleimer in Göttinger Haushalten

Von JULIKA OLDENBURG

Der Göttinger Zoologe und Kreisbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege, Professor Hans-Jürgen Lang, hatte die Idee, den im Haushalt anfallenden Müll schon in der Küche zu trennen, und zwar durch die Konstruktion eines „grünen" Abfalleimers, der im Prinzip wie die herkömmlichen Haushaltseimer funktioniert. Zum Unterschied allerdings müßten in seinem Innern drei gesonderte Behälter Platz finden, einer für organische Abfälle, ein weiterer für Aluminiumdosen und ein dritter für Restmüll. Das Treteimerprinzip sei dabei abzulösen durch ausschwenkbare Behälter.

Zusammen mit einem Spezialisten für Entwicklungstechnologie und einem Ingenieur entwarf Lang einen Prototyp des Multi-Müll-Behälters. DIN-normgerecht für jeden Einbauschrank und jede Nische einer deutschen Einheits-Miniküche kann der Haushaltseimer mit einem Links- oder Rechtsgewinde versehen werden. Unterschiedliche Farbanstriche werden die Handhabung der herausnehmbaren runden Einsätze erleichtern. Den Behälter mit organischen Abfällen wird ein eigener Deckel geruchsverhindernd absichern, ansonsten bildet der Boden des jeweils höher liegenden den Abschluß.

Hergestellt wird der umweltfreundliche Mehrfachmülleimer aus Plastikmaterial. Die praktische Konstruktion ist inzwischen nicht nur per Gebrauchsmusterschutz juristisch abgesichert, es ist auch eine Nullserie fertiggestellt und kann jetzt in verschiedenen Haushalten getestet werden. Das Team hatte nämlich das ungewöhnliche Glück, daß die Göttinger Stadtverwaltung sich der Idee gegenüber nicht nur aufgeschlossen zeigte, sondern von Beginn an mitgemacht hat.

Die Projektgruppe Müllentsorgung der Stadtverwaltung wird durch Briefe an die Haushalte und Hausbesitzer für den Modellversuch „grüne organische Tonne Göttingen" werben. Danach ist eine Fragebogenaktion, durchgeführt von Mitarbeitern der Universität, vorgesehen, die Aufschlüsse über die Motivation der am Versuch beteiligten Haushalte geben soll. In diesen Tagen werden an 3300 Haushalte in vier Stadtbezirken die grünen Abfallbehälter verteilt. In einer gemeinsamen Pressekonferenz von Kommune und Arbeitsamt wurde mitgeteilt, daß sich auch das Arbeitsamt an der Aktion beteiligen und acht Arbeitnehmer im Rahmen der ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) finanzieren wird.

Für die am Versuch teilnehmenden Bürger springt auch etwas heraus. Im Erprobungszeitraum werden sich die Abgaben an die Stadt um die Hälfte reduzieren. Wird die übliche „schwarze Mülltonne" in Göttingen zweimal wöchentlich geleert, werden die Müllmänner die Leerung bei den an der Erprobung teilnehmenden Haushalten dann abwechselnd vornehmen, einmal die der „üblichen" Tonne, das nächste Mal die der herausnehmbaren Schwenkbehälter der „grünen Küchentonne". Spezialcontainer in den Müllautos werden die drei Abfallarten zum „Recycling" bringen.

Papierabfälle und Flaschen müssen allerdings – wie bisher – extra gesammelt und der rohstoffsparenden Wiederverwendung zugeführt werden.

Wenn der umweltfreundliche Kücheneimer die Phase seiner praktischen Erprobung hinter sich hat und in die Serienproduktion gegangen ist, werden die Anschaffungskosten etwa 80 bis 85 Mark betragen. Die muß jede Familie selbst aufbringen.

Vorbildlich ist das „Recycling" in Dänemark, nicht zuletzt deshalb, weil die Bürger aktiv mitmachen. Die Franzosen, die trotz einiger Papier- und Glascontainer den Müll für unbrauchbar halten und lieber ins Ausland schicken, haben ihren Abfall immerhin im Pariser Centre de Pompidou zusammengetragen – zu einer Kunstausstellung „Müll als Symbol".

Massenproteste in Dänemark halten an

AP/dpa, **Kopenhagen**

Mehr als 100 000 Menschen haben gestern vor dem Parlament in Kopenhagen gegen den Eingriff in die Tarifautonomie protestiert. Protestaktionen mit wilden Streiks und kurzfristigen Arbeitsniederlegungen gegen die Zwangsschlichtung im größten dänischen Tarifkampf der Nachkriegszeit wurden auch aus dem ganzen Land gemeldet. Dabei wurde die konservativ-bürgerliche Regierung aufgefordert, den erzwungenen Abschluß, der den Arbeitnehmern in den beiden kommenden Jahren im Durchschnitt Einkommensverbesserungen von zwei Prozent bringen wird, zurückzunehmen.

Einer der Wortführer in den spontanen Streiks, Jan Andersen, erklärte in einem Zeitungsinterview, die Proteste würden erst enden, wenn die *Minderheitsregierung* Schlüter gestürzt sei. Von seiten des Gewerkschaftsbundes hieß es, der Sturz der Regierung werde mit den nächsten Parlamentswahlen erfolgen.

Am frühen Mittwochmorgen war aufgrund der Demonstrationen in der Millionenstadt Kopenhagen der gesamte Berufsverkehr zusammengebrochen, nachdem sowohl die S-Bahn-Züge als auch die städtischen Omnibusse ihre blockierten Depots nicht verlassen konnten. Von illegalen Kampfmaßnahmen waren auch mehrere Schulen und Krankenhäuser sowie die Post betroffen. Müllabfuhr und Stadtreinigung ruhen aus diesen Gründen bereits seit gut einer Woche.

Der Protest richtet sich gegen die *Aufhebung der Tarifautonomie* durch Regierung und Parlament im Kampf der Gewerkschaften um die Einführung der 35-Stunden-Woche und eine sechsprozentige Lohnerhöhung. Das Parlament hatte vor knapp zwei Wochen mit sehr knapper Mehrheit der bürgerlichen Parteien den Ausstand von 320 000 Arbeitnehmern für beendet erklärt und die Verkürzung der Arbeitswoche um eine Stunde sowie Tariferhöhungen unterhalb der Inflationsrate angeordnet.

Unterdessen mehrten sich die Anzeichen, *daß verschiedene Arbeitgeber* die von der Regierung angestrebten Lohnerhöhungsgrenzen überschreiten werden. Am Dienstag hatte bereits Nationalbankpräsident Erik Hoffmeyer eine Tariferhöhung um sechs Prozent angekündigt.

Howe konnte Honecker nicht vereinnahmen

hrk./AP/dpa, **Berlin**

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat bei seinem ersten Besuch Ost-Berlins seinen Gesprächspartner Erich Honecker und andere führende SED-Politiker mehrfach an die in Helsinki auch von der „DDR" übernommene Verpflichtung erinnert, die Menschenrechte einzuhalten. In seinen Unterredungen wies er – die Berliner Mauer eingeschlossen – immer wieder auf den „unnatürlichen Zustand" der Teilung Europas hin.

Nach seinem Gespräch mit Honekcker erklärte Howe, die Einhaltung der Menschenrechte werde 1986 – zehn Jahre nach Helsinki – verabredungsgemäß bei allen Unterzeichnerstaaten einer „genauen Überprüfung" unterzogen.

Er habe Honecker und anderen Politikern erläutert, daß es für die britische Regierung „nicht leicht" sei, verbesserte Beziehungen mit dem Osten anzustreben, solange in der britischen Öffentlichkeit weiterhin der Eindruck herrsche, eine „beträchtliche Verbesserung" *hinsichtlich* der Menschenrechte stehe in Teilen Europas noch aus: „Die Freizügigkeit im Reiseverkehr ist beispielsweise ein wesentlicher Aspekt der Menschenrechte", fügte Howe hinzu. Er habe bei *seinen Unterredungen auch* eine Reihe schwieriger Ausreise- und Haftfälle vorgetragen, worum er vorher von Betroffenen in West und Ost gebeten worden war.

Bei dem Thema „Sicherheit" habe es zwischen ihm, Honecker und anderen SED-Politikern „unterschiedliche Ansichten" gegeben. Der jüngste Gorbatschow-Vorschlag eines Aufstellungsstopps von Raketen könne „nicht zufriedenstellen". Howe bezifferte die aktuelle Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen in der „DDR" und CSSR auf 414.

Die „DDR"-Presse berichtete gestern umfangreich, aber selektiv über Howes Gespräche mit Honecker, Ministerpräsident Willi Stoph und Wirtschaftschef Günter Mittag.

Am ungewöhnlichsten für „DDR"-Leser war die Schlußformel im ADN-Text über das Treffen Howe–*Honecker. Der Staatsratsvorsitzende* habe der Queen und Margaret Thatcher seine „besten Grüße und Wünsche" übermitteln lassen. Derartige Wendungen waren bisher nur gegenüber den Spitzenpolitikern der Ostblockländer üblich.

Bonn rechnet mit Gegengeschäft für Kauf des US-Funksystems

Wörner begründet Vorentscheidung / Bodenstationen von der Firma Siemens?

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Wörner hat seinem Entschluß, für die Luftwaffe ein amerikanisches und nicht das von der Firma Siemens entwickelte Flugzeugerkennungs-System einzuführen, als Vorentscheidung qualifiziert. Über das Gegengeschäft, das die Deutschen für ihr Entgegenkommen bei dem Votum zugunsten des amerikanischen Systems zur Freund-Feind-Unterscheidung erwarten dürfen, werde weiter verhandelt. Der Minister suchte Kritik an dem Beschluß durch den Hinweis abzuwehren, ohnehin habe er, Wörner, seine Konsens-Bereitschaft nur „unter der Voraussetzung voller Kompensation am System selbst oder in anderen Bereichen der Hochtechnologie" erklärt.

Kritik, wie sie in Presseberichten zum Ausdruck kam – unter anderem war von einem Rückschlag für die transatlantische Rüstungskooperation die Rede – nannte der Bundesverteidigungsminister eine „*vorschnelle Beurteilung*".

Nach dem Kompromiß von Washington hat sich die Bundesregierung bereitgefunden, als neues Bord- und Bodenabfragegerät zur Identifizierung von Freund oder Feind (IFF) in der NATO ein amerikanisches System zu akzeptieren statt des von der Firma Siemens entwickelten „Capris"-Geräts. In Presseberichten wurden zumeist die höheren Kosten des deutschen Systems – dessen technische Überlegenheit im übrigen selbst die Amerikaner anerkennen – als Ablehnungsgrund angeführt. In Wirklichkeit habe sich dahinter jedoch, so hieß es, unverhohlen traditoneller amerikanischer Egoismus bei der Rüstungskooperation gezeigt.

Wörner und andere Experten seines Beraterstabes stellten demgegenüber gestern in Bonn drei Dinge klar:
1. Die Einführung des deutschen Geräts, das auf dem Wellenband EF („Echo-Foxtrott") senden würde, hätte für die USA eine Umrüstung ihrer weltweiten Luftflotte nötig gemacht, die für IFF-Operationen auf dem D-Band eingerichtet ist. Ein Fachmann ergänzte, dies allein hätte nach amerikanischen Darstellungen Kosten „zwischen 5 bis 13 Milliarden Dollar" verursacht.
2. Ein Jahr lang hat Wörner versucht, die europäischen NATO-Partner auf das deutsche System einzuschwören. Der Versuch *mißlang*. Die Europäer ließen den Deutschen in den Verhandlungen mit Washington den Vortritt, *signalisierten aber gleichzeitig*, daß sie sich letztlich, weil im Ernstfall auf amerikanischen Entsatz angewiesen, *nicht den Wünschen und Vorstellungen* Washingtons in den Weg stellen würden.
3. Als die Aussichten auf eine europäische Einigung endlich geschwunden waren, ließ sich der Bundesverteidigungsminister einen Tag vor dem kürzlichen Luxemburger Treffen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO von der Notwendigkeit eines Kompromisses überzeugen. Dieser wurde in Washington am 2. April vereinbart. „Geerbt" hatte die Bundesregierung das ungelöste Problem im übrigen von ihrer Vorgängerin, wie Wörner deutlich machte.

Das amerikanische System, dem die deutsche Seite jetzt zugestimmt hat, muß nicht, wie Experten sagen, darunter leiden, daß es auf dem zur Zeit überladenen – weil auch vom zivilen Luftverkehr benutzten – D-Band sendet. „Wie viele Zivilflugzeuge werden im Ernstfall in der Luft sein?" merkte gestern in Bonn ein Fachmann an.

Drei Bereiche bieten sich für die zu erwartende Kompensation an: 1. Die Firma Siemens könnte für das geplante IFF-System die Bodenstationen *einrichten und sich* an der Herstellung von Komponenten des amerikanischen Systems beteiligen. 2. *Washington könnte sich entscheiden*, Panzerketten deutscher Produktion (Fa. Diehl, Nürnberg) für die eigene *Panzer-Ausrüstung einzuführen*. Hier geht es um Miliardenbeträge. 3. Die deutsche Industrie könnte mit eigener *Hochtechnologie mehr in die* Verwirklichung der überarbeiteten NATO-Strategie (FOFA) eingeschaltet werden. Nicht als Gegengeschäft dagegen rechnen Bonner Experten die kürzliche Einigung über die gemeinsame deutsch-amerikanische Produktion der neuen Schiffsverteidigungsrakete RAM.

Bekennerbrief zum Pipeline-Anschlag

dpa, **Frankfurt**

Eine „Kämpfende Einheit Ulrike Meinhof" hat sich gestern zu dem Sprengstoffanschlag auf eine NATO-Pipeline am Ostermontag bei dem baden-württembergischen Ort Iggingen bekannt. Der Bekennerbrief an das Landesbüro Frankfurt der Deutschen Presse-Agentur wurde, so der Poststempel, am Dienstag in Stuttgart aufgegeben.

In dem Schreiben wird auf Urteile in Terroristenprozessen in Düsseldorf und Stammheim Bezug genommen *und der Anschlag als „Möglichkeit* des antiimperialistischen Kampfes gegen NATO, Staat und Kapital" bezeichnet.

Papst-Rede vor Reise nach Holland

dpa, **Den Haag**

Vor dem Hintergrund tiefgreifenrr Spannungen in der katholischen Kirche in den Niederlanden hat Papst Johannes Paul II. in einer Fernsehansprache erklärt, Ziel seiner Besuchsreise vom 11. bis 15. Mai sei es, „unseren gemeinsamen Glauben zu feiern".

In den Niederlanden wird der Vatikan seit Jahren beschuldigt, er zwinge einer durchweg liberalen Kirche konservative Bischöfe auf. Damit werde die bereits unter Papst Paul VI. *begonnene Politik*, jeden vakant gewordenen Bischofssitz mit einem konservativen Oberhirten zu besetzen, fortgesetzt.

„Artfremde Erscheinungen"

dpa, **Moskau**

Sowjetische Gerichte sollen künftig schärfer gegen Verantwortliche in Industrie- und Handelsorganisationen vorgehen, die die Herstellung und den Verkauf qualitativ minderwertiger Ware verschulden. Ferner beschloß, so die „Prawda", der Oberste Gerichtshof der UdSSR „entscheidende Maßnahmen" der Gerichte zur „Säuberung unseres Lebens von artfremden Erscheinungen und beliebigen Anschlägen auf die Interessen der Gesellschaft und ihrer Bürger". *Im Kampf gegen* Trunksucht und Alkoholismus sollten alle „vorbeugenden Rechtsmittel" angewandt werden.

Polizei hatte Hinweise auf den Mörder

● Fortsetzung von Seite 1

lich sprach von einem „außerordentlich ernsten Vorgang", der sich nicht wiederholen dürfe. Die Bundesregierung müsse deutlich machen, daß sie solche verbrecherischen Aktionen nicht hinnehmen werde. Nach Angaben von Fröhlich hat der Mörder, der 29jährige Fatah El Tarhoni, bei den bisherigen Vernehmungen angegeben, er sei Mitglied eines libyschen Volkskomitees. Er sei auf „eigene Faust" in die Bundesrepublik eingereist und habe auch so „gehandelt". Mitwisser oder Helfershelfer, zum Beispiel unter den libyschen Diplomaten in Bonn, habe es nicht gegeben. Der Täter gab an, er habe Denali vom „libyschen Fernsehen" her gekannt. Dort sei dieser als Regimegegner angeprangert worden.

Wie der Regierungssprecher mit*teilte, hatte Tarhoni am 16. Januar* 1985 bei der deutschen Botschaft in Tripolis einen Sichtvermerk zur Einreise *in die Bundesrepublik erhalten*. Es handelte sich dabei um eine Besuchserlaubnis. Angeblich wollte der *Libyer nach Frankfurt reisen. Durch* die Ausländerbehörde der Stadt Bonn erhielt er dann am 21. Januar *eine auf zwei Monate begrenzte* Aufenthaltserlaubnis, da dort keine Erkenntnisse gegen ihn vorlagen.

Den Aussagen des Mörders schenken die Sicherheitsbehörden wenig Glauben. Vielmehr müsse der Mordanschlag im Lichte der erst im März dieses Jahres von Khadhafi in Tripolis *gamchten* Aussage gesehen werden, Libyen habe das Recht, seine Gegner im In- und Ausland bei „hel*lem Tageslicht zu liquidieren*". Außerdem wird die Frage gestellt, wer die Reise- und Aufenthaltskosten von Tarhoni finanziert und wer ihm die Mordwaffe beschafft hat. Die zweimonate Aufenthaltserlaubnis war ihm erteilt worden, weil er eine „ärztliche Behandlung" vortäuschte. Die Aussagen des Verhafteten sind „dekckungsgleich" mit den Beteuerungen des libyschen Geschäftsträgers in Bonn, der am Dienstag in das Auswärtige Amt einbestellt war. Er bestritt dort jede Kenntnis der Tat und des Täters. Der Mörder hat erklärt, sich mit seinem Opfer zwei Tage vor der Tat in einem Bonner Cafe unterhalten zu haben. Die Tatwaffe ist eine Walther-Pistole vom Kaliber 9 Millimeter mit einem verkürzten Lauf.

Papst ermutigt den Klerus in der CSSR

F. M. **Rom**

Vor dem Hintergrund der anhaltenden schweren *Beeinträchtigung* der religiösen Freiheit durch das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei *hat Papst Johannes Paul II.* den Klerus dieses Landes aufgerufen, „niemals der Mutlosigkeit nachzugeben", sondern „unerschrocken weiterzugehen auf dem Weg der Evangelisierung und der Zeugnisablegung, auch wenn dies in der augenblicklichen historischen Situation beschwerlich, schwierig und manches Mal bitter ist".

Der Aufruf ist in einem Brief enthalten, den der Papst anläßlich der Gedenkfeiern zum 1100. Todestag des heiligen Methodius über den Prager Erzbischof, Kardinal Tomasek, an alle Geistlichen und Ordensleute der Tschechoslowakei richtete.

Johannes Paul II. ermahnt den CSSR-Klerus ausdrücklich zur Wahrung „der lehrmäßigen und disziplinären *Einheit mit der von Christus* gewollten und gegründeten Kirche sowie mit dem Nachfolger Petri". In vatikanischen Kreisen sieht man darin eine Warnung vor Tendenzen in Richtung auf eine Rom-unabhängige Nationalkirche, die in der regimetreuen „Pacem in terris"-Bewegung und in Führungskreisen der KP zu beobachten sind.

Mit keinem Wort erwähnt der Papst die Tatsache, daß ihn Kardinal Tomasek 1984 zur Teilnahme an den Methodius-Gedenkfeiern eingeladen hatte. *Offensichtlich* hat die Prager Regierung diese päpstliche Pilgerreise nicht erlaubt.

Die Generalsuperioren der römisch-katholischen Kirche erinnert er daran, daß die vor 35 Jahren auf administrativem Weg eingeleitete Unterdrückung der Orden noch immer voll wirksam sei – trotz der inzwischen auch von der tschechoslowakischen Regierung unterzeichneten Schlußakte von Helsinki, in der die freie Religionsausübung garantiert werde. Die Generaloberen appellieren unter Hinweis auf den bevorstehenden 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte an alle Signatar*staaten und im besonderen an die* Regierung der Tschechoslowakei, den darin genannten Grundrechten Geltung zu verschaffen. Nach wie vor seien dort die Klöster konfisziert und die Ordensangehörigen dürften ihr priesterliches Amt nicht ausüben.

Allzu perfekt

HH – Pünktlicher hätte der Rat des Kölner Wirtschaftsinstituts zur „Deregulierung und Entbürokratisierung" nicht kommen können. Was die Bundesregierung den umweltfreundlichen Autofahrern an „Normenwirrwarr" zumutet, spottet jeder Beschreibung. Deutsch sein, könnte man in leichter Abwandlung einer bekannten Definition sagen, heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu komplizieren.

Die Absicht ist löblich, die Umsetzung von einem schädlichen Perfektionismus begleitet. Finanzminister Stoltenberg hatte mit Blick auf die Auswirkungen auf die Steuerverwaltung der Länder von Anfang an allenfalls zwei Abgaswerte als Grundlage der steuerlichen Förderung gelten lassen wollen. Das war im Grunde schon einer zuviel, wenn man es mit der Entbürokratisierung ernst meint. Nun sind sogar vier Werte herausgekommen, wobei nur am Rande vermerkt sei, daß Bundestag und -rat noch im April ein Steuergesetz beschließen, ohne die „Legaldefinition" dieser Werte zu kennen.

Dem Ziel einer Verbesserung des Umweltschutzes wird mit dieser unerträglichen Komplikation ein Bärendienst erwiesen. Natürlich soll das Umweltauto seinen Siegeszug rasch und auf breiter Front antreten. Aber was mit dem Durchbruch in der Europäischen Gemeinschaft gewonnen wurde, droht mit einer Gesetzgebung, die nur mit einem Tabellenwust und einem nach Seiten zählenden Regelwerk zu erläutern ist, wieder verlorenzugehen. Der Umweltschutz hat den Kampf gegen die Bürokratie verloren.

Überbewertet

J. Sch. (Paris) – Kommerziell ist der US-Dollar gegenwärtig um etwa 20 bis 30 Prozent zu hoch bewertet. Dies ist nach Auffassung internationaler Experten der Wettbewerbsrückstand, in welchen die USA gegenüber ihren europäischen Konkurrenten geraten sind. Entsprechend vergrößerte sich das amerikanische Handelsbilanzdefizit. Damit besteht die Gefahr, daß sich die protektionistischen Tendenzen in den USA weiter verstärken. Denn auf die Dauer läßt sich ein hoher Dollar-Kurs und ein offener amerikanischer Markt nicht miteinander vereinbaren, meint man bei der OECD. Ob der Dollar als „überbewertet" bezeichnet werden kann, ist allerdings eine andere Frage. Aus der Sicht ausländischer Kapitalanleger mag er auch heute noch sehr attraktiv sein. Die hohen Realzinsen in den USA und Sicherheitsüberlegungen spielen für Dollar-Käufe immer noch eine große Rolle. Danach wären die USA wohl nur dann von mehr Protektionismus abzuhalten, wenn man sie insdazu überreden könnte, die Zinsen zu senken und ihr Budgetdefizit zu reduzieren. Wird dies dem OECD-Ministerrat gelingen?

VEREINIGTE STAATEN / Flaue Auftragslage, Gewinne wachsen langsamer

Der Investitionsboom hat seinen Höhepunkt bereits überschritten

H.-A. SIEBERT, Washington

Die sich in den USA abflachende Konjunkturkurve – statt um 6,8 (1984) nimmt das Realwachstum vermutlich nur um drei Prozent zu – bremst auch die betrieblichen Investitionen. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington steigen sie in diesem Jahr inflationsbereinigt um 7,7 Prozent, verglichen mit kräftigen 14,9 Prozent 1984 und minus 0,8 Prozent 1983.

Auch zu laufenden Preisen halbiert sich etwa das Investitionstempo, und zwar von 16 auf 8,7 Prozent. Falls die amerikanischen Unternehmen ihre Pläne nicht ändern, werden für neue Werksanlagen 384,4 Mrd. Dollar (rund 1,2 Bill. Mark) aufgewendet. Das verarbeitende Gewerbe rechnet mit einer von 11,1 auf 9,2, die übrige Wirtschaft mit einer von 11,9 auf 9,7 Prozent schrumpfenden Umsatzzunahme. In den USA sollen sich Kapitalgüter in diesem Jahr um 1,3 (1984: 1,0) Prozent verteuern.

Trotz der durch den überstarken Dollar verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit – er verbilligt die Einfuhr und erschwert den Absatz im Ausland – vergrößert sich der Anteil der verarbeitenden Industrie an den Gesamtinvestitionen gegenüber dem Vorjahr von 39 auf 40 Prozent oder 153,6 Mrd. Dollar. Davon entfällt jeweils die Hälfte auf Gebrauchs- und Konsumgüter. Im einzelnen ergibt sich dieses Investitionsbild:

Stahl vier (1984: 3,5), NE-Metalle 2,2 (2,1), Elektromaschinen 16,5 (14,6), Maschinen 16,4 (15,4), Automobile 15,4 (11,1), Flugzeuge 3,6 (3,6), Steine, Erden und Glas 3,1 (3,1), Nahrungsmittel und Getränke 10,3 (8,8), Textilien zwei (zwei), Papier 7,8 (7,2), Chemikalien 17,3 (15,3), Mineralöle 26,1 (25,5), Gummi 3,4 (3,1) sowie andere lang- und kurzlebige Erzeugnisse 7,2 (6,4) und 11,7 (10,7) Mrd. Dollar. Im Durchschnitt erhöhen sich die Investitionen in der Weiterverarbeitung in diesem Jahr nominal um elf (1984: 19,1; 1983: minus 3,7) Prozent.

Mit 7,3 (14,1, minus 0,7) Prozent fällt die Investitionsneigung in den anderen Bereichen noch zurückhaltender aus. Der Bergbau, der 1983 seine Kapitalaufwendungen um 24,2 Prozent reduziert und 1984 um 11,1 Prozent aufgestockt hatte, kürzt sein Engagement wieder um 2,3 Prozent von 16,9 auf 16,5 Mrd. Dollar. Die Eisenbahnen wollen 7,4 (6,8), die Fluggesellschaften 3,9 (3,6), andere Verkehrsunternehmen 6,3 (6,2) und die öffentlichen Versorgungsgesellschaften 48,4 (47,4) Mrd. Dollar investieren. Stark bleibt der Dienstleistungssektor, der 148,4 (134,4) Mrd. Dollar eingeplant hat.

Die regelmäßigen Umfragen des US-Handelsministeriums lassen im dunklen, wie die Mittel verwendet werden. Das läßt sich nur nachträglich aufschlüsseln. So entfielen von den 353,5 Mrd. Dollar, die 1984 insgesamt investiert wurden, auf Fabrikbauten 120,4 und auf Ausrüstungen 233,2 Mrd. Dollar, was einem Plus von 12,1 und 18,1 Prozent nominal entsprach. In der Weiterverarbeitung waren es 37,5 und 100,9 (15,8 und 20,4 Prozent), in den anderen Branchen 82,9 und 132,3 Mrd. Dollar (10,6 und 16,4 Prozent).

Eingesetzt hat die Trendwende im vierten Quartal 1984, als sich in den USA das betriebliche Investitionswachstum im Vergleich zur Juli-September-Periode nominal von 3,7 auf 1,7 und real von 3,4 auf 1,2 Prozent verlangsamte. Für das erste und zweite Quartal 1985 hat das Ministerium eine Zunahme um 3,5 und 2,3 bzw. 3,3 und zwei Prozent einkalkuliert. Ebenfalls preisbereinigt sinken die US-Investitionen im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten um 0,6 Prozent. Abschwächen wird sich parallel die Kapitalgüterkonjunktur.

Die gedämpftere Investitionsbereitschaft spiegelt die flaue Auftragslage für Industriegüter; im Februar lagen die Orders um 1,5 Prozent unter dem Märzhoch 1984. Einkäufer stellen in einigen Produktbereichen auch eine Sättigung fest; zudem ziehen die Hypothekenzinsen wieder an. Als Bremse wirken überdies die zurückgeschraubten Gewinnerwartungen. Danach nehmen die Gewinne der US-Unternehmen in diesem Jahr mit elf Prozent nur halb so stark zu wie 1984. Data Resources und Prudential Bache sind besonders pessimistisch. Nach ihrer Einschätzung steigen sie um 2,3 und Null Prozent.

MARKTÖFFNUNG

EG mit Tokios Paket unzufrieden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft ist mit dem von Ministerpräsident Nakasone angekündigten neuen Programm zur Öffnung des japanischen Marktes nicht zufrieden. Eine erste Analyse zeige, daß die Maßnahmen „von bescheidener Tragweite und ungewisser Wirkung" seien, erklärte gestern der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq.

Die Kommission werde die Maßnahmen und Vorschläge sorgfältig prüfen, sie erwarte jedoch von der japanischen Regierung „konkrete Aktionen großen Umfangs". Nur eine derartige wirkungsvolle Initiative zu einem nahegelegenen Zeitpunkt könne den Erfolg der geplanten neuen Handelsrunde im Gatt erleichtern.

Enttäuscht ist de Clercq auch darüber, daß das starke Importdefizit Japans gegenüber der Gemeinschaft offenbar bei den Erwägungen in Tokio kaum eine Rolle gespielt hat. Angesichts der Bedeutung, die die japanische Regierung ihren bilateralen Handelsbeziehungen zu Amerika beimesse, sei das Ausbleiben einer substantiellen Antwort auf die Forderungen der EG „eine Quelle ernsthafter Beunruhigung".

Die Kommission sei entschlossen, ihre Bemühungen um eine effektive Öffnung des japanischen Marktes fortzusetzen. Zu diesem Zweck habe sie vorgeschlagen, den Handelsausschuß EG–Japan spätestens für Ende Mai zu seiner nächsten Sitzung in Tokio einzuberufen.

IW-FORDERUNG

Normenwirrwarr abbauen

HEINZ HECK, Bonn

Die wirtschaftliche Dynamik in der Bundesrepublik kann nur zurückgewonnen werden, wenn auf staatlich regulierten Märkten das Wettbewerbsprinzip wieder zur Geltung kommt, heißt es in einer Studie „Deregulierung und Entbürokratisierung" des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Köln. Ergänzend dazu müsse der „Normenwirrwarr" gezielt und dauerhaft abgebaut werden.

Die teilweise oder völlige Substitution des Wettbewerbsprinzips und des Preismechanismus auf bestimmten Märkten – etwa im Verkehrswesen oder auf dem Agrarmarkt – durch staatliche Regulierung sei mit „gesamtwirtschaftlichen Kosten in Form von Überkapazitäten, Innovationsmangel, einem verminderten Strukturwandel und Verlusten an Wachstumsdynamik verbunden".

Aber auch dort, wo Wettbewerb und Marktpreisbildung nicht unmittelbar außer Kraft gesetzt würden, habe die Fülle von Gesetzen, Verordnungen und Auflagen eine „Regulierungsdichte geschaffen, die Entscheidungsprozesse verlängert, Investitionen verteuert und die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft gefährdet". Dieser Regulierungs- und Bürokratisierungsprozeß habe eine ausgeprägte Tendenz, sich zu einem „undurchschaubaren Verordnungs- und Gesetzesperfektionismus aufzublähen". Das Ausmaß staatlicher Regulierungen sei bis in die jüngere Vergangenheit ständig gewachsen.

Nervosität in Belgien

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Kleine Länder sind nicht leichter zu regieren als große. In Belgien wissen die Politiker ein Lied davon zu singen. Das labile Gleichgewicht zwischen den Kulturgemeinschaften verführt dazu, jeweils alles mit allem zu verknüpfen. So werden Regierungsberatungen nicht selten zu Marathon-Veranstaltungen.

Vor Ostern mußte das Kabinett beispielsweise bis zum Freitagabend ausharren, um die in den Grundzügen bereits vorher beschlossene „Aktualisierung" des Regierungsprogramms in die Wege leiten zu können. Es ging unter anderem um ein Mehrjahresprogramm zur „Reduzierung der heimlichen Steuererhöhungen", das freilich erst 1989 voll greifen soll. Sofort eingeführt werden sollen dagegen bestimmte Mindestrenten und Kindergeldbeträge.

Wichtig an diesen Beschlüssen ist nicht so sehr ihr Inhalt, sondern die Tatsache, daß sie überhaupt zustande kamen. Seit Wilfried Martens Mitte März das Vertrauen des Parlaments für seine Politik bekommen hat, kann als sicher gelten, daß seine Koalition aus Christlich-Sozialen und Liberalen wenigstens bis zu den Wahlen am 8. Dezember zusammenhalten wird.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies das vorläufige Festhalten an dem 1982 eingeleiteten Kurs der Sanierung der Staatsfinanzen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Unternehmen. Ein vorzeitiges Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses hätte nicht nur eine längere Periode der Ungewißheit ausgelöst, sondern auch die Chancen für eine Fortsetzung der Koalition nach den Wahlen verringert.

Viel Lorbeeren werden die Regierungsparteien beim Wähler nicht ernten, obwohl alle internationalen Organisationen der belgischen Wirtschaftspolitik immer wieder Beifall zollen. Nach den Meinungsumfragen müssen sich sowohl die Christlich-Sozialen wie die Liberalen auf Stimmenverluste einstellen. Dies hat in den vergangenen Wochen zu Nervosität innerhalb der Koalition geführt.

Der starke Arbeitnehmerflügel der flämischen Christlichen Volkspartei widersetzte sich allzu forschen Bemühungen um Einsparungen im Haushalt, die Liberalen kämpften für eine Milderung der Steuerprogression. Die Diskussion machte deutlich, daß es gegenwärtig weder Spielraum für eine Verschärfung des Steuerdrucks, noch für neue Kürzungen im Sozialbereich gibt. Die Misere der öffentlichen Finanzen ist in langen Jahren der Laxheit entstanden. Sie kann auch nur über einen längeren Zeitraum hin wieder beseitigt werden.

Immerhin sind der Regierung Martens Anfangserfolge bei der Eindämmung der Staatsverschuldung nicht abzusprechen. So gelang es, den Nettofinanzierungsbedarf der gesamten öffentlichen Hand seit 1983 von 15,8 auf 14,6 Prozent des Bruttosozialprodukts zu senken. Für 1985 ist eine weitere Reduzierung auf 12,6 Prozent vorgesehen.

Das Problem ist, aus dem Teufelskreis von wachsendem Schuldendienst und immer höheren Budgetdefiziten herauszukommen. Die prekäre Lage der öffentlichen Finanzen ist nämlich inzwischen gar nicht mehr auf zu hohe Ausgaben und soziale Hilfen des Staates zurückzuführen, sondern auf die hohen Zinsbelastungen, die wiederum zu neuer Verschuldung im In- oder Ausland zwingen.

Die Auswirkungen dieser Fehlentwicklung lassen sich nicht zuletzt an dem hohen Zinsgefälle zur Bundesrepublik ablesen. Wären die belgischen Zinsen seit 1976 auf gleicher Höhe geblieben wie die deutschen, müßten zum Ausgleich der öffentlichen Etats nicht 650, sondern 455 Milliarden Franc (rund 22,7 Milliarden DM) aufgebracht werden.

Für den Mann auf der Straße zählen freilich in erster Linie die realen Lebensverhältnisse. Hier hat die Regierung Mühe, den Erfolg ihrer Politik deutlich zu machen. Zwar ist es richtig, daß sich das Wirtschaftswachstum zu verstetigen beginnt (die Nationalbank rechnet für 1984 mit 2,2 Prozent) und die Industrieproduktion stärker wächst als im Durchschnitt der EG. Die privaten Haushalte müssen sich jedoch jetzt schon im vierten Jahr mit weniger verfügbarem Einkommen begnügen. Und die Zahl der Arbeitslosen, die bislang wenigstens stabilisiert werden konnte, fängt erneut an zu steigen.

Noch sind zehn Monate Zeit, um die Einsicht zu verbreiten, daß es keine vernünftige Alternative zur bisherigen belgischen Politik gibt. Der bevorstehende Wahlkampf wird solche Überzeugungsarbeit nicht gerade erleichtern. Martens hat aber schon oft bewiesen, daß er ein Politiker von Format ist. Er dürfte sich auch diesmal so leicht nicht von seinem Kurs abbringen lassen.

AUF EIN WORT



„Der Ruf nach mehr Staat in der Wirtschaftspolitik und staatlichen Beschäftigungsprogrammen stimmt nicht überein mit den Grundprinzipien einer freien Gesellschaft: Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidarität."

Max Streibl, Bayerischer Staatsminister der Finanzen. FOTO: TEUTOPRESS

Energie-Politik der Grünen kritisiert

HH. Bonn

Als „Akt energiewirtschaftlicher Selbstverstümmelung" hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Ludwig Gerstein die energiepolitischen Vorstellungen der Grünen bezeichnet. Gerstein, energiepolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Energie, nannte gestern bei der Vorlage einer Dokumentation Forderungen wie die nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergie und allmählichem Verzicht auf die wichtigsten heimischen Energieträger (Braun- und Steinkohle) sowie die Umstellung der Energieversorgung allein auf regenerierbare Energieträger (Wasserkraft, Biomasse, Sonne, Wind) „irrational und unvernünftig". Die eigentliche Gefahr sei jedoch, daß sich zumindest punktuell – auf kommunaler wie Landesebene (Hessen) – Bündnisse mit der SPD ergäben. Ein solcher Preis für die Erhaltung der Macht sei „sehr hoch".

ARBEITSMARKT

Unterschiedliche Tendenzen in den Wirtschaftszweigen

PETER WEERTZ, Berlin

Der besonders harte Winter habe im ersten Quartal dieses Jahres den Arbeitsmarkt stark belastet, urteilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung. Zugleich meint das Berliner Konjunkturforschungsinstitut, aufgrund der Arbeitsmarktdaten zum Jahresbeginn sei nicht damit zu rechnen, daß die Beschäftigtenzahlen zugenommen hätten. Sie stagnieren bei einer Arbeitslosenzahl von saisonbereinigt 2,3 Millionen etwas unter 22 Mill. Im vergangenen Jahrzehnt lag der Höchststand der beschäftigten Arbeitnehmer Ende 1980 bei 23 Mill.

Freilich zeigen die Arbeitsmarktdaten, aufgeschlüsselt nach Wirschaftszweigen, eine unterschiedliche Tendenz. Für das Berliner Institut bleibt das Baugewerbe nach wie vor ein Bereich mit „den größten beschäftigungspolitischen Problemen". Im verarbeitenden Gewerbe, vor allem im Fahrzeugbau und in der elektrotechnischen Industrie, ist hingegen die Beschäftigung gewachsen (plus zwei Prozent). Aufgestockt haben außerdem die Industriezweige Büromaschinen und Datenverarbeitung (plus drei Prozent).

Die konjunkturelle Belebung hat sich jedoch nach Ansicht des DIW besonders im Rückgang der Kurzarbeiterzahlen ausgewirkt. Im Berichtsquartal lag hier der Durchschnitt mit 275 000 um fast die Hälfte niedriger als im Jahr zuvor. Zum Jahresende 1984 kam mehr als ein Drittel aller Kurzarbeiter aus der Bauwirtschaft.

Die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer stand zu Jahresbeginn nach Angaben des Instituts im Zeichen einer leicht beschleunigten tariflichen Aufwärtsentwicklung. Das tarifliche Niveau ist in der Gesamtwirtschaft gegenwärtig um knapp 3,5 Prozent höher als vor Jahresfrist.

OECD-MINISTERKONFERENZ

Bonn sollte auf eine milde Expansion umschalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Scheinwerfer der heute in Paris beginnenden Ministerkonferenz der OECD sind auf die Delegationen der USA, Japans und der Bundesrepublik gerichtet. Während die Kritik am amerikanischen Budgetdefizit nicht neu ist und die Forderung auf japanische Einfuhrerleichterungen durch die jüngsten Tokioter Versprechen kaum entschärft wurde, hat Wirtschaftsminister Bangemann mit einer scharfen Beanstandung seiner Stabilitätspolitik zu rechnen.

Angesichts der auf 2,5 Prozent reduzierten Inflationsrate halten einige Delegationen Bonn für zu wenig wachstumsfreudig. Zwar dürfte niemand der Bundesrepublik eine ausgesprochene Expansionspolitik empfehlen. Aber eine Milderung ihrer „Strenge" hielte man jetzt doch für angebracht.

Konkret erwartet man die Vorverlegung der deutschen Steuersenkungen. Dies wäre für die Bundesrepublik „kein Drama", hieß es am Vorabend der Konferenz. Schließlich könnte es Bonn heute nicht mehr in erster Linie darauf ankommen, den Preisanstieg zu reduzieren. Vielmehr müßte versucht werden, ein befriedigendes nichtinflatorisches Wirtschaftswachstum zu erreichen.

So sollten nach Auffassung des OECD-Sekretariats die Bundesrepublik und alle anderen OECD-Staaten alle potentiellen Expansionsmöglichkeiten nutzen. Die wichtigste Voraussetzung dafür wäre aber die Verminderung der wirtschaftspolitischen Unsicherheiten, insbesondere der protektionistischen Tendenzen. In einer dem Ministerrat vorgelegten Studie heißt es, daß der Protektionismus die Staatskasse und die Verbraucher sehr teuer zu stehen komme, ohne daß er den beschützten Wirtschaftszweigen viel nütze.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbankgewinn: CDU gegen Raten-Zahlung

Bonn (HH) – Mit Blick auf die heutige Feststellung des Bundesbankgewinns im Zentralbankrat hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Austermann „für eine vollständige und umgehende Abführung" des Gesamtbetrags eingesetzt. Bonn rechnet mit einem Rekordgewinn von 12,9 Milliarden Mark. Es könne nicht angehen, so Austermann, daß der Bund zur Verstetigung der Kapitalnachfrage einer ratenweisen Auszahlung zustimme, gleichzeitig aber (so 1984) bei der Bundesbank einen Kassenverstärkungskredit von zuletzt knapp 1,8 Milliarden Mark aufnehme und dafür noch Zinsen zahle. Nach Meinung Austermanns werde der Gewinn „auch in den nächsten Jahren höher liegen, als bisher erwartet".

Schleppende Verfahren

Düsseldorf (J. G.) – Bis zur faktischen Rechtsverweigerung schleppen sich nach Ansicht der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Düsseldorf, die „Spruchverfahren" hin, in denen Aktionäre bei den Gerichten Anträge auf Festsetzung einer angemessenen Abfindung gestellt haben. Von den derzeit laufenden 18 Verfahren dauerten sieben schon mehr als fünf Jahre ohne nahe Aussicht auf wenigstens erstinstanzliche Entscheidung. Parallel dazu komme bei bisher abgeschlossenen Verfahren das Ende immer häufiger durch Auskauf antragstellender Aktionäre durch den Großaktionär und dann ohne Chance auf entsprechende Nachbesserungsansprüche der übrigen Aktionäre. Die Schutzvereinigung nennt das eine „unselige Praxis", die dem Aktionärswesen und damit dem Kapitalmarkt einen schlechten Dienst erweise.

Höherer Verbrauch

Frankfurt (AP) – Der Fernwärmeverbrauch in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr um 6,1 Prozent gestiegen. Das teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke in Frankfurt mit. Auch die Frostperiode Anfang dieses Jahres, in der die Heizungssysteme ihre Leistungsgrenzen erreichten, hätten die Fernwärmeversorger ohne Probleme bewältigt. Rund 25 Prozent der Fernwärme stammten 1984 aus Kraftwerken, die gleichzeitig Strom und Fernwärme erzeugen. Abwärme der Industrie stellte etwa zwei Prozent, Heizwerke hatten rund 23 Prozent Anteil.

Mehr Brandstiftungen

Köln (dpa/VWD) – Die Schadensaufwendungen der Feuerversicherungen in der Bundesrepublik sind von 1,6 Mrd. Mark 1974 auf 3,7 Mrd. Mark 1983 gestiegen. Nach Ansicht eines Sprechers des Verbandes der Sachversicherungen ist für den starken Anstieg der Schadensaufwendungen die „Zunahme von Brandstiftungen mitverantwortlich".

Alternative zu Großketten

Münster (dpa/vwd) - Gegen die „übermächtige Konkurrenz" der Großhotels wollen familiengeführte Betriebe in der Form der Hotelkette „Herzhotels" antreten. „Wir wollen nicht so enden wie die Tante-Emma-Läden", betonte der Leiter der Zentrale, Walter Merker, gestern in Münster. Es gebe bis jetzt noch keine Vereinigung von rein familiengeführten, fast durchweg Stadthotels der oberen Mittelklasse, bei der risikofrei gebucht werden könne. Die Häuser der Kette sollen höchstens 100 Zimmer haben und mit „gehobenem Komfort" ausgestattet sein. Bei den Lieferanten erhofft sich die Kette günstigere Konditionen. Bisher gehören 27 Häuser im Bundesgebiet zur Kette der Herz-Hotels.

Broker in Schwierigkeiten

New York (dpa/VWD) – Bei der US-Wertpapierhandelsfirma Bevell, Bresler + Schulman, die sich am Montag für zahlungsunfähig erklärt hat, ist ein Konkursverwalter eingesetzt worden. Wie vor ihr die E.S.M. Government Securities, die im März nach der Sparkassenpleite im Staat Ohio einen Ansturm auf 70 weitere Institute ins Rollen gebracht hatte, ist auch Bevill-Bresler in Livingston (New Jersey) eine auf den Handel mit Staatspapieren spezialisierte Brokerfirma. Nach Mitteilung der US-Wertpapier-und-Börsenaufsichtsbehörde SEC hat Bevill-Bresler 140 Mill. Dollar Schulden. Bei den Gläubigern der Firma handelt es sich weitgehend um Sparkassen und Banken.

KREDITWÜRDIGKEIT / Bundesrepublik besser beurteilt

USA weiter auf Rang eins

AP, New York

Die Kreditwürdigkeit zahlreicher Länder hat sich in den letzten Monaten ungeachtet der anhaltenden Sorgen wegen der internationalen Schuldenkrise leicht verbessert. Das geht aus einer in der jüngsten Ausgabe des amerikanischen Finanzfachblattes „Institutional Investors" veröffentlichten Übersicht hervor.

Danach sind 109 Länder in ihrer Kreditwürdigkeit von führenden internationalen Bankiers heraufgestuft worden. In der neuesten Halbjahresübersicht wurden die Bankleute gebeten, jedes der aufgeführten Länder in einer von null bis 100 reichenden Skala einzuordnen.

In der vorliegenden Übersicht erreichten 37 Länder die Marke 50 und 32 erzielten die zuvor höchste Durchschnittsbewertung von 55,4, die im September 1979 ermittelt worden war. Die Durchschnittsbewertung in der jüngsten Ausgabe erreichte 40,2 Punkte und lag damit immer noch deutlich unter den 50 Punkten „in den guten alten Tagen des Kreditbooms – vor den Rekordverschuldungen Polens, Mexikos und Brasiliens".

Unter den Ländern, deren Kreditwürdigkeit sich im Berichtszeitraum am deutlichsten verbesserte, werden namentlich Rumänien, die Türkei, die „DDR", Pakistan, Zypern, Polen und die Tschechoslowakei genannt.

Die Liste der kreditwürdigsten zehn Länder im Vergleich zu 1984:

1. Vereinigte Staaten 95,6 Punkte (minus 0,4)
2. Japan 95,1 Punkte (unverändert)
3. Schweiz 94,7 Punkte (minus 0,8)
4. Bundesrepublik Deutschland 93,1 Punkte (plus 0,4)
5. Großbritannien 88,8 Punkte (plus 0,2)
6. Kanada 87,1 Punkte (plus 0,3)
7. Niederlande 86,3 Punkte (plus 0,7)
8. Norwegen 86,2 Punkte (plus 0,4)
9. Australien 83,9 Punkte (unverändert)
10. Österreich 82,5 Punkte (plus 1,2)

EUROPA / Forderung von US-Notenbankchef Volcker

Konjunkturanreize schaffen

VWD, Washington

Mehr „hausgemachte Anreize" müßten die europäischen Länder und Japan ihrer Wirtschaft bieten, um für ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu sorgen. Diese Ansicht vertrat US-Notenbankchef Paul Volcker in einer Konferenz der Export-Import Bank.

In den vergangenen Jahren sei das Wachstum in diesen Ländern im wesentlichen mit der hohen Nachfrage aus den USA zu begründen. Diese hätte Arbeitsplätze geschaffen, die Industrieproduktion angeregt und die Wachstumsraten verstärkt. Er schätzt, daß etwa 70 Prozent der von der OECD ermittelten Wachstumsraten auf Nachfrage aus den USA entfielen. Volcker forderte die Entwicklungsländer auf, ihre Märkte ebenfalls stärker zu öffnen.

Die Entwicklungsländer müßten sich um eine Wirtschaftspolitik bemühen, die mehr als bisher ausländische Investitionen anziehe und die Wiederanlage von in diesen Ländern erzielten Gewinnen begünstige.

Entsprechende Forderungen wurden auch von Richard Erb vom Internationalen Währungsfonds aufgestellt. Positiv vermerkte er, daß Mexiko einen Teil der Importbeschränkungen aufzuheben beginne. Ähnliche Tendenzen seien in einigen anderen Entwicklungsländern festzustellen. Dies werde zu einer Verringerung der Inflation in diesen Staaten führen. Ein solcher Schritt sei nötig, um ausländische Investitionen attraktiv erscheinen zu lassen.

Er gab sich in der Konferenz optimistisch, daß die brasilianische Regierung die vom IWF geforderten wirtschaftlichen Auflagen akzeptieren wird. Dann könne Brasilien bald mit weiteren internationalen Finanzhilfen rechnen.

ÖSTERREICH / 1984 kamen weniger deutsche Gäste

Mit der Wintersaison zufrieden

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Enttäuschung nach einem schneearmen Winterbeginn ist in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft einem Optimismus gewichen. Denn die Wintersaison hatte dann doch unerwartet hohe Steigerungsraten bei den Ausländerübernachtungen (mehr als sieben Prozent) und Inländern (rund vier Prozent) gebracht. Deutsche Skifahrer stellten zwar in den Hotels das Hauptkontingent, doch holen Nationen wie Belgien, Schweiz, Holland und England stetig auf.

Österreich allerdings partizipiert nicht mehr so wie früher von der Belebung des internationalen Tourismus, sondern hat in den vergangenen Jahren stetig Marktanteile verloren. Die Übernachtungszahlen des Vorjahres bewegten sich in etwa auf dem Niveau des Jahres 1971. Vor allem die jüngeren deutschen Urlauber zieht es zunehmend in den Süden, was dazu geführt hat, daß Österreich von der ersten auf die dritte Stelle hinter Italien und Spanien als Urlaubsregion für die Deutschen abgerutscht ist.

Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft erwartet 1985 aus dem internationalen Reiseverkehr bei einer Steigerung von real fünf Prozent Einnahmen von fast 107 Mrd. Schilling. Der Überschuß aus dem Reiseverkehr wird voraussichtlich rund 51 Mrd. Schilling (3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts) betragen.

Im vergangenen Jahr gingen die Übernachtungszahlen von Urlaubern insbesondere in Folge einer bereits seit drei Jahren währenden Schwäche im Sommerfremdenverkehr um ein Prozent auf 115 Millionen zurück. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis war einmal mehr ein Rückgang von Gästen aus der Bundesrepublik, die in Österreich noch immer zwei Drittel der Ausländerübernachtungen ausmachen, um mehr als fünf Prozent.

IRLAND / Die Industrieproduktion stieg im vergangenen Jahr um zwölf Prozent

Strenge Sparpolitik zeigt Erfolge

WILHELM FURLER, London

Die Republik Irland konnte im vergangenen Jahr eine der höchsten Wachstumsraten der Industrieproduktion im internationalen Vergleich erreichen. Der staatlichen Industrieentwicklungs-Agentur (IDA) in Dublin zufolge legte die Industrieproduktion in Irland gegenüber 1983 um zwölf Prozent zu. Die Durchschnittsrate für die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft lag im Vergleich dazu nur bei 3,4 Prozent.

Auch das Wirtschaftswachstum auf der grünen Insel lag mit 2,1 Prozent über dem EG-Durchschnitt. In diesem Jahr soll das Bruttosozialprodukt den Voraussagen der Allied Irish Banks zufolge auf 2,7 Prozent steigen.

Eines der Hauptprobleme Irlands, die hohe Preissteigerungsrate, scheint mit wachsendem Erfolg bekämpft zu werden. Nachdem die Inflationsrate seit etlichen Jahren ständig im zweistelligen Bereich verharrte, konnte sie im vergangenen Jahr auf 8,6 Prozent gedrückt werden. Für das laufende Jahr sagen die führenden Wirtschaftsforscher eine weitere Reduzierung der Preissteigerungsrate auf sechs Prozent voraus. 1983 lag die Inflationsrate bei 10,4 Prozent, 1982 bei 17,1 und 1981 sogar noch bei 20,4 Prozent.

Der Erfolg an der Inflationsfront ist in erster Linie das Resultat einer strengen Haushaltspolitik der Regierung Fitzgerald. Bei der Vorlage des diesjährigen Budgets rief Finanzminister Alan Dukes seine Landsleute erneut auf, ihre Einkommenserwartungen auf einem „realistischen" Niveau zu halten.

Nachdem die irischen Exporte im vergangenen Jahr dem Wert nach um 16 Prozent und die Importe nur um 8,5 Prozent gewachsen sind, konnte das Leistungsbilanzdefizit von 863 Mill. auf 720 Mill. Irische Pfund (2,23 Mrd. DM) oder fünf Prozent des Bruttosozialprodukts reduziert werden. Exporten in Höhe von 8,897 Mrd. Irischen Pfund standen Importe im Wert von 8,906 Mrd. Pfund gegenüber. Für dieses Jahr wird eine Exportsteigerung um 9,5 Prozent und ein Anstieg der Importe um sechs Prozent vorausgesagt.

Eine unverändert wichtige Rolle für das Wachstum der irischen Wirtschaft spielen Niederlassungen deutscher Unternehmen. Allein im letzten Jahr hat die IDA 20 deutschen Unternehmen staatliche Hilfe für Niederlassungen in Irland gewährt. Deutschland war damit der größte europäische Investor in Irland.

Im ersten Quartal dieses Jahres haben weitere fünf deutsche Unternehmen Investitionsprojekte angemeldet. Drei dieser Projekte sind Erweiterungen bestehender Anlagen, zwei sind neue Investitionen. Die fünf Projekte stellen einen Investitionswert in Höhe von vier Mill. Pfund (12,4 Mill. DM) dar und werden 210 neue Arbeitsplätze schaffen. Gegenwärtig sind 160 deutsche Unternehmen in Irland tätig.

Manufrance wird liquidiert

J. Sch. Paris

Das Handelsgerichts von Saint-Etienne hat erwartungsgemäß die Liquidierung des französischen Traditionsunternehmens Manufrance angeordnet. Dies bedeutet, daß das seit vier Jahren in der Form einer Arbeiterkooperative betriebene Verlustunternehmen seine Produktion – zuletzt nur noch Jagdgewehre – einstellen und seine Restbelegschaft von 396 Mitarbeiter entlassen muß.

Die im Dezember 1980 auf Initiative der kommunistischen Gewerkschaft CGT gegründete Kooperative hatte vergangene Woche Konkursantrag gestellt. Die Scopd-Manufrance hatte die Nachfolge des 1979 in Konkurs gegangenen Traditionsversandhauses Manufrance übernommen.

Kühlschränke für China

dpa/VWD, Mailand

Zwischen dem italienischen Elektrogeräteunternehmen Zanussi und der China North Industries Corp ist ein Vertrag über den Bau einer Kühlschrankfabrik in China unterzeichnet worden. Der Lieferbetrag beläuft sich auf 17 Mill. Dollar (54 Mill. DM). Als Jahresproduktion sind 150 000 Kühlschränke vorgesehen. Mit dem neuen Abkommen hat das zum schwedischen Electrolux-Konzern gehörende Unternehmen mit China Bau- und Lieferverträge von insgesamt 60 Mill. Dollar abgeschlossen. In den letzten Monaten waren Verträge über den Bau von Kühlschrankfabriken in Futzhou und Shenyang sowie zum Bau einer Kompressorfabrik in Tianjin abgeschlossen worden.

Die Philippinen suchen Investoren

dpa/VWD, Bonn

Die Philippinen wollen ihren Markt für ausländische Investoren öffnen. Die Präsidentin des philippinischen Zentrums für internationale Messen und Handelsdelegationen, Frau Mina Gabor, wies in Bonn darauf hin, daß ihr Land an der Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen in den Bereichen Nahrungsmittelverarbeitung, Zulieferindustrien sowie für die Leder- und Möbelfertigung interessiert ist. Vor allem für die Modernisierung der Textilindustrie würden Investoren gesucht.

Die Philippinen wollten ihre Exporte steigern, um die Leistungsbilanz zu verbessern. Zum wichtigsten Devisenbringer habe sich die Bekleidungsindustrie entwickelt.

KAPITALMARKT / Ausländische Banken bald mit inländischen gleichgestellt

Neue Anlageformen werden erlaubt

dpa/VWD, Frankfurt

Die letzte Hürde zur Gleichstellung zwischen ausländischen Banken und deutschen Kreditinstituten soll fallen. Auch ausländische Banken mit Sitz in der Bundesrepublik erhalten künftig das Recht, bei der Auflegung von DM-Auslandsanleihen die Federführung zu übernehmen. Entsprechende Gespräche hat die Bundesbankspitze mit Vertretern der Auslandsbanken – und gesondert mit japanischen Instituten – geführt.

Während die Bundesbank für die völlige Gleichstellung von ausländischen Banken am inländischen Kapitalmarkt keine Probleme sieht, bestehen umgekehrt noch erhebliche Einschränkungen für deutsche Institute im Ausland. „Die Gleichbehandlung muß allerdings gewährleistet sein", heißt es im Hause der Bundesbank. Besonders ungünstige Bedingungen bestehen derzeit noch für deutsche Banken in Japan. Deshalb hatte auch Bundesbankdirektoriumsmitglied Professor Claus Köhler ein gesondertes Gespräch mit japanischen Tochterinstituten. Wie es heißt, soll der japanischen Seite von der Bundesbank ein Ultimatum gestellt worden sein.

Banken aus Ländern, in denen deutsche Kreditinstitute nicht gleichbehandelt werden, dürften daher zunächst von der Konsortialführung bei DM-Auslandsanleihen ausgeschlossen bleiben. Bei DM-Auslandsanleihen handelt es sich um die Plazierung von auf D-Mark lautende Schuldverschreibungen für ausländische Schuldner. Der Konsortialführer oder „Lead-Manager" ist verantwortlich für den Kontakt mit dem Schuldner, für den Aufbau, die Organisation sowie die Vertrags- und Prospekterstellung und im wesentlichen für die Zusammensetzung des Emissionskonsortiums.

Die Zulassung ausländischer Banken zur Federführung von DM-Auslandsanleihen birgt nach Ansicht des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Wilfried Guth, keine Gefahren für die inländischen Institute.

Mit dem verbesserten Status der Auslandsbanken will die Bundesbank auch bislang nicht genehmigte Finanzierungsformen zulassen, die an internationalen Bankplätzen bereits eingeführt sind.

So dürften auf den deutschen Geld- und Kapitalmarkt sogenannte „Floating Rate Notes" mit kurzer Laufzeit und variablen Zinssätzen zukommen. Auch „Zero-Bonds" steht die Bundesbank nicht mehr ablehnend gegenüber. Bei dieser Anleiheform ohne nominelle Verzinsung besteht die Rendite für den Anleger in der Differenz zwischen dem Ausgabe- und dem Rücknahmepreis.

Keine Kompromißbereitschaft zeigt die Bundesbank dagegen bei sogenannten „Certificates of Deposits" (CD's) – Zertifikate über kurzfristige Bankeneinlagen. Für dieses Papier besteht etwa in New York ein lebhafter Zweitmarkt. In Frankfurter Bankenkreisen wird die Ablehnung der Zentralbank weniger mit einer möglichen Umgehung der Mindestreservepflicht begründet als mit einer voraussichtlich starken Ausdehnung des Geldmarktes. Die Bundesbank könne möglicherweise dann mit ihren bewährten Mitteln des Offenmarktgeschäftes den Geldmarktzins nicht mehr so erfolgreich beeinflussen.

MARKENPIRATEN / Acht-Punkte-Katalog vorgelegt

Härtere Strafen vorgesehen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard will die Markenpiraterie verstärkt bekämpfen. Für Mitte des Monats kündigte er ein Expertengespräch an. Auf ihm soll über gesetzgeberische und andere Maßnahmen zur Eindämmung dieser Form der Wirtschaftskriminalität beraten werden. Engelhard begrüßte, daß sein Vorhaben von der Wirtschaft positiv bewertet werde und ihm schon volle Unterstützung zugesagt worden sei: „Nur ein koordiniertes Vorgehen von Gesetzgeber, Bundesregierung und Wirtschaft kann den Piraten das Handwerk legen."

Er hat bereits einen Acht-Punkte-Katalog erarbeitet. Dabei soll es unter anderem darum gehen, daß Geschädigte künftig einen gesetzlichen Anspruch auf Auskunft über den Lieferanten von gefälschten Waren erhalten. Das wirtschaftliche Risiko für Piraten und Vertreiber von gefälschten Waren soll erhöht werden, indem die Möglichkeit der Vernichtung dieser Artikel geschaffen wird.

Außerdem sollen Piraten härter bestraft werden. Der Minister: „Wer geistiges Eigentum und den guten Ruf von Erzeugnissen und Herstellern stiehlt, ist ebenso zu bestrafen wie jeder andere Dieb." Hier liegen dem Bundestag bereits Vorschläge vor, nach denen die Strafe für Urheberrechtsverletzungen auf fünf Jahre heraufgesetzt werden soll.

Weiter schlägt Engelhard vor, die Verfahren zur Beschlagnahme von Piratenware an den Grenzen zu verbessern. Verändert werden solle auch das bestehende Schutzrechtssystem. So regt Engelhard eine zentrale Hinterlegungsstelle für Geschmacksmuster beim Deutschen Patentamt an.

Darüber hinaus soll auch international Markenpiraten verstärkt der Kampf angesagt werden. So soll ein EG-einheitliches Zollbeschlagnahmeverfahren geschaffen und ein Gatt-Abkommen gegen diese Kriminalitätsform geschlossen werden.

Schließlich fordert Engelhard die Wirtschaft auf, ihre Eigeninitiative zu verstärken. So sollen vor allem mittelständische Unternehmen besser über die Möglichkeiten zur Erwerbung von Schutzrechten aufgeklärt werden. Als Solidarmaßnahme soll zum Beispiel ein „Anti-Piraten-Fonds" gegründet werden, um insbesondere die Piraterie im Ausland bekämpfen zu können. Daneben soll eine zentrale Auskunftsstelle zur Identifizierung von gefälschten und nachgeahmten Produkten eingerichtet werden.

IWF: Wachstum verlangsamt sich

VWD, New York

Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern dürfte inflationsbereinigt 1986 auf 2,9 Prozent gegenüber voraussichtlich 3,2 Prozent im laufenden Jahr und durchschnittlich 4,8 Prozent 1984 zurückgehen. Dies geht aus dem neuesten Welt-Wirtschaftsbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor. Für die Entwicklungsländer rechnet der IWF für 1986 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3,3 Prozent nach etwa drei Prozent in diesem Jahr und 2,8 Prozent im vergangenen Jahr. Bei der Inflation wird mit sinkender Tendenz gerechnet.

In den Industrieländern dürfte die Inflationsrate nach 4,1 Prozent im vergangenen Jahr 1985 und 1986 bei jeweils drei Prozent liegen. In den Entwicklungsländern wird mit einem Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate von zehn Prozent 1984 auf 9,3 Prozent im laufenden und acht Prozent im kommenden Jahr gerechnet. In diesem Zusammenhang betonte der IWF, daß die Bemühungen, insbesondere in den größeren Ländern ein nicht-inflationäres Feld zu schaffen, von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines weltweiten Wirtschaftswachstums seien.

In dem noch nicht veröffentlichten Bericht prognostiziert der IWF für die USA für 1986 ein Leistungsbilanzdefizit von 140,2 Mrd. Dollar gegenüber voraussichtlich 117,5 Mrd. im laufenden und 48,3 Mrd. Dollar im vergangenen Jahr ausgegangen. Bei den anderen Industrieländern zusammen erwartet der IWF 1986 einen Überschuß von 83,8 Mrd. Dollar gegenüber 68,5 Mrd. 1985 und 58,4 Mrd. Dollar 1984. Bei den Entwicklungsländern dürfte das Leistungsbilanzdefizit mit 44,4 Mrd. Dollar 1986 nach 44,2 Mrd. im laufenden und 43,9 Mrd. Dollar im vergangenen Jahr nahezu unverändert bleiben.

Mode-Impulse aus dem Ausland

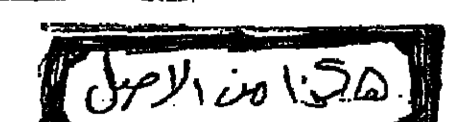
P. WEERTZ, Berlin

Frische Impulse erwartet die Modestadt Berlin von der traditionellen „Berliner Durchreise", die vom 14. bis 16. April in den Ausstellungsräumen der Berliner Hersteller oder in den Hotels für die auswärtigen Modefirmen veranstaltet wird. Dabei werden die 162 Aussteller rund 300 modische Kollektionen für Herbst und Winter 1985/86 vorstellen. Nach Ansicht der Berliner Mode-Messe-GmbH haben vor allem die avantgardistischen Modemacher und die jungen Designer mit ihrer Trendaussage während der Modetage den Platz Berlin gefördert.

In seiner Vorschau auf die „133. Berliner Durchreise" unterstrich Messe-Geschäftsführer Kurt Geisler das wieder wachsende Interesse der auswärtigen Einkäufer und Hersteller an der Berliner Modemesse. Verstärkt hat sich außerdem das Angebot der Accessoires-Firmen, die in einer eigenen Ladenstraße rund um den Innenhof des Messehotels Inter-Continental mit Boutiquen und Beauty-Shops vertreten sind.

Eine Belebung für die Berliner Damenoberbekleidungsindustrie (DOB) registriert Bruno Mattull, Vorsitzender des Verbandes der Berliner Bekleidungsindustrie, vor allem im Ausland. Hier hat die Berliner DOB viele neue Kunden gewonnen. Am Gesamtumsatz von 1984 rund 900 Mill. DM waren die Exporte mit einem Anteil von 35 Prozent beteiligt. Zur Zeit stagnieren allerdings der Inlandsabsatz und die Auftragseingänge. Mattull hofft jedoch auf ein erfolgreiches Jahr 1985.

Mit rund 200 Betrieben, darunter 51 DOB-Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten, ist Berlin nach wie vor in Europa der Modeplatz mit der größten Zahl an Bekleidungsunternehmen, die insgesamt 3578 Mitarbeiter beschäftigen.



TEWIDATA / Vor einer Woche Konkurs angemeldet

Nichts blieb außer Hoffnung

DANKWARD SEITZ, München

Die Münchner Tewidata AG, als Anbieter schlüsselfertiger EDV-Anlagen mit großen Versprechungen und Expansionsplänen im Juli 1983 an die Börse gegangen, hat am vergangenen Donnerstag (4. April), wie erst jetzt bekannt wurde, Konkurs angemeldet. Dies bestätigte gestern das Amtsgericht München auf Anfrage; ein Konkursverwalter ist noch nicht bestellt worden. Von Tewidata selbst war dazu noch keine Stellungnahme zu erhalten. Wie es hieß, befinde sich Vorstandsvorsitzender Dieter Reichel noch in intensiven Gesprächen mit Banken.

Eine Abwendung des Konkurses ist nach Ansicht von Beobachtern von diesen Gesprächen allerdings nicht zu erwarten. Bereits in der letzten Woche hatte Reichel, wie aus Bankenkreisen verlautet, mit mehreren betroffenen Banken Kreditverhandlungen geführt, die von diesen dann am Donnerstag als ergebnislos abgebrochen worden seien. Die Kursfestsetzung der im Münchner Telefonverkehr gehandelten Tewidata-Aktie ist ausgesetzt; zuletzt wurde sie am vergangenen Mittwoch mit 64,90 DM (nominal 50 DM) notiert.

Bergab ging es mit Tewidata, deren Aktie zum Kurs von 202,50 DM emittiert und zeitweise mit bis zu 358 Mill. DM gehandelt worden war, schon im Jahr der Börseneinführung. Hatten die Aktionäre dem Vorstand vertraut, den Umsatz von 25,3 Mill. (1982) auf rund 60 Mill. DM bis 1989 ausweiten und das Ergebnis in diesem Zeitraum auf 3,5 Mill. DM verdoppeln zu können, wurden sie schon im Mai 1984 mit einem Fehlbetrag von 3,5 Mill. DM bei einem Umsatz von 40,8 Mill. DM konfrontiert. Als Gründe wurden der Dollarkurs, Personalaufstockungen und ein unerwartet gestiegener Materialeinsatz genannt. Aus der in Aussicht gestellten Dividende von 12,50 DM auf das Grundkapital von 6 Mill. DM wurde nichts.

Doch das hinderte den Vorstand nicht daran, für 1984 bei einem Umsatz von 50 Mill. DM ein „ausgeglichenes" Ergebnis und für 1985 eine „nicht uninteressante Dividende" anzukündigen. Bereits im Dezember 1984 aber wurde deutlich, daß auch diese Versprechungen „heiße Luft" waren. Bei einem Umsatz von rund 39 Mill. DM zeichnete sich ein „erheblicher Fehlbetrag" ab, der dann nur einen Monat später auf rund 6 Mill. DM beziffert wurde. Damit war das gesamte Eigenkapital von 9,2 Mill. DM zu mehr als der Hälfte verloren. Die Bankkredite wurden auf 20 Mill. DM beziffert.

Von Untergangsstimmung wollte der Vorstand auch jetzt noch nichts wissen: Es gebe mehrere Interessenten, so hieß es in einem Aktionärsbrief Januar 1985, die bei Tewidata einsteigen wollten. Doch auch diese letzte Hoffnung erwies sich ebenso als leeres Versprechen wie die Ankündigung der neuesten Unternehmensinformation zur bevorstehenden Hannover-Messe: „Tewidata ist auf dem Weg, ein unabhängiger Systemhersteller in Deutschland zu werden."

ITALIEN / Der neue Drei-Jahres-Plan zur Sanierung des Staatskonzerns Finsider ist wohl nicht einzuhalten

Die Stahlindustrie bleibt noch in roten Zahlen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung muß im Rahmen der kürzlich von den EG-Partnern getroffenen Stahlvereinbarung der Brüsseler Kommission bis Mitte Mai den neuen Finanzierungsplan für die Stahlindustrie vorlegen. Der Dreijahres-Sanierungsplan (1985–87) des staatlichen Stahlkonzerns Finsider sieht den Bilanzausgleich im Jahre 1986 vor, ein Jahr später als der vorangegangene Plan. Schon droht aber auch dieses Ziel über den Haufen geworfen zu werden, nachdem in den ersten Monaten dieses Jahres Finsider ein Viertel mehr Verluste einfuhr als erwartet. Experten fürchten aus diesem Grunde, daß es schwerlich gelingen dürfte, den Verlust des Gesamtjahres wie geplant auf 628 Mrd. Lire (rund 1,1 Mrd. DM) zu begrenzen.

Mehr als ursprünglich vorgesehen, nämlich 1476 statt 1200 Mrd. Lire, verlor der staatliche Finsider-Konzern auch schon 1984, wenngleich immerhin 619 Mrd. Lire weniger als im Vorjahr. Damit wurden in den letzten fünf Jahren die Sanierungsziele regelmäßig verpaßt. Meist wurden dafür die Marktverhältnisse verantwortlich gemacht, die sich nicht so entwickelt hätten, wie es die Finsider-Strategen gerne gesehen hätten. Ziemlich daneben geraten sind bisher auch die Prognosen des neuesten Finsider-Plans. Unter anderem ging dieser von einem Lira-Dollar-Kurs von 1820 Lire aus, während der US-Dollar seit Monaten schon bei über 2000 Lire notiert. Allein dadurch sind auf der Rohstoffseite Kosten entstanden, die weit über den Erwartungen liegen.

Der Dreijahres-Sanierungsplan wird in Expertenkreisen der italienischen Regierung mittlerweile zumindest teilweise als korrekturbedürftig angesehen, weil inzwischen für die ganze Dauer dieses Jahres eine für Italien weiter ungünstige Scherenbewegung zwischen D-Mark und US-Dollar als wahrscheinlich gilt.

Nicht nur die Wechselkursentwicklung und die weiter hohe Inflationsdifferenz gegenüber der deutschen Konkurrenz verursachen bei italienischen Stahlfachleuten Sorgen. Mit Besorgnis wird auch die Stahlkonjunktur selber beobachtet, die neuerdings gegenüber dem Vorjahr ein wesentlich schwächeres Absatzwachstum erwarten läßt. Unter diesen Umständen riskiert Finsider, daß sich die EG-Kommission die Forderungen unter anderem der deutschen Stahlindustrie zu eigen macht und von Italien über die bereits erfolgten Stillegungen hinaus noch den Abbau von weiteren 0,8 Mill. Tonnen Kapazität verlangt. Die italienische Stahlindustrie hat bis auf einen kleinen Rest von 0,1 Mill. Tonnen bereits alle 5,8 Mill. Tonnen der im Jahre 1983 bestandenen Kapazität von 36 Mill. Tonnen abgebaut. Davon entfielen 3,8 Mill. Tonnen auf Finsider und der Rest auf die privaten Stahlwerke.

Den zusätzlichen Kapazitätsabbau könnte die EG-Kommission als Gegenleistung fordern, wenn Rom auf seinem Antrag auf eine zusätzliche Finanzierung von beinahe 3000 Mrd. Lire beharren sollte. Auch dann steht aber noch nicht fest, ob Finsider den erstrebten Bilanzausgleich bis 1986 erreichen wird. Noch immer schwach ist die Finanzstruktur des Konzerns.

Keineswegs sorgenfrei sind auch die privaten Elektrostahlwerke, die an der gesamten Stahlkapazität Italiens mit etwa der Hälfte (16 von 32 Mill. Tonnen) beteiligt sind und im vergangenen Jahr mit 13 Mill. Tonnen ungefähr ebensoviel produzierten wie der staatliche Finsider-Konzern. Große finanzielle Probleme verursacht in diesem Fall nicht nur die Marktlage, sondern auch die Schrottverknappung. Da diese Betriebe zum größten Teil ihren Bedarf (im vergangenen Jahr 8 von insgesamt 15 Mill. Tonnen) durch Einfuhren decken, viele EG-Hersteller und -Händler angesichts des Höhenflugs des US-Dollars aber ihre Drittländer-Schrottexporte gesteigert haben, begegnen sie seit mehr als einem Jahr großen Versorgungsschwierigkeiten.

HANDWERKER

Viele zahlen schon schleppend

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eine „merkliche Verschlechterung" des traditionell besser als in der übrigen Wirtschaft praktizierten Zahlungsverhaltens konstatiert der Neusser Verband der Vereine Creditreform in diesem Frühjahr beim deutschen Handwerk. Nach der jüngsten Untersuchung dieser größten deutschen Wirtschaftsauskunftei hat sich innerhalb von Jahersfrist die Quote der nur noch schleppend zahlenden Handwerksbetriebe auf 12,1 (10,9) Prozent erhöht, die der schlechten Zahler auf 6,3 (2,7) Prozent. Nur einen der Hauptgründe dafür sieht Creditreform darin, daß mittlerweile „kaum ein Kunde" seinen Handwerker noch innerhalb der vereinbarten Fristen bezahle; besonders schlimm sei in diesem Zusammenhang das Zahlungsverhalten öffentlicher Auftraggeber.

Praktisch keinerlei konjunkturfördernde Impulse entdeckt Creditreform andererseits auch 1985 für das Gros der Handwerksbetriebe. Die Hälfte aller mit bundesweiter Aktion von der Auskunftei befragten Betriebe erwarte für 1985 nur Umsatzstagnation, ein Drittel sogar Umsatzrückgang.

Dies vor allem wegen der starken Verflechtung zwischen Handwerk und der auf Talfahrt befindlichen Bauwirtschaft. Mit Umsatzsteigerungen rechnen dagegen nur auf den privaten Verbrauch ausgerichtete Handwerkssparten wie Textil, Bekleidung, Nahrungsmittel und Körperpflege.

„Seit langem unbefriedigend" nennt Creditreform die Ertragslage im Handwerk. Die Preis- und Konkurrenzlage erlaube „momentan" durchweg keine Überwälzung von Kostensteigerungen. So werde nur von drei Prozent der befragten Handwerksunternehmen 1985 eine Ertragsbesserung erwartet, dagegen rechnen 56 Prozent mit einer weiteren Ertragsverschlechterung. Dementsprechend sinke die Investitionsneigung im Handwerk nun noch unter das magere Niveau des Rezessionsjahres 1983.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

22 Prozent plus Bonus

München (VWD) – Die Hegener + Glaser AG, München, zahlt für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von 22 Prozent plus 2 Prozent Bonus. Dies geht aus der Einladung zur Hauptversammlung am 23. Mai hervor. Der Bilanzgewinn beträgt 1,32 Mill. DM. Das Jahresergebnis vor Steuern stieg um 38,6 Prozent auf 3,2 Mill. DM.

Verpacker-Kummer

Düsseldorf (J. G.) – Eine „außerordentliche" Exportsteigerung attestiert der Bundesverband Stahlblechverpackungen in Hagen der wichtigsten Kundschaft seiner Verbandsmitglieder, der Chemieindustrie, für 1984. Dies mit dem kummervollen Kommentar, daß diese Emballagen-Branche davon nur wenig abbekommen habe, mit Plusraten von nur 4,4 Prozent auf 11,3 Mill. Fässer und von 1,6 Prozent im Wertumsatz. Auch im 1. Quartal 1985 seien die Hersteller im Konjunkturschatten geblieben, dies zumal beim Ertrag und hier vor allem wegen anhaltend starker Kostensteigerungen beim Stahlblecheinkauf seit Mitte 1984, die sich im ersten Quartal 1985 noch beschleunigten. Die „mit behördlicher Unterstützung betriebene" Ertragsstärkung der Stahlindustrie gehe eindeutig zu Lasten der zumeist mittelständischen Verarbeiter, resümiert der Verband.

Mehr größere Instrumente

Braunschweig (dos) – Mit einer gegenüber dem Vorjahr günstigeren Ertragsentwicklung rechnet die Pianofortefabrik Grotrian-Steinweg GmbH & Co. KG, Braunschweig, für das Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.). Die Ursache sieht die Geschäftsführung in dem anhaltenden Trend zu hochwertigen und größeren Modellen. Im Kalenderjahr 1984 hat Grotrian-Steinweg die Zahl der abgesetzten Flügel um 20 auf 278 Instrumente erhöht, während bei Klavieren ein Rückgang um 50 auf 1205 hingenommen werden mußte. Das Familienunternehmen, das 1985 das 150jährige Bestehen feiert, beurteilt die wirtschaftlichen Ergebnisse als durchaus zufriedenstellend. Der Umsatz sei um 7,3 Prozent auf 15,3 Mill. DM gestiegen.

Kapital erhöht

Frankfurt (cd.) – Die von der japanischen Sumitomo-Bank beherrschte schweizerische Gotthard Bank erhöht ihr Aktienkapital auf 88 (80) Mill. sfr und ihr Partizipationsscheinkapital auf 24,75 (22,5) Mill. sfr zum Kurs von 207 sfr je Titel. Aus dem um 7,4 Prozent auf 29 Mill. sfr gestiegenen Reingewinn, der nach 36,3 Mill. sfr vorsorglichen Abschreibungen und Rückstellungen sowie 6 Mill. sfr interner Reservendotierung aus dem Veräußerungserlös einer Beteiligung verbleibt, werden unverändert 14 sfr Dividende pro Aktie und Partizipationsschein ausgeschüttet und 16 (13) Mill. sfr in die offenen Reserven gesteckt. Die Bilanzsumme wuchs um 10,9 Prozent auf 4,1 Mrd. sfr.

Stoll kommt voran

Stuttgart (nl) – Der Sitzmöbel-Hersteller Christof Stoll GmbH & Co. KG, (Marke „Sedus"), Waldshut, verbuchte in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) einen Umsatzanstieg von 20 Prozent. Für das ganze Jahr wird mit einem Umsatz von 76 bis 80 Mill. DM gerechnet.

SEBAPHARMA / Weiter zweistelliges Umsatzplus

Auf Turbulenzen vorbereitet

JOACHIM WEBER, Boppard

„In unseren Markt versuchen jetzt alle möglichen, auch kleinere, Unternehmen vorzudringen", beobachtet Heinz Maurer, Inhaber der Sebapharma GmbH & Co. KG, Boppard. Nachdem er sich bis Anfang der 80er Jahre fast eineinhalb Jahrzehnte lang ohne wesentliche Konkurrenz im Markt für Syndets (seifenfreie Hautreinigungsmittel) bewegt und ihn zu einem wesentlichen Teil selbst aufgebaut hatte.

Rund 30 Wettbewerber zählt der Unternehmensgründer heute. Das ist kein Wunder: Während der Markt für Hautreinigungs- und Pflegemittel insgesamt die Zeiten des steilen Wachstums hinter sich hat – 1984 kam er auf ein Plus von 4,6 Prozent –, kommen die Syndet auf gute zweistellige Zuwachsraten. Sebapharma steigerte den Umsatz im vergangenen Jahr um knapp 18 Prozent auf 81 Mill. DM; 1985 sind 91 Mill. DM geplant.

Der Zuwachs ist durchaus repräsentativ: Noch hält der Bopparder Pionier mehr als 60 Prozent des Marktvolumens im Inland. Die Bemühungen der Konkurrenz (darunter auch Großkonzerne) beobachtet Maurer mit Selbstbewußtsein („Der Syndet-Markt wird an uns gemessen"), aber doch sehr aufmerksam.

Der Vorsprung, quasi einen Gattungsbegriff geprägt zu haben, läßt sich ohne Einsatz nicht auf Dauer halten, das weiß er. Und einige der Newcomer haben wenig Hemmungen, sich ans Markenimage (bis hin zur Verpackungsgestaltung) von Sebamed „anzulehnen".

Die Strategie für noch härtere Kämpfe um den Markt sind schon eingeleitet. Zum einen hat das Unternehmen seinen Export beachtlich ausgeweitet, von etwa zehn Prozent im Jahre 1982 auf 20 Prozent im vergangenen Jahr. In 47 Ländern seien die Hautpflegeprodukte – zwei kleinere Gesellschaften der Gruppe produzieren noch Tonika und Medikamente – inzwischen im Handel, wird stolz vermerkt. Und: „Da sind noch weitere große Märkte."

Zweiter Ansatzpunkt der Strategie soll der behutsame Aufbau einer eigenen Produktion sein; bislang werden die Syndet-Produkte nach genauen Vorgaben und unter strenger Kontrolle fremdgefertigt. Doch: „Es wird in Zukunft zweifellos auch zum Preiskampf kommen. Dann müssen wir auch die Produktionskosten sehr hart im Griff haben", prophezeit Maurer.

Im Vertrieb, der traditionell überwiegend über Generalvertretungen lief, hat sich das Unternehmen schon weitgehend auf eigene Beine gestellt. Die eigene Verkaufsmannschaft zählt 40 Personen, ein beachtlicher Teil der 160 (148) Mitarbeiter. Weil die bisherige Hauptverwaltung – eine hübsche Villa am Rheinufer – allmählich doch zu eng wird, soll zum Jahresende ein neues Gebäude im benachbarten Bad Salzig bezogen werden. Seine Fertigstellung wird das Investitionsbudget 1985 auf sieben (drei) Mill. DM hochtreiben.

VAG Kredit Bank kaum gewachsen

dos. Braunschweig

Die VAG Kredit Bank GmbH, Braunschweig, eine Tochter der Volkswagenwerk AG, hat 1984 erheblich unter den streikbedingten Produktions- und Absatzeinbußen der Muttergesellschaft gelitten. Die Finanzierungsumsätze, die 1983 noch um 22,5 Prozent auf 18,3 Mrd. DM gestiegen waren, erreichten nach Angaben von VW im Berichtsjahr nur 18,4 Mrd. DM. Der Umsatz der Bank ergibt sich aus der Finanzierung des Einkaufs neuer VW- und Audi-Modelle für VAG-Partner, des Verkaufs von Neu- und Gebrauchtwagen sowie der Durchführung von Reparaturen.

Die Bilanzsumme des Instituts, dessen Stammkapital im Berichtsjahr auf 300 (207,5) Mill. DM erhöht wurde, blieb mit rund 2,5 Mrd. DM nahezu konstant. Die Forderungen an Kunden werden mit 2,45 Mrd. DM ausgewiesen. Zum Ergebnis werden keine Angaben gemacht. Nach Angaben eines Sprechers dürften aber im Vergleich zum Vorjahr, als 10,73 Mill. DM an VW abgeführt wurden, keine wesentlichen Änderungen erfolgt sein.

GROSSBRITANNIEN / Deutsche Führungskräfte verdienen rund 30 Prozent mehr

Die britischen Manager holen auf

GÜNTER H. KESEBERG, Bonn

Trotz fast einjährigem Kohlestreik und Konflikten in der Automobilindustrie sehen die Aussichten für die britische Wirtschaft nicht schlecht aus. Der verhaltene Optimismus hat sich auch in den Gehaltssteigerungen der britischen Manager 1984 deutlich bemerkbar gemacht. Die durchschnittlichen Steigerungen betrugen bei den Gesamtgehältern fast neun Prozent. Damit legen die Briten wie im Vorjahr (9,4 Prozent) wiederum etliche Prozentpunkte mehr zu als ihre deutschen Kollegen. Das Ergebnis des von der Kienbaum Vergütungsberatung durchgeführten Vergleichs zeigt jedoch auch den immer noch deutlichen Vorsprung der deutschen Manager.

Erhält in einem Unternehmen mit 150 Mill. DM Umsatz ein britischer Manager 159 000 DM Jahresgesamtgehalt einschließlich eventueller Tantieme, so bringt es ein deutscher Geschäftsführer in der gleichen Umsatzgröße auf durchschnittlich 257 000 DM Jahresgesamtbezüge. Ähnlich verhält es sich auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter. Verdient ein britischer Vertriebsleiter umgerechnet 99 000 DM im Jahr, so trägt sein deutscher Kollege 126 000 DM nach Hause. Umfaßt das Jahresgesamtgehalt eines Produktionsleiters in Großbritannien 80 000 DM, so liegt der deutsche Produktionsleiter fast 38 Prozent höher (110 000 DM). Beim Vergleich der Nettoeinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben schneiden die britischen Manager etwas besser ab.

Auch bei den Tantiemezahlungen haben sowohl bei den Empfängern (38 Prozent aller Manager) als auch bei der Höhe (12 Prozent vom Jahresgehalt) die englischen Manager das Nachsehen. Die Vergleichszahlen für die Bundesrepublik lauten hier: Knapp 60 Prozent aller Manager erhalten eine Erfolgsbeteiligung von durchschnittlich 16 Prozent ihrer Jahresgesamtbezüge.

Beim Vergleich der „Fringe Benefits" kamen die Kienbaumexperten zu Ergebnissen, welche die Unterschiede deutlich machen. Die Briten werden zwar bei der Stellung des Dienstwagens besser bedacht, haben aber bei der Altersversorgung und beim Jahresurlaub weniger Glück. Während in Großbritannien 24 Prozent der Manager eine betriebliche Altersversorgung erhalten, sind es in der Bundesrepublik fast 90 Prozent. 77 Prozent der britischen Firmen stellen ihren leitenden Angestellten einen Firmenwagen, in der Bundesrepublik sind es „nur" 36 Prozent.

Mit 25 Tagen Jahresurlaub hat der britische Manager durchschnittlich eine Woche weniger Zeit für seine Erholung als sein deutscher Kollege, welcher im Durchschnitt 30 Tage Jahresurlaub erhält. Als Resümee des von Kienbaum durchgeführten Vergleichs bleibt zu bemerken: Der Vergütungsrückstand der britischen Manager ist mit rund 30 Prozent zwar beträchtlich, hat sich aber in den letzten Jahren beständig verringert.

Miele stärkt Eigenkapitalbasis

dos. Gütersloh

Die Miele Cie. GmbH & Co, Gütersloh, einer der führenden Haushaltsgeräte-Hersteller, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) die Eigenkapitalbasis weiter gestärkt. Wie aus der jetzt veröffentlichten Konzernbilanz hervorgeht, ist das Eigenkapital um 15,4 Mill. DM auf 241,2 Mill. DM aufgestockt worden. Einschließlich der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (253 Mill. DM) wird ein Anteil an der Bilanzsumme (881 Mill. DM) von rund 56 Prozent erreicht.

Der Konzernumsatz blieb mit 1,77 Mrd. DM nur auf Vorjahreshöhe. Beträchtlichen Einbußen im Auslandsgeschäft steht eine Steigerung im Inland um 0,6 Prozent auf 1,45 Mrd. DM gegenüber. Die Investitionen erreichten bei der Obergesellschaft 76,6 Mill. DM; ihnen stehen Abschreibungen von 80,4 Mill. DM gegenüber. Innerhalb der Gruppe beschäftigte Miele mit knapp 11 200 Mitarbeitern rund 150 weniger als im Vorjahr. In der Bilanz steht das Anlagevermögen mit 408 (415) Mill. DM zu Buche, das entspricht 46 Prozent der Bilanzsumme.

Standardaktien deutlich fester

Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für einen Kursschub

DW. – Nach Beendigung der Osterpause nahmen ausländische Anleger ihre Käufe wieder auf. Die Kaufaufträge kamen vorwiegend aus New York, London und Zürich. Dabei standen im Vordergrund wieder die Spitzenpapiere der Großchemie, aber auch Siemens, wo der Kursanstieg jedoch durch Tauschoperationen gebremst wurde. Auf der Kaufliste der Ausländer standen ferner die Aktien der Deutschen Bank, wo der Kurs knapp zehn Mark fester lag, während die meisten anderen Bankaktien geringere Tagesgewinne erzielten.

Die Kurse von Bayer, BASF und Hoechst zogen nahezu gleichmäßig unter hohen Umsätzen um drei bis 3,50 DM an. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Beiersdorf (plus 13), wo ebenfalls Auslandskäufe vermutet werden. Von der Kaufwelle profitierten am Rande auch die Autoaktien. Dabei erfreuten sich VW-Aktien einer besonderen Aufmerksamkeit, die auf Gerüchte zurückgeführt wird, wonach das Volkswagenwerk nun doch für 1984 eine Dividende zu zahlen gedenkt. Kaum Bewegung, teilweise sogar rückläufige Notierungen gab es bei den Maschinenbauaktien, für die bisher das Interesse der Ausländer nicht geweckt werden konnte. Geringe Veränderungen auch bei den Versicherungsaktien, die ebenfalls außerhalb der ausländischen Anlagewünsche liegen. Wegen des Konkursantrages blieb der Handel in Tewidata-Aktien weiterhin ausgesetzt.

Frankfurt: ADT sanken um 3,80 DM, Chemieverwaltung gaben um 16 DM nach und Lahmeyer sanken um 9 DM. KSB-Vz. erhöhten sich um 5 DM, MAB zogen um 12 DM an und VDM konnten sich um 9,80 DM verbessern.

Düsseldorf: Audi NSU wurden um 28 DM höher taxiert, Bilfinger zogen um 6 DM an und Leffers stiegen um 4 DM. Heinrich Lehmann büßten 5 DM ein, Keramag gaben um 5 DM nach und Kromschröder sanken um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf gingen zu 515 DM plus 11 DM aus dem Markt. Haller Meurer wurden mit 169,90 DM plus 4,90 DM gehandelt. HEW waren bei 96 DM minus 1 DM leichter, während NWK Vz. mit 171 DM bus 172 DM plus 2 DM bezahlt wurden.

Berlin: Bergmann konnten 5 DM zulegen. Berliner Bank und Herlitz Vz. verbesserten sich um je 1,50 DM, Berliner Elektro und Rheinmetall um je 1 DM. Detewe lagen um 3 DM und Schering um 2 DM leichter.

München: Etienne Aigner erhöhten sich um 2 DM, Audi AG befestigten sich um 25 DM und Dywidag zogen um 4 DM an. Agrob St. verminderten sich um 6 DM und Grünzweig sanken um 3 DM.

Stuttgart: Hohner stocketen um 2,50 DM auf, Daimler kletterten um 6,50 DM und Mercedes um 3 DM. Fuchs waren um 2,50 Dm und Aesculap um 8 DM nachgebend. Stuttgarter Hofbräu Stammaktien büßten 4 DM ein.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 177,1 (175,9)
WELT-Umsatzindex: 3110 (2750)

Optionshandel

Frankfurt: 10. 04. 85
1881 Optionen = 96 500 (71 150) Aktien,
davon 235 Verkaufsoptionen = 12 500 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-120/3,5, 10-110/10,5, 10-120/4,8, 10-130/2,8, 1-110/14,6, 1-120/7, BASF 7-96/5, 7-169,65/38, 7-180/29, 7-189,65/24, 7-190/25, 7-200/15,6, 7-210/9,5, 7-220/3, 7-240/1,75, 10-230/12,6, Bayer 7-190/28, 7-200/18, 7-210/14, 7-220/8,5, 7-230/5, 7-240/3, 10-210/22, 10-220/14, 10-230/10, 10-240/9,5, 10-250/7,5, 10-280/4, BHF 7-380/8, Bay. Hypo 10-350/10, Bekula 10-95/5, Commerzbk. 7-170/5,6, 7-180/3,4, 7-190/2,2, 10-170/10, 10-200/3,3, 1-180/10, 1-190/6,4, Conti 7-140/7,6, 7-150/3,5, 10-140/11,6, 10-160/6,45, 10-170/3,5, Daimler 7-700/17, Dt. Babcock St. 10-180/7,5, 10-190/6,4, Deutsche Bk. 7-410/40, 7-420/32, 7-440/19,8, 7-450/12, 10-470/16, 10-480/13,4, 1-500/15, Dresdner Bk. 7-200/5,9, 10-200/10, 10-210/6,8, 10-220/3,5, 1-230/4, GHH St. 10-180/5,5, Hoechst 7-190/25, 7-200/17, 7-210/13, 7-220/7, 7-230/4,2, 7-240/3, 10-210/19, Hoesch 7-110/6,1, 7-120/3,9, 10-110/13,4, 10-120/7, 10-130/4, 10-140/3, 1-120/11, 1-140/4, Karstadt 7-220/7,7, 10-230/13, 1-230/8,7, Klöckner 7-70/8,5, 7-80/2,85, 10-75/6,35, 10-80/4, 10-85/3,35, 1-75/10,6, 1-95/2, Lufthansa Vz. 7-200/7, MAN 7-160/7, Mannesmann 7-150/21,8, 7-170/6,2, 7-180/2,9, 10-160/17,6, 10-170/11, 10-180/7, 10-190/4, 1-190/6, Preussag 7-290/5,6, Kali + Salz 10-280/18, 10-300/5, 1-300/3,5, Siemens 7-530-35, 7-540/29, 7-563,3/11,8, 7-570/9,2, 7-580/8, 7-590/5, 10-540/51,25, 10-543/3/50, 10-553,3/36,8, 1-560/50,25, 1-600/20, 1-630/4,4, Thyssen 7-85/20, 7-100/7, 7-120/2,6, 10-100/11,5, 10-110/6,7, 1-110/9, 1-120/5,7, Varta 7-190/7, Veba 7-180/8, 7-190/7, 10-170/20, VEW 10-120/10,6, VW 7-190/28, 7-200/25, 7-210/17, 7-220/11,5, 7-240/5,6, 7-250/3,7, 10-210/20,65, 10-220/18,5, 1-350/5,5, 1-360/9,2, 1-370/11,5, Alcan 10-95/4,5, Chrysler 7-110/6,6, 7-120/3, IBM 7-450/5, 10-480/6,4, Norsk Hydro 7-40/1,9, 10-35/7,4, 10-40/3,6, 1-40/4, Philips 7-50/4,6, 7-55/2,4, 10-55/4,2, 1-55/5, Sperry 7-170/8, Xerox 7-140/7,6, 10-150/5,5, *Verkaufsoptionen:* AEG 10-95/1,1, 10-100/2,1, 10-110/4,5, BASF 7-200/2,9, 10-200/3,5, 10-210/9, 1-200/4, Bayer 7-210/4, 10-210/6,5, 1-210/12, BMW 10-410/4, 1-360/9, Commerzbk. 7-170/6,5, 10-160/2,9, Conti 7-130/1,3, 7-140/4,7, 10-140/6, 1-130/3,9, 1-140/7,5, Daimler 7-680/12, Deutsche Bk. 7-440/13, 10-420/7, 10-430/10, 1-400/5,3, Harpener 7-320/5, 10-310/2,7, 1-310/3,8, Hoesch 7-110/2,7, Lufthansa St. 10-190/5, Mannesmann 7-150/1,05, Schering 7-450/8, Siemens 7-540/11, 10-490/2, 10-500/3,6, 10-520/11,5, 1-500/6,4, 1-510/11,4, Thyssen 7-100/2,5, 1-100/5, Veba 1-180/3, VW 7-190/24,8, 7-200/15,5, 7-210/11, 7-220/6, 7-230/4, 10-200/3,5, Chrysler 7-110/4, 10-100/4, General Motors 7-220/8,5, 10-200/7, IBM 7-400/10, 7-420/27, Litton 7-220/11, 10-190/4,4, Unilever 10-290/7,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝– 8⅞	5⅝–5⅞	5¼–5½
3 Monate	8⅞– 9⅛	5⅞–6⅛	5½–5¾
6 Monate	9¼– 9½	6 –6¼	5½–5¾
12 Monate	9¾–10¼	6¼–6½	5⅝–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1778,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,75
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	233,50	298,99
1 £ Sovereign Elizabeth II.	232,50	287,85
20 belgische Franken	180,25	233,99
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1033,75	1218,38
Maple Leaf	1033,75	1218,38
Platin Noble Man	915,00	1083,00

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,75	312,08
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,50	237,89
20 franz. Franken „Napoleon"	182,50	236,55
100 österr. Kronen (Neuprägung)	854,75	1152,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	180,00	239,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	89,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,50	540,93
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,75	142,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10. 4. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	3,1378	3,1458	3,1196	3,08	3,18
London¹)	3,793	3,807	3,726	3,73	3,88
Dublin¹)	3,125	3,139	3,073	3,05	3,20
Montreal²)	2,2835	2,2915	2,2653	2,24	2,34
Amsterd.	88,395	88,615	88,37	87,75	89,75
Zürich	118,030	118,220	118,18	117,00	119,75
Brüssel	4,959	4,979	4,919	4,85	5,08
Paris	32,690	32,850	32,365	32,10	33,65
Kopenh.	27,870	27,990	27,67	27,25	29,00
Oslo	34,675	34,795	34,13	33,75	35,50
Stockh.**)	34,480	34,640	33,91	33,50	35,25
Mailand³) **)	1,562	1,572	1,537	1,53	1,63
Wien	14,214	14,254	14,191	14,13	14,35
Madrid**)	1,783	1,793	1,759	1,74	1,86
Lissabon**)	1,772	1,792	1,685	1,43	2,25
Tokio	1,2330	1,2360	–	1,20	1,26
Helsinki	47,850	48,050	47,14	46,75	48,75
Buen. Air	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,272	2,326	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,09	2,109	–	2,03	2,13
Johannesbg.*)	1,579	1,595	–	1,40	1,66

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Im Vordergrund der heutigen Nachrichten standen Äußerungen des amerikanischen Notenbankchefs, die für eine freundliche US-Geldmenge sorgten und auf den Dollar-Kurs drückten. Bei merklich niedrigeren Umsätzen gab der US-Dollar am 10. 4. amtlich auf 3,1418 nach. Die höchsten Tagesumsätze wurden bei 3,1550 registriert. Neue Trends können sich nach Ansicht vieler Marktteilnehmer aus der morgigen Veröffentlichung der US-Einzelhandelsumsätze und der Geldmenge ergeben. In dem ruhigen Markt überwogen bei den anderen amtlich notierten Währungen geringe Kursveränderungen. US-*Dollar in: Amsterdam* 3,5505; Brüssel 63,27; Paris 9,5920; Mailand 2005,00; Wien 22,0980; Zürich 2,6598; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,2095; Pfund/DM 3,800.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 10 April: In D-Mark 2,23393 (Parität 2,24184); in Dollar 0,710876 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 10. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75; Verkauf 22,75 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt kam es am 10. April zu nochmals leicht rückläufigen Dollar-Zinsen, die Terminabschläge notierten vermindert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,85/0,75	2,36/2,26	5,05/4,85
Pfund/Dollar	0,45/0,43	1,19/1,15	1,79/1,74
Pfund/DM	3,10/1,70	7,20/5,80	12,2/10,8
FF/DM	21/5	47/31	89/73

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 4.: Tagesgeld 5,80–5,90 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 10. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,87) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,20, Rendite 7,20.

SACILOR

Geringerer Verlust

J. Sch. Paris

Frankreichs größter Stahlkonzern, die verstaatlichte Sacilor, hat sein Geschäftsjahr 1984 ohne Rückstellungen mit einem Verlust von 3,6 Mrd. Franc (rund 1,2 Mrd. DM) abgeschlossen. Das waren 1 Mrd. Franc weniger als 1983. Auch wurde der bisherige Voranschlag (minus 4 Mrd. Franc) unterschritten. Die Betriebsrechnung weist sogar einen Bruttoüberschuß von 287 Mill. Franc aus, nach einem Passivsaldo von 541 Mill. Franc im Vorjahr.

Rote Zahlen entstanden vor allem im Edelstahlbereich und bei den Profilstahlprodukten, deren Werke im letzten Jahr mit denen von Usinor, dem anderen verstaatlichten Stahlkonzern, zusammengelegt worden waren. Die gemeinsamen Tochtergesellschaften Ascométal (Edelstahl) und Unimétal (Profilstahl) verbuchten 0,9 und 2,5 Mrd. Franc Verluste.

Für dieses Jahr erwartet Sacilor-Präsident Claude Dollé einen Verlust von 2,2 Mrd. Franc. Das finanzielle Gleichgewicht des Konzerns soll bis 1987 hergestellt werden. Dabei sind die sozialen Kosten der Umstrukturierung (etwa Umschulungsurlaube) nicht berücksichtigt. In dem vor einem Jahr von der Regierung beschlossenen Stahlsanierungsplan wurden dafür bis 1987 für Sacilor 4,5 Mrd. Franc vorgesehen. Die gesamten Staatshilfen einschließlich der Kapitaldotationen dürften sich für diese Zeitspanne auf 40 Mrd. Franc belaufen.

LBS Karlsruhe Plus im Neugeschäft

nl. Stuttgart

Die Badische Landesbausparkasse, Karlsruhe, blickt nach eigenen Angaben dem laufenden Jahr 1985 mit verhaltenem Optimismus entgegen. In 1984 hat das Institut – so ihr Vorstandsvorsitzender Herbert Beeck – „ein verhältnismäßig gutes Ergebnis" erzielt. Neu abgeschlossen wurden 55 578 (52 939) Verträge mit Bausparsummen von 1,80 (1,78) Mrd. DM. Die Zuwachsraten von 5 Prozent bei der Stückzahl und 1,3 Prozent bei den Summen liegen über dem Durchschnitt der Landesbausparkassen von plus 0,2 und minus 4,4 Prozent.

Der Anteil jugendlicher Bausparer (bis 25 Jahre) am Neugeschäft vergrößerte sich auf 24,4 (21,8) Prozent. Der gesamte Geldeingang blieb mit 1,10 Mrd. DM um ein Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Spargelder nahmen dabei um 4,1 Prozent auf 543 Mill. DM ab. Ausgezahlt wurden insgesamt 1,15 Mrd DM (plus 9,2 Prozent). Die Wartezeiten bis zur Zuteilung seien nunmehr seit drei Jahren stabil. Das Institut verwaltete am Jahresende einen Bestand über 19,3 (18,7) Mrd. DM Bausparsumme.

NAMEN

Joachim Hentze, Geschäftsführer und Chefredakteur der Bayerischen Wirtschaft (IBW), München, feierte am 8. April seinen 65. Geburtstag.

Hans-Dieter Altmann, Nordamerika-Direktor der Deutschen Lufthansa AG, New York, vollendet am 12. April sein 60. Lebensjahr.

Michel Sudbrack (36) wurde als Nachfolger des zum Jahresende ausscheidenden **Dr. Günther Wilke**, mit Wirkung vom 1. April zum Vorstand der Hanse-Merkur und Braunschweigischen Lebensversicherung AG bestellt. Gleichzeitig wurde **Detlef Jahrke** (42) als Nachfolger des zum Jahresende ausscheidenden **Hans-Joachim Weber** zum Vorstand der Hanse-Merkur Reiseversicherung AG berufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: REBEK Fassadenanstrich GmbH, Dinkelsbühl; **Bad Iburg:** Andreas Strey, Hagen am TW; **Bielefeld:** Johannes-Matthias Diekmann KG; **Bochum:** Köller u. Vogt GmbH; **Brilon:** Kloke Verwaltungs GmbH, Marsberg; Anton Kloke GmbH & Co. KG, Marsberg; **Düren:** GS-Heizungsmontagen GmbH; **Düsseldorf:** Both GmbH; **Elmshorn:** Klaus Andreesen, Barmstedt; **Hamburg:** Helmut Werner Döhring; Nachl. d. Siegmar Erich Springer; W. Hartig Ges. mbH; **Hamm:** Heinz Fabri KG, Holzwickede; **Herborn:** Spedition u. Fachberatung f. Logistik GmbH, Driedorf-Roth; **Kempten:** Walter Kuczera; **Köln:** Alfred H. Grueter, Siegburg; **Lüdenscheid:** Artur Weber KG, Lüdenscheid-Brügge; **Mainz:** Jacob Christ GmbH; Glas-Müller GmbH u. Co. KG; **Ravensburg:** ALLSTRA Dübgos u. Ebert GmbH, Isny i. Allgäu; **Stuttgart:** Rolf Bay GmbH, Technische Akustik, Aidlingen; **Traunstein:** Rudolf Josef Hennes, Kaufmann, Lauter; **Trier:** Brücker GmbH, Hermeskeil; Nachl. d. Norbert Wagner; **Verden:** Höing u. Co. GmbH; **Weißenburg:** Rudolf Aurnhammer, Omnibusunternehmer, Treuchtlingen; **Wiesbaden:** Baierlein Handelsges. mbH, Wiesbaden-Delkenheim; Glas-Müller GmbH & Co. KG.

Anschlußkonkurs eröffnet: Beckum: Möbel-Taumland Verwaltungs-GmbH, Ahlen; Möbel-Taumland GmbH & Co. KG, Ahlen; **Biberach:** Eduard Thein, Gärtnermeister, Altheim; **Rheine:** Theodor Fricke GmbH & Co., Greven; **Ulm:** Müller GmbH, Illerrieden.

Vergleich beantragt: Oldenburg: Manfred Schallenberg, Bauunternehmen GmbH, Sandkrug; **Saarbrücken:** Johann Becker GmbH, Saarbrücken-Gersweiler.

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend leicht befestigen konnten sich Kaffee und Kakao.

Die Schlußkurse der Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (28. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9. 4	4. 4.
Mai	368,00	370,50
Juli	338,25	341,00
Sept.	338,00	339,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	9. 4.	4. 4.
St. Lawrence 1 CW	247,04	244,64
Amber Durum	240,49	240,19
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	133,10	133,10
Juli	137,00	137,00
Okt.	141,20	141,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	134,90	135,10
Juli	132,20	132,50
Okt.	124,00	124,00
Hafer Chicago (c/bush)	9. 4.	4. 4.
Mai	167,75	169,25
Juli	163,75	165,25
Sept.	161,00	162,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	282,75	283,75
Juli	284,25	284,50
Sept.	274,00	275,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 4.	4. 4.
Mai	141,50	141,10
Juli	135,50	135,90
Okt.	125,50	125,30

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Terminkontr. Mai	143,25	143,60
Juli	142,65	143,20
Sept.	141,95	142,30
Kakao		
New York ($/t)	10. 4.	9. 4.
Terminkontr. Mai	2370	2380
Juli	2175	2184
Sept.	2150	2160
Umsatz	3323	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,70	3,78
Juli	3,87	3,93
Sept.	4,02	4,07
Okt.	4,13	4,21
Mai	4,57	4,67
Umsatz	9024	2000
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9. 4. 3,87	4. 4. 3,64
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	9. 4.	1. 4.
Kontrakt Mai	2170–2173	2198–2203
Juli	2214–2215	1973–1974
Sept.	2255–2256	2278–2280
Umsatz	1024	1249
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1973–1974	2011–2012
Juli	1951–1952	1973–1974
Sept.	1928–1929	1945–1947
Umsatz	1498	6624
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Mai	108,80–109,00	115,60–115,80
Aug.	113,00–113,20	117,80–118,00
Okt.	116,80–117,00	121,60–121,80
Umsatz	1130	2627
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 4.	1. 4.
schw. Sarawak spez.	660,00	unerh.
weißer Sarawak	825,00	unerh.
weißer Muntok	835,00	unerh.
Orangensaft		
New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Mai	157,50	156,10
Juli	157,80	157,40
Sept.	157,50	156,50
Nov.	156,50	155,75
Jan.	158,75	156,00
Umsatz	700	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Südstaaten fob Werk	51,00	50,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	34,75	33,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,42	32,37
Juli	30,80	30,81
Aug.	29,85	29,68
Sept.	28,85	28,70
Okt.	27,85	27,65
Dez.	26,85	26,50
Jan.	26,70	26,25
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	30,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	22,50	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	44,50	43,36
Juni	49,50	49,20
Juli	51,15	50,80
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	67,75	68,90
Juli	68,50	67,75
Aug.	66,90	66,45
Häute		
Chicago (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	605,00	603,50
Juli	613,00	612,00
Aug.	614,50	611,50
Sept.	610,00	607,00
Nov.	614,00	608,75
Jan.	625,00	619,50
März	636,50	630,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	129,40	132,90
Juli	135,40	138,80
Aug.	138,10	141,50
Sept.	140,50	144,00
Okt.	143,50	146,50
Dez.	149,00	152,50
Jan.	151,50	154,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	9. 4.	4. 4.
Mai	371,50	373,00
Juli	375,30	377,00
Okt.	382,10	383,30
Kokosöl		
New York (c/lb)	9. 4.	4. 4.
Westküste fob Werk	–	–
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	10. 4.	9. 4.
jegl. Herk. cif	1010,00	1015,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	700,00	700,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	660,00	660,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	247,00	250,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	840,00	855,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	304,00	305,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	10. 4.	9. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	69,90	69,95
Juli	68,20	67,95
Okt.	65,85	65,95
Dez.	65,80	65,92
März	66,96	–
Mai	67,40	–
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS -1:	42,25	42,25
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	9. 4.	4. 4.
Mai	508–511	507–511
Aug.	530–532	531–535
Okt.	535–536	535–537
Umsatz	16	27
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	9. 4.	4. 4.
Mai	54,70	unerh.
Juli	54,70	unerh.
Okt.	54,80	unerh.
Dez.	54,90	unerh.
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	9. 4.	4. 4.
Mai	625,0–632,0	630,0–632,0
Juli	632,0	632,0–635,0
Okt.	605,0–608,0	608,5–610,0
Umsatz	28	198
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	9. 4.	4. 4.
East African 3 long	680,00	geschl.
undergraded:	570,00	geschl.
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	9. 4.	4. 4.
April	12 599	12 484
Mai	12 542	12 446
Kautschuk		
London (p/kg)	9. 4.	4. 4.
Nr. 1 RSS loco	68,00–74,00	65,50–73,50
Mai	71,50–74,00	71,00–73,50
Juni	72,50–75,00	72,00–74,50
Juli	73,50–76,00	73,00–75,50
Tendenz: unsicher		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	9. 4.	4. 4.
April	205,50–209,00	205,00–206,00
Mai	210,00–211,00	206,00–206,75
Nr. 2 RSS April	201,00–202,00	198,50–199,50
Nr. 3 RSS April	197,50–198,50	195,00–196,00
Nr. 4 RSS April	191,00–192,00	188,50–189,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	9. 4.	4. 4.
BWC	945,00	geschl.
BWD	930,00	geschl.
BTC	945,00	geschl.
BTD	930,00	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10. 4.	9. 4.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	345,08–348,44	350,24–350,63
drittfolg. Monat	356,91–357,10	361,08–361,28
Blei: Basis London		
laufend. Monat	130,01–130,20	130,20–130,39
drittfolg. Monat	124,49–124,68	127,15–127,25
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1707,44–1711,25	1745,51–1747,41
drittfolg. Monat	1693,35–1694,12	1715,43–1716,96
Zink: Basis London		
laufend. Monat	278,67–279,43	282,48–283,25
drittfolg. Monat	279,43–280,20	282,48–283,24
Produz.-Preis	302,00	303,09
Reinzinn 99,9%	4038–4078	4088–4128

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 4.	9. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	474,54–477,78	470,92–474,18
Blei in Kabeln	137,75–138,75	138,00–139,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 18 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	10. 4.	9. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	439–447	437–446
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	478	478
MS 63	477–483	475–481

Zinn-Preis Penang

	9. 4.	4. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,41	29,47

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 4.	9. 4.
Leg. 225	413	413–415
Leg. 226	415	415–417
Leg. 231	445–448	445–450
Leg. 233	455–458	455–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 4.	9. 4.
Platin (DM je g)	31,408	31,208
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 160	33 160
Rücknahmepr.	32 410	32 410
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 400	33 420
Rücknahmepr.	32 570	32 590
verarbeitet	35 030	35 0808
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 660	32 680
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	687,80	689,60
Rücknahmepr.	667,70	669,40
verarbeitet	718,00	719,808

Internationale Edelmetalle

	10. 4.	9. 4.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	323,30	323,10
15.00		–
Zürich mittags	323,60–324,10	323,30–323,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 900	99 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	548,80	550,05
3 Monate	565,60	567,25
6 Monate	581,90	583,75
12 Monate	611,75	613,60
Platin (£-Feinunze)	9. 4.	4. 4.
London fr. Markt	234,55	227,50
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	95,10	94,65

New Yorker Preise	9. 4.	4. 4.
Gold H & H Ankauf	323,10	321,10
Silber H & H Ankauf	657,00	651,50
Platin fr. Händlerpr.	273,00–277,00	280,00–288,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	113,50–114,50	113,00–114,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
April	652,50	643,80
Mai	654,60	646,00
Juli	660,50	655,00
Sept.	672,50	668,00
Dez.	685,00	683,00
Jan.	703,60	680,40
Feb.	707,50	702,20
Umsatz	22 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 4.	4. 4.
April	64,85	63,00
Mai	64,75	63,25
Juli	65,20	63,90
Sept.	65,50	64,35
Dez.	65,90	64,95
Jan.	66,30	65,20
Febr.	66,90	65,60
Umsatz	13 500	–

Londoner Metallbörse

	10. 4.	9. 4.
Aluminium (£/t)		
Kasse	909,00–910,00	923,50–924,50
3 Monate	937,50–938,00	952,50–953,00
Blei (£/t) Kasse	341,50–342,00	346,00–348,00
3 Monate	327,00–327,50	335,00–335,50
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1226,0–1226,5	1216,0–1217,0
3 Monate	1234,5–1235,0	1218,0–1219,0
abends Kasse	–	1226,0–1227,0
3 Monate	–	1240,0–1241,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1223,0–1225,0	1226,0–1228,0
3 Monate	1235,0–1236,0	1241,0–1243,0
Zink (£/t) Kasse	732,00–734,00	743,00–745,00
3 Monate	734,00–736,00	744,00–745,00
Zinn (£/t) Kasse	9615–9617	9640–9645
3 Monate	9625–9626	9640–9642
Quecksilber ($/Fl.)	–	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75

Am 4. April 1985 verstarb kurz nach Vollendung des 65. Lebensjahres unser langjähriger Prokurist, Herr

Heinrich Stattler

Als Leiter der Abteilung Presse und Statistik hat der Verstorbene bis zu seiner Pensionierung 1981 in fast 30jähriger Tätigkeit seine unermüdliche Schaffenskraft für die Interessen unserer Gesellschaft eingesetzt. In Pflichterfüllung und Hingabe an seine Aufgaben war er uns allen ein Vorbild.

Wir werden sein Wirken nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsführung und Mitarbeiter

Erzkontor Ruhr GmbH
Essen

Die Linien des Lebens sind verschieden.
Wie Wege sind und wie der Berge Grenzen.
Was hier wir sind, kann dort ein Gott ergänzen.
Mit Harmonien und ewigem Lohn und Frieden.
Hölderlin

Meine liebe Frau, mit der ich 65 Jahre verbunden gewesen bin, unsere Groß- und Urgroßmutter

Vilma Möncheberg-Kollmar
geb. Pratl
geboren 29. Juli 1892 in Wien

hat uns heute, am Gründonnerstag, nach einem begnadet langen und reich erfüllten Leben in Ruhe und Frieden für immer verlassen.

Allen, die sie als Märchenerzählerin erlebt haben, wird sie unvergeßlich bleiben. Ebenso denjenigen, vor denen sie die Schönheiten deutscher Dichtung ausbreiten konnte.

Meine Frau, die durch den Verlust ihres ersten Mannes Adolf Mönckeberg und ihres Sohnes Jasper Mönckeberg in den beiden Weltkriegen schwer getroffen worden war, erblickte eine weitere Lebensaufgabe in dem unablässigen Einsatz für den großen Frieden unter den Völkern.

Im Namen aller, die in Dankbarkeit um sie trauern
Wilhelm O. H. Kollmar
Susanne Niebel geb. Dietrich
Rolf Niebel
und Kinder

Hamburg 55 (Blankenese), Brechwoldtstraße 12
Casal Fava/Sarna, 52011 Bibbiena, Italien, den 4. April 1985

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 15. April 1985, um 13 Uhr, in der Blankeneser Kirche, Blankeneser Bahnhofstraße.

Vilma Mönckeberg-Kollmar
geboren 29. Juli 1892

ist am 4. April 1985 von uns gegangen.

Über 70 Jahre hat diese starke Persönlichkeit zu uns gehört.

Sie hat uns alle durch ihre große Kunst fasziniert.

Die Familie Mönckeberg trauert um sie.

Im Namen aller

Dr. Agnete Mönckeberg, Baden-Baden, Hauptstraße 6 — **Luise Schmidt-Dumont**, Hamburg 65, Herrenhausallee 64

Dr. Juan Mönckeberg
Buenos Aires

So starb ich
in Verzweiflung
und habe immer
so geliebt das Leben

MARGA VERPOORT
GEB. PRUIN

* 10. 9. 1919 † 4. 4. 1985

VOLL TRAUER UND DANKBARKEIT MÜSSEN WIR VON IHR NACH EINER MIT GROSSER TAPFERKEIT LANGE ERTRAGENEN KRANKHEIT ABSCHIED NEHMEN.

PAUL VERPOORT
MICHAEL VERPOORT
ANDREAS VERPOORT
ERNST-HELMUT PRUIN
GERTRAUDE PRUIN
NORBERT PRUIN UND FAMILIE
THEO WANINGER UND FAMILIE
ANNELIESE VERPOORT

BREMEN, AUSSER DER SCHLEIFMÜHLE 71

AUFBAHRUNG IM BEERDIGUNGSINSTITUT TIELITZ, BREMEN, FRIEDHOFSTR. 19

DIE TRAUERANDACHT FINDET AM MONTAG, DEM 15. APRIL, UM 12.15 UHR IN DER KAPELLE DES OSTERHOLZER FRIEDHOFES STATT.

VON BEILEIDSBEKUNDUNGEN AM GRABE BITTEN WIR ABZUSEHEN.

IM SINNE DER VERSTORBENEN WIRD UM EINE SPENDE ZUGUNSTEN DER DEUTSCHEN KREBSHILFE E. V., KONTO 90 90 90 BEI ALLEN BANKEN, GEBETEN.

Am 4. April 1985 verstarb nach einem qualvollen Leiden die Mitbegründerin und in leitender Stellung tätige Mitgesellschafterin, Frau

Marga Verpoort

Wir trauern um eine Persönlichkeit, ohne deren Schaffenskraft die Entwicklung unseres Hauses zu der heutigen Bedeutung nicht denkbar gewesen wäre. Sie hat eine interne Organisation aufgebaut und geleitet, die die Basis für das Wachstum und insbesondere für die geographische Expansion unseres Unternehmens über mehr als 30 Jahre gewesen ist.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Wärmeverwertung KG Bremen und verbundene Unternehmen

FINANZANZEIGEN

WestLB International S.A.

Zusammengefaßte Bilanz per 31. 12. 1984

AKTIVA	in Mio DM	Vorjahr
Forderungen an Banken	3.638,8	3.581,5
Forderungen an Kunden	6.464,2	6.611,1
Wertpapiere	464,9	391,7
Sonstige Aktiva	418,7	337,9
	10.986,6	10.922,2

PASSIVA	in Mio DM	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	9.228,2	9.436,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	723,3	563,6
Sonstige Passiva	277,6	275,6
Kapital	125,5	125,5
Rücklagen	214,3	199,0
Rückstellungen	405,1	309,7
Bilanzgewinn	12,6	12,7
	10.986,6	10.922,2

WestLB International S.A.
32-34, boulevard Grande-Duchesse Charlotte
Postfach 420
L-2014 Luxemburg
Telefon: 44 74 11

Tochterunternehmen der *Westdeutschen Landesbank* Girozentrale. Düsseldorf/Münster

Die vollständige Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung werden im MEMORIAL, Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, Ausgabe C, veröffentlicht.

PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT — 6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.

Einladung zur Hauptversammlung

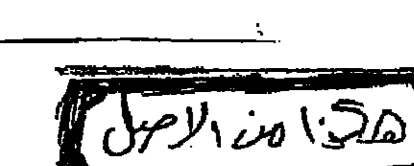
Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am

Mittwoch, dem 22. Mai 1985, 11.00 Uhr,

im Sitzungssaal der Pfälzischen Hypothekenbank AG in Ludwigshafen am Rhein, An der Rheinschanze 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im „Bundesanzeiger" Nr. 68 vom 11. April 1985.

Ludwigshafen, im März 1985 — DER VORSTAND



Bundesanleihen

[illegible]

Renten etwas [illegible]

[illegible] ursprünglich erwartet hat sich am Rentenmarkt das [illegible] Dazu hat wesentlich beigetragen, daß sich der [illegible] auf der [illegible] zu stabilisieren scheint und in den USA Ansätze für eine [illegible] geworden sind. Rege Nachfrage führte bei den öffentlichen Anleihen zu Kurserhöhungen, die teilweise über 0,30 Prozentpunkte hinausgingen. Die jüngste [illegible] Nordrhein-Westfalen-Anleihe wurde zum Emissionskurs von 100,25 Prozent in den Börsenhandel eingeführt.

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

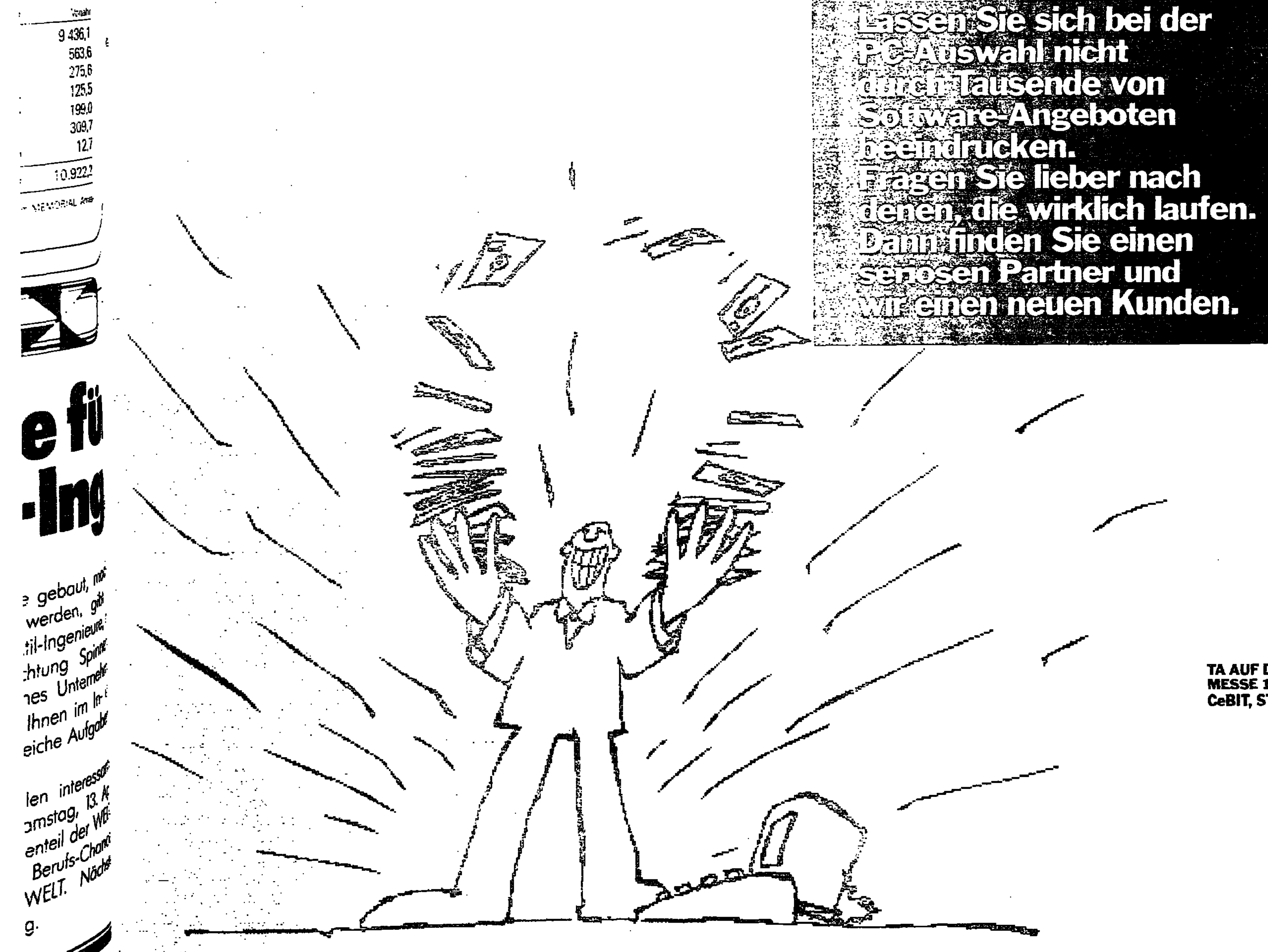
[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]





SPRINGREITEN / Auch ohne Livius schaffte Peter Luther den Sprung ins Weltcupfinale von Berlin

Bundestrainer Schridde lobt: „Ein Reiter, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hat"

dpa, **Hamburg**

Peter Luther (46), seit den späten 70er Jahren ein Springreiter der europäischen Extraklasse, ist zum Weinen zumute, obwohl er sich zum zweiten Male nach 1979 für das Weltcup-Finale qualifiziert hat. In der Berliner Deutschlandhalle, vom 17. bis 21. April Schauplatz des ersten Weltcup-Finales auf deutschem Boden, begann im November 1978 der Höhenflug des Holsteiner Landwirtes: Als der damals 39jährige Gestütsleiter mit dem seinerzeit achtjährigen Holsteiner Wallach Livius das Berliner Weltcup-Springen gewann und der damals fast komplett versammelten Weltklasse die Show stahl, waren die Neider zur Stelle. „VW-Fahrer auf Porsche" nannten ihn Konkurrenten. „Ja, wenn man so einen ‚Bock' wie Livius hat", tönten andere.

Peter Luther trafen der Neid und die Häme der Konkurrenz hart. Schließlich war er, gründlich und sorgfältig ausgebildet, schon seit Jahren ein erfolgreicher Springreiter im Pferdeland Holstein. Nur, der Beruf war immer wichtiger als die sportliche Reiterei. Was er kann, hat er seitdem bewiesen: Peter Luther war Mitglied der deutschen Equipen, die 1979 und 1981 Silber und Gold bei den Europameisterschaften holten, gewann 1982 mit der deutschen Mannschaft Silber bei der Weltmeisterschaft in Dublin, gehörte zur deutschen Bronze-Equipe bei den Olympischen Spielen in Los Angeles und war 1980 in Hamburg Derby-Sieger. Und Bundestrainer Hermann Schridde prägte den charakteristischen Satz: *„Mit Livius konnte Luther endlich beweisen, daß er ein ganz hervorragender Reiter ist. Ohne gute Pferde ist der beste Reiter arm dran."*

Peter Luther wird in Berlin für Deutschland reiten. Ohne Livius. Und das ist Peter Luthers großes Ärgernis und großer Kummer: Livius, mit dem 1978 in Berlin alles begann, ist verletzt. Peter Luther hat zwar bewiesen, daß er auch mit Pferden, die nicht allererste Klasse sind, erstklassig reiten kann. Aber: „An einem guten Tag kann ich vorn mitreiten, aber ohne Livius reicht's nicht zu einem Platz in der allerersten Reihe."

Peter Luthers Ärger ist verständlich: Nach dem Weltcup-Turnier im Dezember in London wurden zahlreiche europäische und amerikanische Pferde von bürokratischen englischen Veterinärmedizinern wegen fiebriger Erkrankungen in Quarantäne festgehalten, obwohl die niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsbehörden sofort Genehmigungen für den Rücktransport der Pferde nach Deutschland ausgestellt hatten. Fünf Wochen lang mußten Livius, Lucky und Lasall in England bleiben und konnten nur unzureichend trainiert werden. Beim morgendlichen Führen rutschte Livius auf dem hart gefrorenen Boden aus, zog sich einen schweren Bluterguß im vorderen Sehnenbereich zu und ist seitdem verletzt.

Livius wird frühestens im Sommer wieder an größeren Prüfungen teilnehmen können. Ob es noch für die Europameisterschaft im französischen Dinard reicht, ist fraglich geworden. Entsprechend verbittert ist Peter Luther: „Es ist ein Jammer; dabei fing alles so gut an. Livius war wieder in guter Verfassung, gab mir Selbstvertrauen."

Um so mehr Respekt verdient die Leistung Peter Luthers, der sich auch ohne Livius fürs Weltcup-Finale qualifiziert hat. Er ist, längst wissen es alle Konkurrenten, eben doch viel mehr als lediglich ein „VW-Fahrer auf einem Porsche". Für Hermann Schridde ist das Urteil ohnehin klar: „Luther ist ein Reiter, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hat. Davon gibt's nicht sehr viele."

Die Nachrichtensendung APF-„Blick" in SAT 1: Bilanz der ersten hundert Tage

Mit „human touch" die Leute locken

Es sei vielleicht ganz gut, frohlockte nicht ohne Hintersinn ein Programm-Macher vom privaten Fernsehen „SAT 1", wenn bei der Premiere der Nachrichtensendung APF-„Blick" am 1. Januar nicht gleich alle TV-Haushalte am Kabel sind. Monate der Planung und Probeläufe haben gezeigt, daß neben den medienpolitischen Unwägbarkeiten auch die produktionstechnische Seite des Fernsehens nicht ohne Tücken ist.

Doch nach 100 Tagen APF-„Blick" läßt sich sagen, daß die in Hamburg gefahrene Nachrichtensendung eine Bereicherung des Medienangebotes ist. Das News-Team um Chefredakteur Armin Halle setzt auf informative, freundliche und spontane Präsentation. Der in den Redaktionsstuben *gepflegte Nachrichtenbegriff ist* weitergefaßt als bei ARD und ZDF. So gehören Stories mit „human touch" und Musikeinlagen zum ständigen Repertoire der Sendung. Gleichwohl bleibt die Sendungstreng auf journalistischem Kurs.

Problematisch ist nach wie vor die fehlende Infrastruktur, das noch nicht befriedigend gelöste Problem der Zulieferung. Anders als bei „Tagesschau" und „heute" können die Berichte nicht per Standleitung in die Sendezentrale überspielt werden. Aus Kostengründen werden Beiträge auf Videocassetten gezogen und per Luft oder Schiene nach Hamburg geschickt. So passiert es häufig, daß nachrichtliche Ereignisse, die um die Mittagszeit in München noch nicht abgeschlossen sind, am Abend nur noch als Wortmeldung über den Sender laufen, weil der „Frachtweg" seine Zeit braucht.

Nicht ganz ohne Tücken ist auch der Aufbau der Sendung. Zwar ist es nur folgerichtig, daß das Hochpolitische einer Nachrichtensendung ganz oben steht, doch wirkt die mit großer Fanfare eingeläutete „Blick"-Stanze eher störend. Mitunter hat man den Eindruck, daß nach dem ersten Nachrichtenüberblick die Sendung bereits *zu Ende ist.* Doch dann geht es plötzlich weiter, lädt Moderatorin Eddie Lange zum Rundblick mit „human touch" ein. Das macht sie ganz geschickt – bis ihr Kollege Halle die Moderation mit einem oft nicht zu bremsenden Redeschwall wieder übernimmt. Was als lockere Plauderei begann, endet dann oft abrupt mit der irritierten Ansage des nächsten Stückes.

APF blick – SAT 1, 18.30 Uhr

Besonders gut gelungen ist der Nachrichten-Redaktion der Wetterbericht. Es geht nämlich auch anders als mit den abgegriffenen Leerformeln der etablierten Wetterfrösche aus Hamburg und Mainz. Warum eigentlich nicht mal ein paar schöne Filmaufnahmen mit unterlegter Musik? Wo steht geschrieben, daß das Wetter immer der Tiefpunkt einer Nachrichtensendung sein muß?

Als „Blick" mit dem Anspruch auf Sendung ging, jeden Tag einen Sportteil zu senden, da wußte man wohl noch nicht so recht, wie schwierig dieses ehrgeizige Unternehmen sein würde. Doch der Anspruch, „live" dabei sein zu wollen, wenn sich die Großen des Sport in den Arenen ihrem Publikum stellen, scheitert in der Regel nicht am Willen der Reporter. Es ist vielmehr so, daß die Öffentlich-rechtlichen die publikumswirksamen Disziplinen fest im Griff haben. Trotz der Blockade-Politik von ARD und ZDF ist der Sport inzwischen zu einer festen Größe im Programm geworden. Der Redaktion gelingt es immer wieder, mit neuen *Einfällen das* Zuschauerinteresse wachzuhalten.

Allerdings wird man auf Dauer nicht nur über das im Bild berichten können, was ARD und ZDF nicht interessiert. Selbst die Überlegung, nach dem Schlußpfiff in den Bundesliga-Stadien das Interview mit den *Großen* des Fußballs zu führen, kann auf Dauer fehlende Tore nicht ersetzen.

Mit APF-„Blick" hat das private Fernsehen der elektronischen Nachrichtengebung in der Bundesrepublik eine neue Dimension gegeben. Man nimmt das Geschäft mit der Ware Nachrichten ernst, man nimmt sie jedoch nicht wichtiger als sie ist. Doch mit der Umsetzung vieler guter Ideen und Ansätze klappt es noch nicht so recht. Das Unternehmen Aktuell Presse-Fernsehen wird wohl auch die leidige Erfahrung der Öffentlich-rechtlichen machen, daß es ohne eine gewaltige personelle und materielle Aufstockung des Apparates nicht gehen wird. Gutes Fernsehen hat nun mal seinen Preis.

ERICH VOGT

NACHRICHTEN

Vogts holt Rolff

Frankfurt (sid) – Trainer Berti Vogts nominierte für das Fußball-*Länderspiel der Junioren gegen* Bulgarien (16. April in Aichach) den Hamburger A-Nationalspieler Wolfgang Rolff.

Klimaschefski bleibt

Saarbrücken (sid) – Der 1.FC Saarbrücken, Tabellenfünfter der zweiten Fußball-Liga, wird auch in der nächsten Saison von Uwe Klimaschefski (46) betreut. Der Trainer, zeitweise beim VfB Stuttgart im Gespräch, verlängerte seinen Vertrag um ein Jahr.

Kreislauf-Kollaps

Krefeld (sid) – Werner Vollack (30), Torwart des Fußball-Bundesligaklubs Bayer Uerdingen, erlitt nach der 0:4-Niederlage in Dortmund einen Kreislauf-Kollaps. Er wurde ins Krankenhaus in Moers gebracht und muß dort nach Aussage der Ärzte einige Tage bleiben. Am Samstag in Hamburg wird Vollack von Dieter Ingendae ersetzt.

Wellers Titelkampf

Frankfurt (sid) – Box-Europameister René Weller verteidigt seinen Titel im Leichtgewicht jetzt endgültig am 26. April in Frankfurt gegen den Franzosen Frederic Geoffroy (25). Geoffroy war als Amateur Bronzemedaillen-Gewinner der Europameisterschaften 1981.

Anderson dabei

Frankfurt (dpa) – Die besten des Profi-Straßenrennens „Rund um den Henniger Turm" 1984 sind auch in diesem Jahr in Frankfurt (1. Mai) dabei: Vorjahrssieger *Phil Anderson* (Australien) und der Zweite Eric Vanderaerden (Belgien), beide aus dem Panasonic-Raleigh-Team von Peter Post.

Streit um Ablöse

Mannheim (sid) – Das Arbeitsgericht Mannheim verhandelt am 17. April einen Streit um Ablösegelder im Eishockey. Für Manfred Wolf und Roy Roedger, die zur Düsseldorfer EG wechseln wollen, verlangt der Mannheimer ERC jeweils 300 000 Mark. Die Düsseldorfer sprachen von einer „utopischen Summe" und leiteten juristische Schritte ein.

FUSSBALL / Ein vermeintlicher Versager wurde in Dortmund umjubelt

Die neue Erfahrung des André Egli

BERND WEBER, **Dortmund**

Außer den unmittelbar Beteiligten, die sich aber immer nur sehr zurückhaltend geäußert haben, weiß so recht niemand etwas über die Modalitäten des Transfers von André Egli, den Borussia Dortmund zu Saisonbeginn von Grashoppers Zürich gekauft hat. So geisterten denn stets unterschiedliche Zahlen über die Höhe der Ablösesumme durch die Öffentlichkeit – sie schwankten zwischen 800 000 und 1,2 Millionen Mark. In einem Punkt freilich waren alle sehr schnell einig: Egli, der die Abwehr stabilisieren sollte, galt bald als totaler Fehleinkauf. Der Kölner Klaus Allofs machte gegen ihn vier Tore, der Bremer *Rudi Völler ebenfalls und* der Hamburger Thomas von Heesen schaffte immerhin drei.

Wann immer Egli die Zeitungen aufschlug, er konnte stets nur über sich lesen, daß er besser in Zürich geblieben wäre. Am Dienstag abend aber, nach dem 4:0-Sieg der Dortmunder über Bayer Uerdingen, brausten „Egli-Egli"-Sprechchöre durch das Westfalenstadion. Die 31 000 Zuschauer feierten den Mann, der – in seiner neuen Rolle als Mittelstürmer – zwei herrliche Treffer erzielt und damit den Grundstein für den überzeugenden Erfolg gelegt hatte. „Solche Sprechchöre", gestand der glückliche Egli später, „habe ich noch nie erlebt. Bei Zürich gab's das nicht, weil nie so viele Zuschauer da waren. Und in Dortmund bin ich ja bisher nur ausgepfiffen worden."

Dortmunds Trainer Erich Ribbeck hatte den Abwehrspieler als Notlösung in den Angriff beordert, weil Bernd Klotz nach Mannheim verkauft werden mußte (um die Schulden abzubauen) und weil der zweite Mittelstürmer Jürgen Wegmann langfristig verletzt ist. Ribbeck sagt jetzt: *„Ich freue mich unheimlich für den* André. Der war bisher total verunsichert, weil er, aus welchen Gründen habe ich nie so recht nachvollziehen können, als Hauptschuldiger für all das galt, was hier seit Saisonbeginn schiefgelaufen war."

Neue Töne also – auch von Egli selbst. Als sein Lieblingstrainer Timo Konietzka im Oktober letzten Jahres vorzeitig entlassen wurde, sah auch der Schweizer keine Zukunft mehr in Dortmund. Heute hört sich das anders an: „Ich fühle mich wohl bei Borussia und würde meinen Vertrag, der bis 1986 läuft, sehr gerne erfüllen." Aber Egli machte auch eine Einschränkung: „Voraussetzung ist, daß der Vorstand mir finanziell entgegenkommt. Als ich geholt wurde, hat mir der damalige Manager Dieter Tippenhauer goldene Berge versprochen, gehalten wurde wenig. Daß der neue Dortmunder Vorstand unsere Siegprämien gestrichen hat, habe ich hingenommen. Aber einen noch drastischeren Sparkurs würde ich nicht mittragen – dann ginge ich lieber."

Doch wahrscheinlich wird er ebenso bleiben wie Ribbeck, der nach fünf Siegen in Serie von den Fans bereits als Retter gefeiert wird. Mitte April, so erklärte der Trainer noch einmal, werde er sich endgültig für oder gegen Dortmund entscheiden. Daß inzwischen auch Bayer Leverkusen als neuer Arbeitsplatz von Ribbeck gehandelt wird, hat wohl kaum Bedeutung. Zumindest beunruhigt es Präsident Reinhard Rauball nicht – er will seinen Duzfreund Erich unbedingt halten.

KRAWALLE

Kritik an Geldstrafe

dpa, **London/Buenos Aires**

Der englische Sportminister Neil Macfarlane und der stellvertretende Leiter des englischen Polizei-Verbandes, Alan Eastwood, haben eine Geldstrafe des englischen Fußballverbandes gegen den Fußballklub Millwall als unzureichend kritisiert. Millwall muß 7500 Pfund (etwa 28 500 Mark) bezahlen.

Eastwood erklärte nach der Ankündigung der Strafmaßnahmen im Zusammenhang mit schweren Ausschreitungen in einem Spiel zwischen Millwall und dem Erstligaklub Luton Town: „Der Fußballverband hat sich einen miesen Fehlschlag geleistet." Luton war dazu verurteilt worden, einen Zaun rund ums Spielfeld zu bauen.

Aufgrund der Ausschreitungen am Ostersonntag wird die nationale Argentinische Fußballmeisterschaft am Wochenende nicht fortgesetzt. Bei den schweren Ausschreitungen nach dem Spielabbruch zwischen Independiente und Boca Juniors war ein 14jähriger von einer Pistolenkugel tödlich in die Brust getroffen worden.

KAISERSLAUTERN

Opposition gegen Sopp

dpa, **Kaiserslautern**

Die Führungskrise beim 1. FC Kaiserslautern hat einen neuen Höhepunkt erreicht: Seit gestern ist das Präsidium des Fußball-Bundesligaklubs beschlußunfähig. Fünf Tage nach dem Rücktritt von Präsidiumsmitglied Günter Klingkowski legten auch Vizepräsident Rainer Pochert, Schatzmeister Helmut Milz und Beisitzer Erich Fuchs ihre Ämter nieder. Damit sind nur noch Präsident Udo Sopp und Schriftführer Otwin Dohn im Amt.

Durch die Rücktritte der drei Präsidiumsmitglieder, die seit Monaten in Opposition zu Präsident Udo Sopp stehen, sind Neuwahlen bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 22. oder 26. April unumgänglich geworden. Vorerst führt der Verwaltungsrat gemeinsam mit dem Rest-Präsidium die Geschäfte des Vereins (3700 Mitglieder). Verwaltungsratsvorsitzender ist der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Hans Jung, der ebenfalls zu den Kritikern von Sopp gehört. Schriftführer Otwin Dohn schloß nicht aus, daß auch er zurücktreten wird.

TENNIS

Erfolg für Steffi Graf

sid, **Dallas**

Überraschungen bei der 15. Weltmeisterschaft von World Championship Tennis (WCT) in Dallas. Der 19jährige Schwede Stefan Edberg bezwang seinen Landsmann Anders Jarryd mit 1:6, 6:2, 6:2, 5:7, der Amerikaner Tim Mayotte schlug Andres Gomez aus Ekuador 7:6, 6:4, 6:2. Edberg, Nummer 17 der Weltrangliste, verdankte seinen zweiten Sieg gegen seinen elf Plätze höher geführten Daviscup-Doppelpartner Anders Jarryd vor allem seinem Aufschlag.

Beim Damen-Turnier (200 000 Dollar Dotierung) in Hilton Head Island (US-Bundesstaat South Carolina) erreichte Steffi Graf die dritte Runde und das deutsche Doppel Bettina Bunge/Claudia Kohde (Cuxhaven/Saarbrücken) feierte nach fast zweijähriger Trennung ein Comeback. Beide taten sich beim 7:6, 7:6 gegen die Tschechoslowakinnen Iva Budarova und Marcela Skuherska noch recht schwer. Die 15jährige Steffi Graf besiegte die Engländerin Annabel Croft in nur 46 Minuten mit 6:1, 6:4 und steht bereits in der dritten Runde.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga. Nachholspiele: Dortmund – Uerdingen 4:0 (1:0), Hamburg – Bochum 3:1 (2:0).

DIE TABELLE

1.*München*	26	15	7	4	60:34	37:15
2.Bremen	25	13	8	4	67:40	34:16
3.Gladbach	25	13	6	6	64:36	32:18
4.Hamburg	25	11	8	6	46:36	30:20
5.Uerdingen	26	11	6	9	47:41	28:24
6.Bochum	25	9	9	7	40:35	27:23
7.Köln	25	12	3	10	47:44	27:23
8.Mannheim	25	9	9	7	35:38	27:23
9.Schalke	25	10	6	9	49:48	26:24
10.Stuttgart	26	11	4	11	64:45	26:26
11.*Frankfurt*	26	8	9	9	51:54	25:27
12.Leverkusen	26	7	9	10	39:40	23:29
13.Dortmund	25	10	2	13	39:48	22:28
14.K'lautern	23	6	9	8	27:42	21:25
15.Düsseldorf	25	6	7	12	40:52	19:31
16.Bielefeld	26	4	11	11	30:50	19:33
17.Braunschweig	25	7	2	16	30:59	16:34
18.Karlsruhe	25	3	9	13	33:68	15:35

Englische Meisterschaft: Sheffield – Manchester 1:0, Southampton – Leicester 3:1. – Frauen-Länderspiel: Ungarn – Deutschland 1:0.

TENNIS

WCT-Turnier in Dallas (500 000 Dollar), erste Runde: Mayotte (USA) – Gomez (Ekuador) 7:6, 6:4, 6:2, Edberg – Jarryd (beide Schweden) 1:6, 6:2, 6:2, 5:7, 6:3. – Grand-Prix-Turnier in Nizza, erste Runde, die Spiele der Deutschen: Maurer – Forget (Frankreich) 6:1, 6:1, Gunnarsson (Schweden) – Elter 6:3, 6:2, Pecci (Paraguay) – Westphal 5:7, 6:4, 6:2. – Damenturnier in Hilton Head Island, zweite Runde: Graf – Croft (England) 6:1, 6:4. – Doppel: Bunge/Kohde – Buderova/Skuherska (CSSR) 7:6, 7:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000 Mark, 2: 827 356,60, 3: 15 424,00, 4: 182,80, 5: 12,50. – **Toto**, Elferwette: 1: 37 656,80, 2: 1072,80, 3: 82,10. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: 59 892,20, 3: 3984,10, 4: 55,20, 5: 4,90. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 509,80, 2: 42,70. – Rennen B: 1: 925,20, 2: 265,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 2 105 647,80. (ohne Gewähr)

Alltag im Motorrad-Geschäft?

Das Römer-Racing-Team aus Neu-Ulm kündigte mit sofortiger Wirkung die Zusammenarbeit mit seinem Konstrukteur Helmut Fath auf. Alltäglich im Motorrad-Rennsport? Nein, aber der Vorgang zeigt etwas vom Alltag dieser Branche auf, in der sportliche Erfolge Marktvorteile und Umsatzsteigerungen bringen sollen, in der aber Mißerfolge oft genug zu geschäftlichen Drahtseilakten führen und fehlende Siege sogar den endgültigen Ruin bedeuten können.

Zum Fall Römer gegen Fath: Der Helmhersteller Römer gehört zu den wichtigsten Anbietern auf dem deutschen Markt. Das Produkt hatte aber lange ein allzu braves, biederes Image. Wohl um eine Korrektur dieses Bildes ging es, als im vorigen Jahr das Römer-Racing-Team mit Roth, Grässel und Schmid recht erfolgreich ins nationale und internationale Renngeschehen eingriff. Um auf Touren zu kommen, machte Römer den zweimaligen Seitenwagen-Weltmeister Helmut Fath (1960 und 1969) sozusagen zum technischen Leiter.

Der finanzielle Einsatz war enorm. Fachleute schätzen, er habe 1984 etwa 1,2 Millionen Mark betragen. Bei Römer spricht man von 200 000 Mark, was aber schon deshalb nicht stimmen kann, weil die Halbliter-Maschine von Reinhold Roth bereits etwa 90 000 Mark gekostet hat.

In diesem Jahr kocht man auf Sparflamme, fährt nur noch mit Roth und Eckl und konzentriert sich auf die Klasse bis 250 ccm, in der die deutschen Konkurrenten Mang, Wimmer und Herweh für Popularität gesorgt haben. Wer hierzulande auf dem Motorrad-Markt und dem der Utensilien etwas bestellen will, muß in dieser Klasse erfolgreich sein.

Beim Auftakt in Kyalami (Südafrika) war es das Römer-Racing-Team nicht. Sucht man mit Helmut Fath einen Sündenbock für die Öffentlichkeit? Die wichtigsten von insgesamt fünf Vorwürfen: Fath habe in Kyalami die Konkurrenten, so auch den Münchner Martin Wimmer und den Franzosen Balde, beraten. Außerdem seien die von ihm bearbeiteten Motoren nicht konkurrenzfähig gewesen. Fath wehrt sich dagegen: „Ich habe in Südafrika nur alte Freunde besucht, und wenn Roth und Eckl chancenlos waren, so lag es am Fahrgestell und dafür war ich nicht verantwortlich."

Da wird wohl am Ende Aussage gegen Aussage stehen, wenngleich Fath sagt: „Kein Punkt im Vertrag mit Römer wurde mir gegenüber fristgerecht erfüllt." Bis zu 16 Stunden habe er im vorigen Jahr mitunter am Steuer eines Lastwagens mit Renn-Motorrädern gesessen und sei deshalb auch schon mal auf der Autobahn in die Leitplanken gekracht – doch auch das habe den Vertragspartner in Neu-Ulm nicht bewogen, zur Entlastung einen weiteren Mann einzustellen.

Die ganze Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben, denn Römer verlangt eine hohe sechsstellige Summe als Schadenersatz von Fath. Der müßte, wenn Römer damit vor Gericht recht bekäme, deshalb sein Haus verkaufen, „was dafür aber noch immer nicht ausreichen würde" (Fath). Der Ruin als zwangsläufige Folge des sportlichen Mißerfolges – Motorrad-Alltag 1985.

KLAUS BLUME

STAND ● PUNKT

KRITIK

Ein Akt der Solidarität

Keine Frage: Die 100 Minuten des Fernsehspiels **Die Abschiebung** (ZDF) hatten es in sich. Nach den österlichen Starausflügen in die ferienheile, weite Welt flimmerte deutscher Alltag auf dem Bildschirm. Ein extremer Fall von allgemeiner Bedeutung: Wie halten wir es mit den Asylanten in unserer Mitte?

Die 18jährige Berliner Lehrerstochter Elke (beeindruckend: Nina Hoger) überrascht ihre Eltern (glaubwürdig: Franz Buchrieser und Karin Baal) mit der Bemerkung: „Ich habe geheiratet. Ich heiße jetzt Perver." Die Schülerin ist eine Scheinehe eingegangen, um den Kurden Mahmut vor dem Schicksal der Abschiebung in die Türkei (und der vermutlich erneuten Folter) zu bewahren.

Elkes Akt der Solidarität bringt ein deutsch-türkisches Drama in Gang. Es offenbart die Ohnmacht aller Beteiligten. Im Paragraphendickicht bleibt die Menschlichkeit von Behörden, Angestellten und Richtern hoffnungslos auf der Strecke. Daß die Sympathien der Regisseurin Marianne Lüdcke den Schwächeren gehört, machte schon die Besetzung deutlich: Ordnungskorrekten Typen (deutsch bis ins Herz hinan) standen gefühlvolle, schließlich durch Verrat verbitterte Türken gegenüber. Dieses beherzt ein heißes Eisen behandelnde Fernsehspiel verdient Respekt.

GÜNTER RUDORF

Annäherung an einen Physiker

Hatte man zu Anfang noch den Eindruck, einer dieser kaugummiartig langgezogenen Geschichtsstunden beizuwohnen, ja, mal wieder einem dieser Historienschinken aufgesessen zu sein, so änderte sich das nach knappen zehn Minuten.

Albrecht Fölsing gelang es in seiner biografischen Näherung, die mit Akribie zusammengetragenen Mosaiksteinchen fernsehgerecht aufzubereiten: **Albert Einstein** (ARD), der Physik als Mittelpunkt des Lebens im allgemeinen und seines Wirkens im besonderen sah, der sich von nichts und niemandem vereinnahmen ließ.

Geradezu undenkbar, in unserer heutigen, von innovativen Techniken überrumpelten Zeit abstrakte mathematische Formeln zur eindeutigen *Beschreibung grundlegender Arbeiten* auf der Titelseite einer Zeitung verkaufen zu wollen. Und sei es auch lediglich, um der verehrten Leserschaft nahezubringen, daß sich da fernab von Politrangeleien und wirtschaftlichen Transaktionen etwas tut. Mit einem Stellenwert, der diesen zumindest ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen ist. Damals ging so etwas . . .

Was veranlaßt die Programmplaner bloß (gewiß nicht zum ersten Mal), ein so wichtiges Stück Information eine Stunde vor Mitternacht auf die Programmschiene zu legen? Es ist nun mal seit altersher eingefahren, Mitglieder des Wissenschaftler-Völkchens, selbst wenn sie unsere Welt nachdrücklich verändert haben, hintenanzustellen. Womit haben sie das eigentlich verdient?

DIETER THIERBACH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Die Abschiebung
11.50 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Deutschland deine Lieder
16.55 Denkste!?
Das Haus, das Amerika gehört
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Zu Gast: Ignaz Kiechle, CSU-Politiker und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Gesprächsleistung: Claus-Hinrich Casdorff
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live mit Alfred Biolek und den Gästen Udo Lindenberg, Maanam, Théâtre *„Black Blanc Beur", Die Verletzten,* Lunette McKee, Marcus Junkelmann und Peter Herbolzheimer Rhythm Combination Brass.
22.30 Tagesthemen
23.00 Gefährliches Spiel
Fernsehspiel von Felix Huby
Mit Helmut Ziert, Simone Rethel, Tommi Piper u. a.
Regie: Theo Mezger
Felix Huby und Theo Mezger er-*zählen die Geschichte des Spit*zenspielers Karl Bronnen, der sich beim Training so schwer verletzt, daß seine Karriere beendet scheint. Er gerät privat und beruflich in eine heftige Krise
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Immer dieses Fernsehen . . .
Familie Bergers Erfahrungen aus zweiter Hand
1. So war's doch wirklich nicht: Medien und Wirklichkeit
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Meine Mutter, deine Mutter
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Mit Hans Rosenthal
21.00 Telemotor
Automagazin mit Harry Valérien
Frühling ohne Zweiradboom? / Wo bleibt das Elektro-Auto? / Test: Volvo 740 GLE mit Katalysator
21.45 heute-journal
22.05 Fragen an . . .
Hans-Jochen Vogel
23.05 Kokain-Report II
Kokain in Deutschland
Reportage über die neue Drogenszene
23.50 Das internationale Tanztheater
Tänzer
3. Der neue Körper
0.40 heute
Anschließend: Gute-Nacht-Musik
Franz Schubert: Der Erlkönig
Ludwig Baumann, Bariton; Oresta Cybriwsky, Klavier



13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Ein schweres Schicksal
15.00 Siehste!
Pusteblume – Wenn kleine Tiere große werden
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Der Eisenhändler kommt
17.00 Simon Templar
S. T. jagt Wühlmäuse
18.00 Fauna Iberica
Iltisse, Teil 2
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Das Geheimnis der Inkas
Amerikanischer Spielfilm (1954)
20.30 B. A. D. Cats (7)
Der Todesfahrer
Anschließend: Video-Spaß
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Der Mönch mit der Peitsche
Deutscher Spielfilm (1967)
Mit Joachim Fuchsberger, Ursula Glas u. a.
Regie: Alfred Vohrer
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Fußball-Europacup-Nachlese
18.00 Bilder aus Deutschland
Bilder aus der Mark Brandenburg
19.00 heute
19.30 Derrick
Tote Vögel singen nicht
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Sieger brauchen keine Argumente
22.30 Ein Meister der galanten Feste
Der Maler Jean Antoine Watteau
23.00 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Winchester 73
Amerik. Spielfilm (1950)
Mit James Stewart, Shelley Winters u. a.
Regie: Anthony Mann
21.45 Aber wir mußten doch helfen
Evangelische Kirche und die Kapitulation
22.15 Paris: Kultur in den Schlachthöfen
23.15 Science-fiction-Welt
Ein italienischer Erzähler
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Natur und Freizeit (14)
20.00 Tagesschau
20.15 Ladies mit weißer Weste
Amerik. Spielfilm (1978)
Mit Lauren Bacall u. a.
Regie: Jackie Cooper
21.45 Neue Töne aus der Neuen Welt
Die New Yorker Künstlerin Meredith Monk
22.30 108. NDR-Jazzworkshop
23.10 Golf: Australian Open '85
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft
Teilzeitarbeit
19.05 Autoreport
19.20 Kid Galahad – Harte Fäuste, heiße Liebe
Amerik. Spielfilm (1961)
20.55 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Sun City
Eine Stadt des Glücksspiels
22.30 Die Zitadelle (7)

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Schwitzkasten
Es führt kein andrer Weg nach Küßnacht
22.00 Unser Mann in Bonn
Dieter Spoerri im Gespräch mit Sybille Krause-Burger
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Das Milliardending
22.35 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 Vom Königshof zur Kristallfabrik

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Nathan der Weise
Von Gotthold Ephraim Lessing
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Das Haus der sieben Sünden
Amerik. Spielfilm (1940)
Mit Marlene Dietrich, John Wayne u. a.
23.20 Rundschau
23.25 Actualités

Mehr Bizeps für Herkules

df. – Bei Sotheby's in London kamen einige schöne und teure Bilder alter Meister unter den Hammer, unter ihnen ein neu entdeckter „David mit Goliaths Haupt" des Guido Reni und ein „Herkules am Scheideweg" vom älteren Lucas Cranach. Für den Cranach erzielte man gut eine Million Mark, der Reni erreichte gar über acht Millionen Mark.

Herkules, mit wunderschön gekräuseltem Haupthaar und Bart, sitzt unbequem auf einem Baumstumpf und blickt zwischen zwei nackten Damen verwirrt in die Landschaft. Es handelt sich um ansehnliche Mädchen, ebenfalls frisch vom Haarkünstler, darstellend das Laster und die Tugend.

Herkules, ebenfalls weitgehend nackt, enttäuscht. Gewiß, trotz der reichlich spitzen Knie ist sein Körperbau harmonisch, aber man möchte ihm zurufen: „Mehr Bizeps!" Herkulisch ist er wirklich nicht. Schon fast 450 Jahre sitzt er nun zwischen den beiden Mädchen, und ebenso lange schlabbert seinem Löwen die Zunge, vor Unschlüssigkeit, welches Mädchen er fressen sollte, wenn er eines fressen dürfte.

Auch der David des Reni aus Bologna ist gut gebaut, trägt einen feschen Bersaglieri-Hut mit enormer Feder. Davids Besitzer, seit fast hundert Jahren eine schottische Familie, müssen eiserne Nerven besessen haben, daß sie das Bild erst jetzt als Neuentdeckung auf den Markt warfen: Davids linke Faust hat am Schopf gepackt das riesige, sehr ansehnliche Goliath-Haupt, der Körperteil liegt auf einem Sockel, von dem diskret etwas Blut drippelt: sehr hübsch gemalt – aber auch wenn wir natürlich für David sind und gegen Goliath, das ganze ist wenig geeignet für ein normales Eigenheim.

Jedoch sich ansehen, was auf den teuren Gemälden alter Meister tatsächlich drauf ist – wenn das jeder täte, wo kämen wir da hin? Sind wir denn Banausen?

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Commentaire"

In memoriam R. Aron

„Opium der Intellektuellen" nannte Raymond Aron 1955 seine Streitschrift gegen die ideologische Mystifikation des Kommunismus durch jene, denen Julien Benda im „Verrat des Geistes" eine Generation davor die Kapitulation vor den Mythen des Faschismus vorgeworfen hatte. Arons gescheite Absage an die Flucht aus der Wirklichkeit mittels der Droge Kommunismus stellte damals in Frankreich einen solchen Schock dar, daß die modische Platitüde zum Schlagwort wurde: „Besser mit Sartre irren, als mit Raymond Aron recht behalten."

Seitdem lebte Aron – im Ausland längst hochgeschätzt – in Frankreich in einer Art glorreicher Isolation, selbst dann noch, als sich das intellektuelle Klima gründlich zu wandeln begann. Erst kurz vor seinem Tode entdeckte ihn die kulturelle Öffentlichkeit neu als „Geistespol der Zeit".

Eine lange Serie von Fernsehinterviews („Le Spectateur Engagé", 1981) und kurz vor seinem Tod seine Lebenserinnerungen („Mémoires", 1983) wurden zu einem gewaltigen Erfolg. Jetzt brachte die einst von ihm selbst gegründete Zeitschrift „Commentaire" eine Sondernummer zu seinem Gedenken heraus, die in „Texten und Zeugnissen" den ganzen Reichtum seines Denkens darstellt. Nichts könnte einen mehr freuen, als daß dem großen politischen Denker nun auf diese Weise endlich Gerechtigkeit widerführe. Aber die allzu modische Attitüde der späten Pariser Besitznahme hat doch auch etwas Beschämendes. Denn nichts eignet sich im Grunde weniger zur modischen „Welle" als die Sprödigkeit des Aronschen Stils und die Nüchternheit seines Denkens.

Aron war ein Skeptiker und geißelte Utopien und Ideologien. Er warnte vor Illusionen und Irrationalismen, aber auch vor der Erlahmung der Ideen, „mit der die Gefahr der Gewalt nur wächst". Rückblickend, aus der selbstgefälligen Gewißheit der Nachgeborenen heraus, erscheint es nur natürlich, daß er, von seinem privilegierten Beobachtungspunkt als Hochschullehrer in Berlin aus, schon 1932 den Nationalsozialismus voll durchschaute. Aber erschreckend ist doch, daß niemand bis heute genauer, umfassender und gerechter dieses Phänomen analysierte als Aron in einem Artikel aus der damaligen Zeit, der hier abgedruckt ist.

Nach 1940 ging Aron nach London zu de Gaulle, ohne je Gaullist zu werden; er schrieb später Kommentare für den konservativen „Figaro", war aber für die Selbstbestimmung Algeriens; er begrüßte die Dekolonisierung durch de Gaulle, lehnte 1967 aber radikal dessen antiisraelische Haltung ab. Während des nationalen Psychodramas im Mai 1968, als von de Gaulle bis Mitterrand die Politiker und natürlich die Intellektuellen den Boden der Wirklichkeit vollständig unter den Füßen verloren, machte er sich voller Hellsicht und Sarkasmus lustig über die „unauffindbare Revolution".

Aron behielt nicht nur recht („was man mir doch wirklich nicht zum Vorwurf machen kann", wie er einmal komisch klagend gegenüber Jean d'Ormesson bemerkte), sondern er bewahrte auch seinen Sinn für Gerechtigkeit. Am Tage seines Todes noch legte er Zeugnis ab für Bertrand de Jouvenel, der in einem Buch als Wegbereiter des Faschismus in Frankreich verleumdet worden war. Im Zeugenstand sagte Aron aus, seit 1935 habe er das Gefühl gehabt, daß Hitler eine diabolische Persönlichkeit war, aber man habe zu jener Zeit denen, die diese Ansicht nicht teilten, keinen Vorwurf machen können.

Arons Texte aus jener Zeit im „Commentaire" von heute zeigen, daß seine Analyse tiefer ging als seine Aussage vor Gericht; aber jenen, den er verteidigte und der damals nicht diese Einsicht hatte, nannte er einen der zwei oder drei bedeutenden politischen Denker der Zeit. Diese noble Haltung, das Richtige zu erkennen und doch auch gegenüber den Irrenden gerecht zu bleiben, ist eine der schönsten Erbschaften, die uns Aron hinterlassen hat.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Brüssel: Deflo inszeniert „Tristan und Isolde"

Kammerspiel im Schloß

Diesmal hat sich Brüssels Königliche Oper, so erfolgreich seit einigen Jahren, denn wohl doch übernommen. An Wagners „Tristan und Isolde" ist das Haus gescheitert. Wenn auch ehrenvoll und mit dem Versprechen auf Besserung. Man hat, mit doppelter Ironie, Wagner auf seiner Seite. Der sagte einmal, nur mittelmäßige Aufführungen könnten dieses Werk retten. Vollständig gute nämlich müßten das Publikum total verrückt machen. Voilà, Brüssel bietet die gediegene Mittelmäßigkeit, die einem nicht mehr und nicht weniger vorenthält als den Rausch der Musik.

Das ist nicht nur die Schuld des jungen Dirigenten Sylvain Cambreling und des nach wie vor alles andere als erstklassigen Orchesters. Schon die altmodische Akustik des Théâtre Royal de la Monnaie, einst für Sprechtheater und sängermächtige Belcantooper errichtet, drückt den Orchesterklang weg zur puren Begleitung. Das sinfonisch-vokale Gewebe, das gerade beim „Tristan" verlangt ist, will sich hier nicht einstellen. Die Sänger schweben nachgerade im luftleeren Raum, verlieren den instrumentalen Boden unter der Stimme.

Cambreling schlägt zudem sehr langsame Tempi an: jenen alten, schweren Wagner-Ton, der sich heute wieder durchzusetzen beginnt nach den Jahren der Abmagerung und Ausdünnung. Aber für eben dieses glanzvoll wagnerische Strahlen brauchte man natürlich ein Orchester von edlem Klang. Sicherheit der Einsätze, präzisestem Zusammenspiel. All das ist Brüssels Orchester noch nicht.

Noch mehr überrascht freilich, wie da ein ja noch relativ junger Dirigent dem Feuer dieser Musik so gar keine Hitze, keine Intensität abgewinnt. Daß hier Eros musikalisch sich austobt, Menschen nicht nur in die Selbstaufgabe treibt, sondern noch weiter in die Selbstauflösung – das mußte man wissen. Zu erfahren war es in dieser Aufführung nicht.

Dabei waren Interpreten zur Stelle, die sich auskennen mit dem „Tristan". Gwyneth Jones zeigte sich als Isolde in superber stimmlicher Verfassung, Spas Wenkoff zehrt als Tristan heute mehr von der Erfahrung als von vokaler Substanz. Hervorragend Livia Budai als Brangäne, Manfred Schenk (der heute wohl blühendste Wagner-Baß) als König Marke, Franz Grundheber als Kurwenal.

Inszeniert hatte das Werk Gilbert Deflo und sich dazu eines beachtlichen Mitarbeiterstabs bedient. Das Programm verzeichnet zwei Produktionsdramaturgen und einen separaten Beleuchtungschef. Dazu Ezio Frigerio als Bühnenbildner und Franca Squarciapino für die Kostüme.

Frigerios Bühnenbild simuliert eine große Halle in einem prächtigen Schloß, in die wiederum ein Spiegelkabinett eingelassen ist. In dieses Spiegelkabinett passen sich die Versatzstücke für die Tristanhandlung ein: Schiffsbug, Bäume eines Parks, ein nackter Felsen am Meer. Die Protagonisten aber lassen keinen Zweifel daran, daß sie eigentlich Schloßherren des 19. Jahrhunderts sind. Deflo also meidet die autobiographische Parallele Tristan gleich Wagner, Isolde gleich Mathilde Wesendonk, wie Ljubimow oder John Dew sie gezogen haben, verkauft gleichwohl den „Tristan" als Salon-Kammerspiel der Gründerzeit. Das stört nicht, aber es bringt auch nichts.

REINHARD BEUTH

Großer Außenseiter, der Wissenschaftsgeschichte machte: Zum Tode des Staatsrechtlers Carl Schmitt

Preuße, an Deutschland gescheitert

Wenn das Gespräch auf Carl Schmitt kommt, heißt es nur zu oft, daß eine Persönlichkeit, die in vieler Hinsicht zu den großen Verlierern gehört, nach katastrophalen Zeitläufen ihres Vaterlandes nicht viel Anerkennung erwarten darf. In diese Melodie soll hier aber nicht eingestimmt werden – wir gehen deshalb auch nicht auf Schmitts Aufsatz nach der Röhm-Affäre im Jahre 1934 ein („Der Führer schützt das Recht"), mit dem es sich die bisherige Kritik doch zu leicht gemacht hat. Es sei auch sogleich zugestanden, daß nicht Schmitts Verhalten nach dem 30. Januar 1933 zu den unverständlichen Ereignissen im Leben dieses Juristen gehört, sondern daß seine antisemitischen Ausfälle sogar vielen seiner Feinde nicht erklärlich waren.

Ein guter Teil von Schmitts deutschen (und österreichischen sowie schweizerischen) Feinden hat seine Leistungen zwar nicht geleugnet, aber geglaubt, vor dem „Verführerischen" dieses Geistes warnen zu müssen. Das ist im Grunde das Eingeständnis vollständiger Hilflosigkeit; denn der Erfolg des Verführers setzt die Bereitschaft zur Verfügung voraus. Was also kann dieses Verführerische Schmitts gewesen sein? Daß es ein Blendendes im wahren Wortsinne war, wird man von diesem Meister der deutschen Sprache schwerlich behaupten können. Es wäre dies auch ein Armutszeugnis, das sich seine Kritiker selbst ausstellen.

Dennoch enthält die These vom „Verführer" Schmitt einen wahren Kern. Er liegt in einem Problemfeld, das den Deutschen nach wie vor zu schaffen macht, nämlich dem Problem des spezifisch deutschen Verhältnisses zu Macht und Geist: Schmitt war einer jener ganz seltenen Deutschen, deren fachlich-wissenschaftliche Leistungen unbestreitbar sind und die man gleichwohl als „Intellektuelle" ansehen kann, überdies als „nicht-linke" Intellektuelle.

Um Schmitts Leistungen angemessen würdigen zu können, wird man sich endlich an den Gedanken zu gewöhnen haben, daß er als hervorragender deutscher Intellektueller einer unserer großen Einzelgänger war. Carl Schmitt war für Deutschland exzeptionell in vieler Hinsicht. Diese These könnte manches erklären; also auch seine langjährigen Verbindungen mit jüdischen Freunden und Bekannten (wodurch seine antisemitischen Ausfälle noch rätselhafter oder aber eher erklärbar werden). Nicht zufällig war er der Nachfolger von Hugo Preuß, dem geistigen Vater der Weimarer Reichsverfassung, auf dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Berliner Handelshochschule.

Schon seine soziale Herkunft machte ihn im kaiserlichen Deutschland zu einem Außenseiter für die Laufbahn als Lehrer des Öffentlichen Rechts. Carl Schmitt war nämlich Sohn eines Lehrers im Sauerland, dazu (in Preußen) Katholik, dessen Väter von den Bergen über der Mosel stammten. Als Katholik wiederum war er nicht (oder jedenfalls nicht lange) „organisiert". Ob seiner geistigen Qualitäten wollte und brauchte er niemanden. Überdies war er dazu nicht genug „antipreußisch", und er war auch zu sehr Intellektueller. Schmitt besaß zu viele Voraussetzungen, um sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik und auch später der Rolle als Außenseiter entgehen zu können.

Man vergißt zu oft, daß Carl Schmitt nicht nur ein ausgezeichneter „Fachjurist" war, dem die europäische Wissenschaft vom Öffentlichen Recht großartige Leistungen und unzählige Impulse verdankt. Er war mehr als dies: Er stellte einen der in Deutschland sehr seltenen Fälle dar, wo ein Fachwissenschaftler zugleich ein außerhalb seines Fachs überaus bewanderter Mann war, vor allem ein hervorragender Kenner der „schönen Künste". Auch seine wissenschaftlichen Horizonte waren alles andere denn „positivistisch" oder „provinziell". So hat er in einer Zeit des arroganten provinziellen Nationalismus und sorgloser ökonomischer Prosperität vielen Deutschen die Gedankenwelt anderer bedeutender Europäer erneut erschlossen.

Das alles mußte Carl Schmitt im jeweils „offiziellen" Deutschland zu einem Außenseiter wenn nicht des Staates, so doch der Gesellschaft machen. Dadurch ist er zu einer paradigmatischen Gestalt der deutschen Geistesgeschichte geworden. Vielleicht kann man sagen, daß ein so sehr europäisch angelegter Geist wie Carl Schmitt kein anderes Geschick in Deutschland haben konnte: ein sozial nicht passender Konservativer mit (alles andere als unpolitischem) starkem liberalen Einschlag; ein europäisch denkender deutscher Nationalist und ein nicht zum preußischen „Establishment" gehörender katholischer Preuße. Diese Mischung von nicht passenden Elementen macht die Größe Schmitts aus und erklärt (jedenfalls zum guten Teil) auch seine Fehlschläge.

Deshalb wird man sagen dürfen, daß Carl Schmitt wie kaum ein anderer Deutscher – trotz seiner nahezu grenzenlosen Bereitschaft zur Diskussion belangvoller Probleme – günstigenfalls als interessanter „Außenseiter" (im schlimmen Falle als „outcast") deutscher geistiger Kultur behandelt werden mußte. Die von ihm auf weiter Grundlage entfaltete geistige Toleranz konnte kaum auf Verständnis hoffen, weder innerhalb noch außerhalb Deutschlands, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die sich, im Geiste Schmitts, scheuen, auch die menschlichen Qualitäten dieses großen Juristen zum Beweis seiner (trotz allem) unversehrten Integrität ins Feld zu führen.

Kaum ein anderer Deutscher also läßt die Problematik neuerer deutscher Geschichte im Geistigen so deutlich werden wie Carl Schmitt. „Ich für meine arme Person habe die Hoffnung aufgegeben, in den Bergen über der Mosel begraben zu werden, im Lande meiner Väter", sagte er einmal. Die Mosel, tacito rumore Mosella, führt nach Lothringen; auch in die Landschaft von Vic-sur-Selle, wo der rätselhafte Maler Georges de La Tour geboren wurde, in einem Ort also, wo Schmitt Verwandte hatte und wo er sich gerne aufhielt.

Mit diesem Satz Schmitts wird die prä-nationale Geschichte Europas und damit auch Deutschlands angerufen. Mit einem ihrer Zeugen, nämlich Carl Schmitt, ist Deutschland noch immer nicht zu Rande gekommen. Es ist sehr die Frage, ob Carl Schmitt an Deutschland gescheitert ist oder der deutsche Geist an ihm.

ROMAN SCHNUR

Genialer Jurist, Freund der Schönen Künste, nichtlinker Intellektueller: Der Staatsrechtler Carl Schmitt (1888 bis 1985) FOTO: DIE WELT

50 Jahre „Aufbau" – Eine Ausstellung in Berlin

Heimat für Einwanderer

„The voice of constructive idealism" nannte John F. Kennedy die deutschsprachige, in New York erscheinende Zeitung „Aufbau", und Konrad Adenauer sah in ihr „ein Symbol des Lebenswillens der aus ihrer Heimat vertriebenen Juden". Eine kleine Ausstellung, die unter Mitwirkung des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund zustande kam, dokumentiert in der Bibliothek der Freien Universität Berlin 50 Jahre engagierter journalistischer Arbeit dieser außerordentlichen Emigrantenzeitung.

Seit November 1939 erschien der „Aufbau" als Wochenzeitung; er hatte sich aus dem monatlichen, dann halbmonatlich herausgegebenen Vereinsorgan des German Jewish Club (später New World Club) entwickelt. Zwei Chefredakteure prägten das Gesicht dieser weltweit gelesenen und beachteten Zeitung: der frühere Ullstein-Redakteur Manfred George und Hans Steinitz, ebenfalls ein Berliner. Thomas Mann, Franz Werfel, Hermann Broch und Leon Feuchtwanger haben im „Aufbau" geschrieben. Es erschienen Gedichte von Berthold, Viertel, Ernst Waldinger, Hans Sahl, Hilde Marx und Max Barth.

Diese Zeitung wurde zur Zeit der barbarischen deutschen Judenvernichtung und -vertreibungen zu einem lebendigen Instrument der Selbsthilfe. Einige Tage vor der „Kristallnacht" hieß es: „Auf den Gesichtern amerikanischer Juden erstirbt das überlegene Lächeln, mit dem man noch vor kurzem die verzweifelten Warnungen deutscher Emigranten beiseite schob". Am 3. Juli 1942 lautete die Schlagzeile: „Die Verschwörung des Schweigens – über eine Million Juden umgekommen".

Die Zeitung bot den Emigranten sprachlich eine Heimat. Sie vermittelte Englischkenntnisse. Mit ihrem Inseratenteil half sie bei der ersten Wohnungssuche, am Beginn einer zweiten Existenz. Der „Aufbau" sammelte für ein Kampfflugzeug, das Elisabeth Bergner 1943 auf den Namen „Loyalty" taufte. Loyalität – das bedeutete ein vehementes Bekenntnis zu dem Land, das die Vertriebenen aufnahm, zu Amerika. 1947 – „nach 2000 Jahren der Sehnsucht" – begrüßte der „Aufbau" dann enthusiastisch den Beschluß zur Errichtung des jüdischen Staates in Palästina.

Die Zeitung hat die Geburt der Bundesrepublik zunächst skeptisch und distanziert verfolgt. Aber das Mißtrauen wich dem Wunsch nach Verständigung und Ausgleich. Hierfür stehen nicht nur die vom „Aufbau" mitinitiierten Besuchsprogramme für Exilberliner in Deutschland. Besonderes Augenmerk der Journalisten galt den Spuren jedwedes Anti-Semitismus in Deutschland und im Kampf gegen die Verjährung von Naziverbrechen.

Heute erleidet die Zeitung das Schicksal vieler Emigrantenorgane, wenn erst die zweite Generation der Zuwanderer sich auch sprachlich akklimatisiert hat: Die Auflage ist von früher 50 000 auf 15 000 Exemplare zurückgegangen. An Elan, Mut und Engagement fehlt es den Zeitungsmachern freilich nicht.

Neben Titelseiten und Literatur aus Beständen der Universitätsbibliothek zu den Themen Vertreibung und Vernichtung der Juden und zum deutsch-jüdischen Verhältnis findet der Betrachter auch Karikaturen des Meisters der „Kopf-Stenogramme", B. F. Dolbin, und von Ludwig Wronkow. Dolbin war drei Jahrzehnte Kunstkritiker des „Aufbau". Wronkow, Mitbegründer und jahrzehntelang Redakteur, erhielt 1981 die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Kommunikationswissenschaften der Freien Universität.

PETER HANS GÖPFERT

KULTURNOTIZEN

Eine Bulgarische Buchausstellung beginnt am 15. April in Wiesbaden. Sie bildet den Auftakt zu einer bulgarischen Kulturwoche.

Mehr als 100 Chöre und Orchester werden vom 20. April bis zum 19. Mai zum „Bergischen Chorfest 1985" zusammenkommen.

Werke Gottfried Helweins, des Malers und Graphikers, präsentiert eine Ausstellung in der Wiener „Albertina" noch bis zum 5. Mai.

Zwei Meißner Vasen, die als die größten, bekanntesten Porzellanvasen Europas gelten, werden erstmalig im Museum der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Meißen gezeigt.

Das Düsseldorfer Stadttheater gastiert zur Zeit mit dem Lessing-Drama „Nathan der Weise" in Israel.

London zeigt sowjetische Keramik und Textilien

Spitzbart auf dem Teller

Die Bolschewiken-Revolution von 1917 hat viel Porzellan zerschlagen, buchstäblich und im übertragenen Sinne, aber sie hat auch neues Porzellan geschaffen. Schon zwei Monate nach dem Umsturz ging es los. Mit welcher Verve damals von der „neuen Zeit" inspirierte Künstler porzellanene, irdene und auch textile Gebrauchsgegenstände wie Teller, Tassen, Suppenterrinen, Stoffe und Kleider mit den Symbolen der Sowjetmacht verzierten, zeigt zur Zeit eine sehr lebendig inszenierte Schau im Londoner *Crafts Council* am Waterloo Place, von der man munkelt, sie sei von Frau Gorbatschow höchstpersönlich während des letzten Londonbesuches ihres Mannes angeregt worden.

Diese erste Ausstellung ausschließlich sowjetischer Keramik und sowjetischer Textilien zwischen 1917 und 1935 eröffnet interessante Einblicke in die Mentalität der Jahre nach der Revolution. Wenn man dem Titel, „Kunst geht in die Produktion", folgen wollte, müßte man annehmen,



Kostümentwurf von W. Stepanowa, aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

alles sei damals für die unmittelbare Praxis des „werktätigen Alltags" bestimmt gewesen. Doch das trifft nicht zu. Viel von dem von den „progressiven" Künstlern entworfenen Geschirr landete keineswegs auf den Tischen der Arbeiter und Bauern, es diente vielmehr als *Propagandaträger* auf staatlichen Ausstellungen oder in den Foyers der Parteihäuser, um die „sozialistische Moral" anzufeuern, oder auch, um im Westen für das Regime zu werben.

In Rot und Gold sind da Slogans über die Platten gepinselt wie „Es lebe die 3. Internationale!" oder „Helft den Hungernden der Wolga-Region!". Lenins spitzbärtiges Portrait wird flankiert von Tellern mit ährensammelnden Bäuerinnen und muskulösen Arbeitern. Daneben kommt aber auch noch der abstrakte Stil der Suprematisten zu Wort. Führende Künstler wie Malewitsch, Kandinsky, Tatlin, Rodschenko und Chasniak bemalten Geschirr mit freischwebenden geometrischen Formen in leuchtenden Farben. Während ein Agitprop-Teller etwa ein „Nieder mit der Bourgeoisie!" abdonnerte, schuf Malewitsch zur gleichen Zeit gänzlich unfunktionelle weiße Halbtassen, die – entgegen wohl der künstlerischen Absicht – die „reine Form" feiern.

Die politische und künstlerische Aufbruchstimmung spiegelt sich auch in den Textilien wider. Einige Stoffe wirken wie schwarz-weiße Op-Art. Bei näheren Hinsehen entpuppt sich das abstrakte Muster jedoch als endlos repetiertes Motiv von Traktoren oder Fabrikschloten. Ferner gibt es Baumwollstoffe, die das neue Bauernparadies mit Fruchtranken im Stile des 18. Jahrhunderts feiern. Dann wieder ist auf schwarzem Grund die „Mechanisierung der Roten Armee" eingewoben, oder elektrische Glühbirnen entfachen auf Tuch ein Feuerwerk an zuckenden Farben und Formen.

Doch wie bei der Keramik emanzipieren sich auch manche dieser Stoffe zu Trägern der reinen Abstraktion, der schieren Energie von Farbe und Form. Welches künstlerische Potential Rußland in jenen Jahren besaß, zeigen auch diese Beispiele des Kunsthandwerks. Anfang der dreißiger Jahre war dann mit allem Schluß, der „Sozialistische Realismus" hielt Einzug, und die Künstler, die sich nicht fügten, wurden zum Verstummen gebracht. (Bis zum 28. April. Katalog 7,95 Pfund). HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Gedanken und Bilder zur deutschen Wirklichkeit

C. W. Bonn

Die innerdeutsche Grenze und die Mauer durch Berlin als unübersehbares Mal der Teilung sind Thema der Broschüre „Deutsch-Deutsche Realität", die Jürgen Richter zugunsten des Vereins zur Unterstützung von „DDR"-Flüchtlingen herausgegeben hat. Auf 25 Seiten finden sich bedrückende Fotos der Grenzanlagen oder der Mauer. Kurze Essays mit Titeln wie „Die Mauer ist Angst" von Ulrich Schacht oder „Nach 28 Jahren von Deutschland nach Deutschland" von Michael Richter und Kommentare von Bonner Journalisten spiegeln das Leben mit der Grenze und die Einstellung zu ihr. Das Heft kann beim Verein Grenzopfer e. V., 3119 Barum, für 2,50 Mark plus Porto bestellt werden.

Oberhausener Kurzfilmtage wollen Akzente setzen

dpa, Oberhausen

Bei den 31. Westdeutschen Kurzfilmtagen in Oberhausen werden vom 22. bis 27. April 102 Filme aus 37 Ländern gezeigt. Neun davon kommen aus der Bundesrepublik, darunter „Asyl" von Friedrich Klütsch oder „Nie wieder: Bis zum nächsten Mal", eine deutsch-schweizerische Koproduktion von Gertrud Pinkus. Auffallend ist die Vielfalt von Beiträgen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. „Programmakzente" werden auch von Arbeiten aus den sozialistischen Ländern Europas erwartet.

Arbeitswoche über Antonin Artaud

Reg. Stuttgart

Das Internationale Theaterinstitut veranstaltet zusammen mit den Württembergischen Staatstheatern und dem Institut Français vom 22. bis zum 26. April in Stuttgart eine großangelegte Artaud-Woche. Dabei sollen die Überlegungen des exzentrischen Theatermannes in Vorträgen, Seminaren und Workshops vorgestellt werden. Trainingsmethoden, die in der Tradition Artauds stehen, werden erprobt. Dazu finden Gastspiele und eine „Cenci"-Produktion der Schauspielschule statt. Das Kommunale Kino zeigt Filme, in denen Artaud mitwirkt.

Promenaden-Konzerte in der Albert Hall

DW. London

Die 91. Henry Wood Promenaden-Konzerte beginnen in diesem Jahr am 19. Juli in der Londoner Albert Hall. Zum Europäischen Jahr der Musik sollen zunächst Konzerte gegeben werden, die Bach, Händel, Scarlatti und Schütz gewidmet sind. Höhepunkte sollen die britische Uraufführung von Steve Reichs „Desert Music", eine Neuinszenierung der Carmen von der Glyndebourne Opera und zwei Konzerte des Pittsburgh Symphony Orchestra sein. Die Saison dauert bis zum 14. September.

Der jüdische Einfluß auf Polens Kultur

J. G. G. Berlin

Der exilpolnische „Archipelag"-Verlag in West-Berlin hat das neueste Buch von Henryk Grynberg, „Die unkünstlerische Wahrheit", herausgegeben. Grynberg befaßt sich hier mit dem deutschen und polnischen Antisemitismus, dem jüdischen Einfluß auf beide Kulturen sowie dem „Holocaust in der polnischen Literatur". Grynberg war nach dem Krieg Schauspieler am Jüdischen Theater in Breslau und Warschau. Sein literarischer Durchbruch gelang ihm mit dem Buch „Der jüdische Krieg". Der Autor, der durch zahlreiche Romane über das Judentum in Polen und Nachkriegsschlesien bekannt geworden ist, lebt heute im Exil in den USA.

Sommerakademie vergibt erstmals Stipendien

DW. Baden-Baden

Die Baden-Badener Meisterkurse der „Carl-Flesch-Akademie" finden in diesem Jahr vom 10. bis zum 24. August mit Ruggiero Ricci, Violine, Wolfram Christ, Viola, Michael Flaksman, Violoncello, und Klaus Stoll, Kontrabaß, als Lehrer statt. Besonders begabte Kursteilnehmer werden durch zwei neue Auszeichnungen geehrt; die Universität Michigan vergibt ein einjähriges Stipendium bei Ruggiero Ricci in den USA und das Baden-Badener Orchester den Stennebrüggen-Preis. Anmeldeschluß ist der 1. August.

Château de Belœil für Besucher wieder offen

J. B. Brüssel

Das „Château de Belœil", eines der schönsten Schlösser Belgiens, nahe der Stadt Ath in der Provinz Hennegau, kann jetzt wieder besucht werden. Die „Perle in Grau und Rosa", so nannte ein Reiseschriftsteller das Schloß, birgt in seinen Sälen bedeutende Kunstschätze, wertvolle Tapisserien und altes chinesisches Porzellan.

Mangel an Trinkwasser und Sanitäranlagen

DW. New York

Mindestens 1,7 Milliarden Menschen – etwa jeder vierte auf der Erde – sind nicht ausreichend mit gesundem Trinkwasser versorgt; dazu leben rund 1,9 Milliarden ohne sanitäre Anlagen.

Diese Zahlen veröffentlichten die Vereinten Nationen als erste Bilanz eines Zehn-Jahre-Projekts, mit dessen Hilfe die Trinkwasser- und Sanitärversorgung in den Ländern der Dritten Welt verbessert werden soll. Trotz der immer noch desolaten Lage verzeichnet die Kampagne erste Erfolge: So sind nach drei von zehn Jahren schon 90 Millionen Städter und 250 Millionen Landbewohner an eine Wasserversorgung angeschlossen worden. Für die Städter verbesserte sich dadurch der Versorgungsgrad zwar nur von 70 auf 71 Prozent, gleichwohl wertet man das im Glaspalast der UNO als Erfolg. Die Landbevölkerung in den Entwicklungsländern war 1983 zu 41 Prozent ausreichend mit Trinkwasser versorgt.

Den größten Schritt nach vorne machte man in Lateinamerika, in der Karibik und in den Ländern Westasiens. Total unterversorgt bleiben hingegen Afrika bei der Trinkwasserversorgung sowie Asien und der pazifische Raum bei den Sanitäranlagen. In Indien gab es '83 nur für ein Prozent der Stadtbevölkerung und 30 Prozent der Landbewohner sanitäre Einrichtungen.

Welche Auswirkungen unzureichende Wasserversorgung hat, verdeutlicht eine Zahl: Jedes Jahr sterben bis zu 15 Millionen Kinder an Krankheiten, die vor allem durch verunreinigtes Wasser verursacht werden.

Höhenjäger auf Kollisionskurs

Steinadler contra Segelflieger / Flugverbot während der Brutzeit?

KURT POLLAK, Wien

Hoch über Österreich tobt in diesen Tagen ein regelrechter Kampf, ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den Steinadlern, dem Wappenvogel des Landes und Beherrscher des Luftraums, und den Segelfliegern als ungebetenen Gästen. Und wieder einmal droht dem Tier die Ausrottung.

Allein in der vergangenen Woche wurden in Osttirol drei Adler mit einer Flügelspannweite bis zu zweieinhalb Metern Opfer solcher „Luftzwischenfälle". Dabei gibt es in ganz Europa nach Schätzung von Experten allenfalls noch rund 150 Paare dieser raren Gattung – davon 40 bis 50 in den Alpen – und nur noch sieben in Deutschland.

Diese „Könige der Lüfte" haben jetzt mit ihrem Brutgeschäft begonnen und sind entsprechend aggressiv. Zu diesem Zeitpunkt betrachten sie jeden größeren Eindringling – unabhängig von der Gattung – als Rivalen, der ihnen das Revier oder gar ihre in schwindelnder Höhe an Felswände geklebten Horste streitig machen will.

Tatsächlich berichteten Segelflieger, daß ihre Flugzeuge von den Adlern offensichtlich als riesige „stumme Vögel" betrachtet und deshalb todesmutig, geradezu in Kamikazemanier attackiert wurden. Daß bei diesen Luftduellen die Adler den kürzeren ziehen, liegt auf der Hand. Drei stürzten mit gebrochenen Flügeln in die Tiefe. Zwei überlebten den ffprall nicht; der dritte erhielt den Fangschuß. Aber auch ein Segelflieger wurde zur Notlandung gezwungen, überlebte aber.

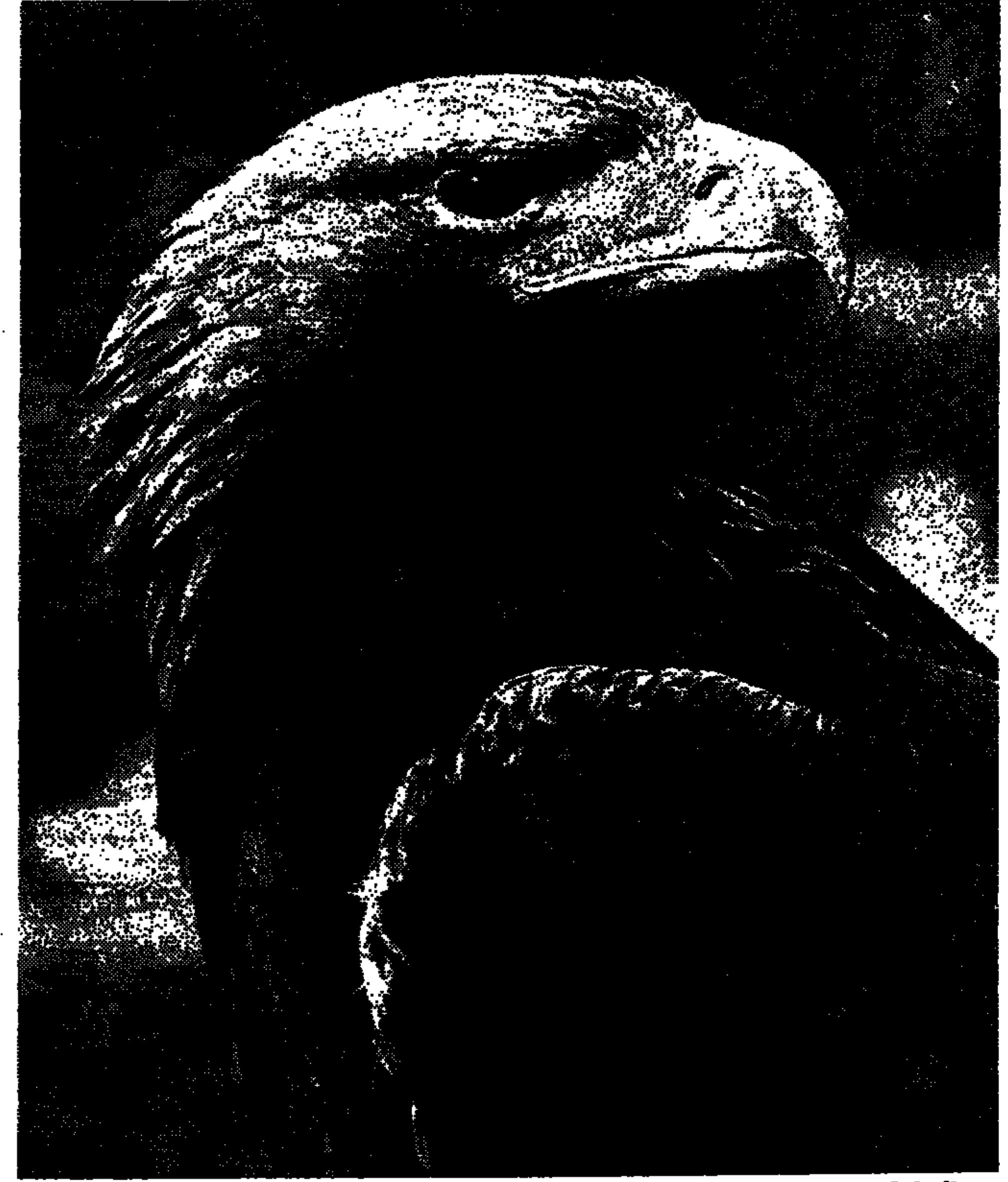
Osttiroler Jäger wissen, daß Steinadlerpärchen nicht nur lebenslang einander treu bleiben, sondern auch ortsgebunden sind. Dort, wo sie ihre Horste erbauten, betrachten sie den Luftraum im Umkreis von einigen Quadratkilometern sozusagen als Privateigentum. Um dieses Revier gegenüber Eindringlingen zu verteidigen, setzen sie unerschrocken, auf ihre Kräfte und Flugkünste vertrauend, ihr Leben ein.

Drei der in der vergangenen Woche angegriffenen Piloten berichteten, daß sie von den Raubvögeln zunächst in geradezu ritterlicher Weise durch zwei bis drei Scheinangriffe offensichtlich zum Abdrehen gezwungen werden sollten, ehe sie im Sturzflug direkt attakkiert wurden. Mit ihren scharfen Schnäbeln und Fängen hackten die Adler gegen die Verkleidungen und Glaskanzeln der Segelflugzeuge. Die unerschrockenen Frontalangriffe nutzten dennoch nichts: Die Maschinen erwiesen sich als uneinnehmbare Festung. Die Tiere stürzten ab.

Doch auch die Flugzeuge bekamen ihren Teil ab. Am vergangenen Ostersonntag wurde ein deutscher Segelflieger, der im Rauchkofelgebiet bei Lienz in Osttirol einem solchen „Kamikazeangriff" ausgesetzt gewesen war, zur Notlandung gezwungen.

Österreichische Biologen und Tierschützer schlugen nun Alarm. Der Vogelforscher Professor Dieter Strobl aus Villach in Kärnten kritisierte die Osttiroler Segelflugvereine, weil sie offenbar nicht in der Lage wären, ihre Mitglieder vor den Flügen in Adlerbrutgebiete abzuhalten oder aber nicht wollten. „Wenn hier nicht bald etwas geschieht, werden wir den Adler nur noch auf dem österreichischen Wappen bewundern dürfen." Verhaltensforscher erklärten, daß es darüberhinaus für Segelflieger einfach wäre, derartige Zweikämpfe zu vermeiden; der Pilot müßte nach den ersten Scheinangriffen nur eine Kursänderung vornehmen. Tut er das nicht, macht der Vogel ernst.

Am sinnvollsten sei aber ein totales Flugverbot während der Nestbau- und Brutzeit von Ende Februar bis Mitte Mai.



Gefährden Segelflieger seine Lufthoheit? Ein Steinadler, einer von nur noch rund dreihundert Exemplaren in Europa. FOTO: RÖHNERT

Weitergabe von Organteilen in Kliniken üblich

dpa, Hamburg

Die Entnahme von Organen bei Sektionen und deren Weitergabe an pharmazeutische Unternehmen ist offenbar bei einigen deutschen Universitätskliniken üblich. In keinem Fall werden sie jedoch verkauft, sondern es wird nur eine Aufwandsentschädigung für zusätzlich geleistete Arbeit verlangt. Eine Pflicht zur Bestattung auch dieser Teile besteht nicht, heißt es in einer Antwort des Hamburger Senats auf eine kleine Anfrage. Eine Abgabe zur Gewinnung pharmazeutischer Präparate könne in Betracht kommen, wenn diese Produkte für Heilzwecke von besonderer Bedeutung sind. Der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am Klinikum der Gießener Justus-Liebig-Universität, Professor Günter Schewe, vertritt dagegen die Auffassung, daß das Strafgesetzbuch die Entnahme von Leichenteilen verbiete. Die Rechtslage sei aber nach wie vor unklar, da bisher in der Bundesrepublik kein spezielles Gesetz dazu verabschiedet worden sei. Nach einer dpa-Umfrage werden in München, Hannover, Gießen, im Saarland und Bremen Organteile von Leichen an Pharmaunternehmen weitergegeben.

Nochmals operiert

dpa, Bonn

Die 43jährige Deutsche, die bei dem Attentat auf den 30 Jahre alten libyschen Regimegegner Gebril El Denali am Ostersamstag in der Bonner Innenstadt durch einen der fünf Schüsse schwer verletzt worden war, muß zum dritten Mal operiert werden. Sie schwebt noch immer in Lebensgefahr. Der zweite verletzte Passant, ein 46jähriger Mann, dem eine Kugel den Kiefer zertrümmert hat, konnte schon am Dienstag in der Universitätsklinik von der Intensiv- auf die Normalstation verlegt werden.

Cholera nicht gebannt

dpa, Mogadischu

Die schwere Cholera-Epidemie, die vor über zwei Wochen in nordsomalischen Flüchtlingslagern ausgebrochen war, hat bisher mindestens 1520 Todesopfer gefordert, teilte Radio Mogadischu unter Berufung auf das Gesundheitsministerium des Landes mit.

Schwere Unwetter

rtr/AFP, Lima/Brasilia

In Peru sind bei einem Erdrutsch am vergangenen Sonntag mindestens 120 Menschen getötet worden. Etwa 200 Menschen werden noch vermißt. Das Unglück ereignete sich in einem Dorf des Bezirkes Colcabamba. Wolkenbruchartige Regenfälle haben nach jahrelanger Trockenheit im Nordosten Brasiliens zu schweren Überschwemmungen geführt und rund 250 000 Menschen obdachlos werden lassen. Am stärksten betroffen ist der Bundesstaat Ceara.

Gasunfall an Autobahn

rtr, Lyon

Ein Vorort der südfranzösischen Stadt Lyon mußte gestern teilweise evakuiert werden, nachdem sich ein mit explosivem Butan- und Propangas beladener Lastwagen auf der vorbeiführenden Autobahn überschlagen hatte. Der Flugverkehr über Lyon wurde unterbrochen, die Autobahn Lyon–Grenoble gesperrt.

Hilflose Greisin

dpa, Düren

Tagelang hat eine 83jährige Frau aus Köln bei Düren-Birkesdorf hilflos auf freiem Feld gelegen, nachdem sie von einem Unbekannten offenbar überfallen und vergewaltigt worden war. Spielende Kinder fanden am Dienstag nachmittag die bewußtlose und erheblich verletzte Greisin. Nach bisherigen Ermittlungen war die alleinstehende alte Frau in der Nacht zum Ostersonntag etwa eine Stunde nach Mitternacht mit dem Zug aus Köln in Düren angekommen. Weil sie keine Fahrkarte nach Düren hatte, hatte sie zwar die Bahnpolizei kurz vernommen, aber wieder gehen lassen, da keine Vermißtenanzeige vorlag. Wie sich später herausstellte, hatte sie eine Fahrkarte von Köln nach Koblenz in der Tasche und war in Köln in den falschen Zug gestiegen. Da sie noch nicht vernehmungsfähig ist, kann man sich die Zusammenhänge noch nicht erklären.

LEUTE HEUTE

Neuer Start

Seit einigen Monaten litt sie an unerträglichen Kopfschmerzen und an schwindender Sehkraft. Sie vertrug weder das grelle Tageslicht noch das Gleißen der Bühnenscheinwerfer. Deshalb sah man die hübsche Frau in letzter Zeit nur mehr mit schwarzen Brillen. Es gab nur eine Möglichkeit: die Operation. Gestern vertraute sich Frankreichs beliebte Chansonsängerin **Dalida** (47) in Paris den Augenärzten Professor **Yves Poulignon** und **Godet-Joly** an. „Ich wollte in der Nähe meiner Freunde und meines Bruders **Orlando** sein", meinte Dalida vor dem Eingriff. Nach einem Genesungsurlaub will sie bereits Ende Mai wieder auf der Bühne stehen. Ihr neuer Start im Rampenlicht soll mit einer Deutschland-Tournee beginnen.

Heimliche Spende

Popmusiker haben nun mal nicht den Habitus von Dutzendmenschen. Daran hat man sich gewöhnt. Doch wer den Chef der britischen Gruppe „Culture Club" zum erstenmal sieht, ist trotzdem irritiert. Seine Markenzeichen sind Frauenkleider und eine beträchtliche Portion Schminke im Gesicht, von den Zöpfchen ganz abgesehen. Sein bevorzugter Umgang sind Männer, die ebenfalls Frauenkleider tragen. Kein Wunder, daß **Boy George** (24) häufig gefragt wird, ob er homosexuell sei. Jetzt gab er diesen stets dementierten Gerüchten neue Nahrung. Er spendete heimlich 54 000 Mark an die „Terrence Higgins Stiftung" zur Erforschung der vor allem in homosexuellen Kreisen grassierenden Immunkrankheit Aids. Terrence Higgins war übrigens der erste Engländer, der an Aids gestorben ist.

Selbstlose Hilfe

Das deutsch-amerikanische Komitee „Kunst für Olympia" (CAFO) und sein Sprecher **Kurt Arentz** haben allen Grund zur Freude. Sie haben einen prominenten Förderer gefunden: den Surrealisten **Salvador Dali**. Der Meister hat mehrere Medaillenentwürfe geschaffen, die Sportdisziplinen wie Hochsprung, Diskuswurf, Bogenschießen und Schwimmen darstellen. Der Erlös soll gemeinnützigen Zwecken zufließen. Arentz hofft, daß auch deutsche Künstler an dieser Aktion teilnehmen und Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** das Projekt unterstützt. Die Arbeiten aller Künstler des Förderkreises werden dann in der Ausstellung „Kunst für Olympia" zu sehen sein, die CAFO-Präsident **John Zavrel** zur Zeit in New York vorbereitet.

Der Tod eines kleinen Jungen hält ein Land in Atem

Mythische Auseinandersetzung zwischen zwei Clans / Frankreichs Justiz tappt im Mordfall Villemin weiter im dunkeln

A. GRAF KAGENECK, Paris

Eine Landschaft, die als Kulisse für ein Drama nicht besser erdacht werden könnte, ein ermordetes Kind am Gitter eines Staubeckens, der mutmaßliche Mörder, von der Justiz auf freien Fuß gesetzt, vom Vater des Opfers in Selbstjustiz niedergeschossen, zwei Frauen, die wie Brunhild und Kriemhild die Schicksalsfäden zu flechten und entflechten scheinen, und zwei Familienclans, die sich in tödlicher Feindschaft gegenüberstehen, die Gewißheit, daß weiteres Blut fließen und die Justiz demgegenüber ohnmächtig sein wird – das alles ist die Geschichte um den kleinen vierjährigen Gregory Villemin und seinen Tod, eine Geschichte, die Frankreich nun seit fünf Monaten in Atem hält.

Täter im Bekanntenkreis

Am 16. Oktober 1984 wurde Gregory Villemin am Rand eines kleinen Staubeckens im Vologne-Bach beim Ort Docelles in den Vogesen, unweit der alten Mosel-Festung Epinal, tot aufgefunden. Er war nur wenige Stunden vorher ertränkt worden, an Händen und Füßen gefesselt. Ein klarer Fall von kaltblütigem Mord. Wer konnte der Täter sein?

Die Gendarmen von Bruyeres, einem größeren Ort 13 Kilometer bachaufwärts, gingen an die Arbeit. Auffällig war, daß die Eltern erst verhältnismäßig spät Meldung vom Verschwinden des Kindes gemacht hatten. Gab es einen Zusammenhang zwischen ihnen und dem Täter? Lag ein Racheakt vor, bestanden Beziehungen zwischen der Kindesmutter und dem Mann, der das Kind umgebracht hatte, oder war ein Unfall in ein Verbrechen verkleidet worden, um Spuren zu verwischen? Der Täter jedenfalls mußte im engsten Kreise von Christine und Jean-Marie Villemin, den noch nicht 30jährigen Eltern des Opfers, gesucht werden.

Die Gendarmen, nach französischer Verwaltung zuständig für Verbrechen, die in der Provinz geschehen, brauchten sich bei der Suche nach „Zeugen" nicht lange aufzuhalten. Massenweise gingen Hinweise, Telefonanrufe, Denunziationsbriefe auf ihrem Büro in Bruyeres ein.

Inzwischen war der junge Capitaine Sesmat, Chef der vorgesetzten Dienststelle in Epinal, mit dem Fall betraut worden. Und Sesmat gewann bald die Überzeugung, daß es sich um einen Racheakt in der Familie, um eine lange zurückliegende, nahezu mythische Auseinandersetzung zwischen zwei Clans, dem Clan Villemin und dem Clan Laroche, der eine in Lepanges, der andere im 10 Kilometer entfernten Aumontzey ansässig, handeln müsse. Mittelpunkt beider: Bernard Laroche, ein 27jähriger Vormann in einer Spinnerei.

Laroche, verheiratet mit Marie-Ange Bolle und Vater eines vierjährigen Sohnes, war, so das Volksgemurmel, der Geliebte von Christine Villemin gewesen und, wer weiß, vielleicht der Vater des getöteten Gregory.

Eifersucht als Motiv

Lag ein Eifersuchtsdrama zwischen den beiden Frauen vor, dessen unschuldiges Opfer der kleine Gregory werden sollte?

In der wachsenden Unentwirrbarkeit der Motive konzentrierte Capitaine Sesmat seinen Verdacht auf Bernard Laroche. Er konnte auch den jungen Untersuchungsrichter Lambert in Epinal von seinen Verdachtsmomenten überzeugen, nachdem es ihm gelungen war, das Alibi Laroches zu zerstören: Muriel Bolle, die 15jährige Schwägerin Laroches, hatte nach 25stündigem Verhör gestanden, den Schwager und das Kind am Nachmittag des 16. Oktober zum Tatort begleitet zu haben. Am 5. November wurde Laroche an seinem Arbeitsplatz verhaftet.

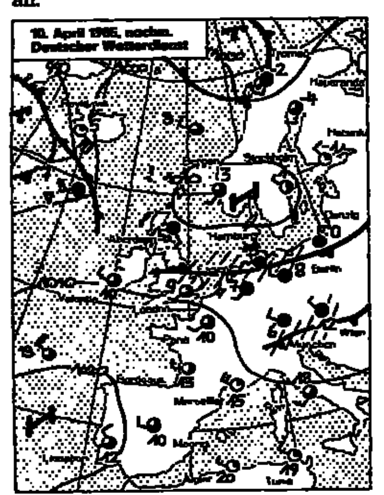
Aber Richter Lambert kam nicht zu einer Anklage-Erhebung. Zeugin Muriel schwor ihrem Geständnis ab. Sie habe unter Drohung der Gendarmen eine Phantasiegeschichte erzählt, um in Ruhe gelassen zu werden. Der Verdacht des Richters richtete sich nun, nachdem Laroche am 4. Februar wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, gegen die Kindesmutter. Aber auch hier kam der Richter nicht weiter. Entnervt und am Ende seines Lateins, bat er Ende März um einen Erholungsurlaub und verließ Epinal.

Am gleichen Tage, dem 29. März um 1.25 Uhr, krachte im Wald bei Aumontzey ein Schuß aus einer Schrotflinte. Jean-Marie Villemin, überzeugt von der Schuld seines einstigen Freundes und verbittert vom Versagen der Justiz, hatte Bernard Laroche auf dem Heimweg gestellt und erschossen. Für ihn ist Gregory gerächt. Die Familie des Ermordeten hat den Villemins Blutrache geschworen. Jean-Marie ist in Polizeigewahrsam. Seine Frau Christine erwartet ihr zweites Kind.

Ein neuer Richter und andere Polizeibeamte haben den Fall in die Hände genommen. Das Vertrauen der Franzosen in ihre Justiz ist noch ein wenig mehr angeschlagen.

WETTER: Vorübergehend sonnig

Wetterlage: Nach kurzer Wetterberuhigung greifen Tiefausläufer von Westen her auf Deutschland über und führen wolkenreiche Atlantikluft heran.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, ... Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. * Schneefall. ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Donnerstag:
Im Küstengebiet stark bewölkt und vereinzelt Niederschlag, später Auflockerungen und niederschlagsfrei. Im übrigen Deutschland wolkig mit Aufheiterungen. In der zweiten Tageshälfte Bewölkungszunahme und zeitweise leichter Regen. Temperaturen zwischen 11 Grad im Norden und 16 Grad im Südwesten. Nachtwerte im Osten um 4, im Rheinland um 8 Grad.

Weitere Aussichten:
Unbeständig. Temperaturen nicht wesentlich verändert.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	23°
Bonn	10°	Kopenh.	0°
Dresden	10°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	9°
Frankfurt	11°	Madrid	10°
Hamburg	5°	Mailand	15°
List/Sylt	2°	Mallorca	19°
München	6°	Moskau	5°
Stuttgart	9°	Nizza	17°
Algier	20°	Oslo	0°
Amsterdam	8°	Paris	10°
Athen	24°	Prag	10°
Barcelona	17°	Rom	18°
Brüssel	9°	Stockholm	1°
Budapest	12°	Tel Aviv	23°
Bukarest	26°	Tunis	20°
Helsinki	-1°	Wien	12°
Istanbul	19°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.34 Uhr, Untergang: 20.13 Uhr; **Mondaufgang:** 4.09 Uhr, Untergang: 11.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Zum Tod einer einmaligen Erzählerin

ROLF ITALIAANDER, Hamburg

Jahrelang war sie schwerkrank. Sie stemmte sich gegen das Sterben mit all' ihrer fast schon legendären Energie. Nun ist sie am 4. April im Alter von 93 Jahren in Blankenese eingeschlafen, wie erst gestern bekannt wurde. Sie war eine der profiliertesten Hamburgerinnen, die freilich aus Österreich stammte. Wilma Pratl, gebore 1892 in Wien, war eine Beamtentochter, die 1912 in die Hansestadt kam.

Ein bildschönes Weaner Madl, wollte sie als Schauspielerin am Deutschen Schauspielhaus Hamburg ihre Karriere beginnen. Sie lernte den Rechtsanwalt Dr. jur. Dr. phil. Adolf Mönckeberg kennen, den Sohn des prominenten Hamburger Bürgermeisters Dr. Johann Georg Mönckeberg, nach dem die berühmte Hamburger Geschäftsstraße benannt ist. Die Hamburger waren nicht begeistert von der Ehe des beliebten Bürgermeistersohnes mit einer „Ausländerin". Unter dieser Ablehnung litt die selbstbewußte junge Dame sehr. Eines Tages jedoch zeigte sich Bürgermeister Mönckeberg mit Sohn und Schwiegertochter demonstrativ in seiner Theaterloge. Von Stund' an



Wilma Mönckeberg-Kollmar – Trauer um eine Hamburgerin aus Wien FOTO: DPA

war Wilma Mönckeberg in der Hamburger Gesellschaft akzeptiert. Die Ehe währte nur elf Monate. Adolf Mönckeberg fiel bereits im Oktober '14.

Aus dieser Ehe hatte die Künstlerin einen Sohn Jasper, der im Zweiten Weltkrieg umkam. 65 Jahre war sie dann mit dem Industriellen und Kunstmäzen Wilhelm O. H. Kollmar verheiratet. Die Ehe war sehr glücklich und kreativ. Allerdings hatte Frau Mönckeberg zwei Fehlgeburten. Unter dem Verlust dreier Kinder litt sie Zeit ihres Lebens.

Sie rettete sich spirituell in die Welt der Märchen und wurde eine der genialsten deutschen Interpretinnen des internationalen Märchengutes. Ihre Bücher „Das Märchen und unsere Welt" und „Klangleib der Dichtung" sind wichtige Kompendien. Sie arbeitete in den zwanziger Jahren mit dem Begründer des deutschen Ausdruckstanzes Rudolf von Laban zusammen und schuf gemeinsam mit ihm Chorwerke. Zu Recht wurde sie Professor für Phonetik an der Universität Hamburg.

Noch mehr als bei Kindern hatte sie bei Erwachsenen Erfolg mit ihren dramatichen Rezitationen und Interpretationen. Sie bereiste als Rezitatorin 17 Länder und galt international als „zeitlose Künderin zeitloser deutscher Dichtung". Selbst gestandene Männer waren von dieser ungewöhnlichen Erscheinung fasziniert. Sie trat meistens mit großen farbigen Schals und lila oder grünen Strümpfen auf. Sie galt als „resolutes Frauenzimmer", was sie tatsächlich war. Nach 1945 gründete Wilma Mönckeberg-Kollmar die deutsche Sektion der Women. Sie hat auch hier vorbildliches geleistet für den Frieden und für die Völkerverständigung. Eine vielbeachtete Aktion war der von ihr inspirierte „Frauendank", ein Dank für die Hilfsaktionen des Auslandes für die darbenden deutschen Familien.

Wilma Mönckeberg-Kollmar hatte einen großen Freundeskreis. In den schweren Nachkriegsjahren traf man sich auf ihre Einladung im Richard-Demel-Haus in Blankenese. Auf ihr Bitten brachte man „ein paar Krümel Tee und ein Brikett" mit um die „philosophischen Zusammenkünfte" gemütlicher zu machen. Hanseatischen Realismus hatte sie hinzugelernt, aber der österreichische Charme war dieser tapferen Menschenrechtlerin bis ins hohe Alter geblieben. Ihr zeitfremdes Pathos war ungewöhnlich. Und doch imponierte sie international, weil eben jeder spürte, hier wirkt eine Persönlichkeit, der die Künste über alles gehen. Ihre Verdienste um die Erhaltung des internationalen Märchengutes werden unumstritten bleiben. Eine Nachfolgerin wird Wilma Mönckeberg-Kollmar kaum finden. Ihre Freunde werden die Begegnungen mit dieser Hamburgerin aus Österreich niemals vergessen.

ZU GUTER LETZT

„Keiler ‚Borsti' übertraf sich selbst: 20facher Vater." Überschrift bei dpa.